Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. August 1980
Jg. 8 Nr. 33

Ausgabe für die Bezirke Hannover, Südostniedersachsen, Ostwestfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

## USA und Israel bereiten einen Schlag gegen die PLO vor

EG-Ratspräsident Thorn bei Arafat / Sowjetunion hat sich in Syrien festgesetzt

*z.ges.* 15000 modern ausgerüstete Truppen haben die faschistischen Phalangisten im Norden Libanons inzwischen aufgestellt. Die Truppen nennen sich Miliz, sind aber ein stehendes regelmäßig bezahltes Söldnerheer. Von den Israelis haben die Phalangisten über 40 Panzer geliefert bekommen. Die konkurrierenden faschistischen Bandenchefs hat Bashir Gemayel, der seine Ausbildung in den USA genossen hat, inzwischen gewaltsam ausgeschaltet. Aus den USA kommen die Mittel, mit denen die Söldnerarmee Gemayels aufgerüstet und unterhalten wird. Eine weitere Eingreifreserve haben die Israelis im Süden Libanons unter dem Kommando des Obristen Hadad aufgebaut, dessen besetzte Gebiete sich direkt an Israel anlehnen und von dort aus versorgt werden. Erklärtes Ziel dieser Söldnerbanden ist die Vernichtung der PLO und die Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon.

Der Regierung des Libanon steht nur ein geringes Truppenkontingent zur Verfügung, das aus den Resten der libanesischen Armee wiederaufgebaut wurde, die während des Bürgerkrieges auf der Seite der libanesischen Linken und der PLO gekämpft hatten. Seit dem Bürgerkrieg stehen syrische Truppen im Libanon, die als arabische Sicherheitstruppe fungieren. Im Gefolge seiner Intervention im Libanon und auf Grund der gewaltigen Kosten, die damit verbunden waren und weiter damit verbunden sind, ist Syrien in den letzten Jahren verstärkt in Abhängigkeit von den sowjetischen Sozialimperialisten geraten. Bisher haben sich die Sozialimperialisten ihre Waffenlieferungen vor allem durch UNO-Stimmabgaben vergüten lassen. Es gibt einen syrisch-sowjetischen Freundschaftspakt. Es gibt auch Hinweise, daß die Sowjetunion Syrien in den Comecon ziehen will.

„Camp David sollte eine Formel für den Frieden sein. Es sieht langsam wie eine Formel für den Krieg aus", wird in „Newsweek" ein Berater aus Carters Stab zitiert. Eine Formel für den Krieg war Camp David von vornherein. Dem israelischen Kolonialstaat, der ökonomisch und militärisch unter Kontrolle der USA steht, wird durch das Camp-David-Abkommen der Rücken freigemacht, um die Aggression auf die PLO und den Libanon, wie auf Syrien konzentrieren zu können. Ägypten soll in eine Achse mit dem israelischen Kolonialstaat hineingezwungen werden und mit Hilfe von ökonomischem und politischem Durck in eine zweite Basis der USA verwandelt werden. Das Ziel des Abkommens ist angeblich die teilweise Räumung der seit Juni 1967 von Israel besetzten ägyptischen Sinai und Autonomie der Palästinenser im Gazastreifen und auf den Westufern des Jordans. Diese Versprechen dienen nur dazu, Ägypten hinzuhalten. Solange es gelingt, Ägypten von den übrigen arabischen Staaten abzuspalten und aus der Front gegen den israelischen Aggressor herauszuhalten, ist der wirkliche Zweck des Camp-David-Abkommens erfüllt.

Auf die jüngste Nah-Ost-Resolution der UNO, die erneut die Rechte des palästinensischen Volkes auf Unabhängigkeit und Selbständigkeit wie auf die Bildung eines eigenen Staates bestätigte und den israelischen Aggressor zur sofortigen Räumung der besetzten arabischen Gebiete aufforderte, hat das israelische Kolonialregime mit der Verabschiedung eines Gesetzes geantwortet, das Jerusalem zur ungeteilten Hauptstadt Israels erklärt. Ägypten hatte zusammen mit anderen 111 UNO-Mitgliedern für die Resolution gestimmt. Die Maßnahmen des israelischen Kolonialregimes, Siedlungspolitik und ausdrückliche Einverleibung Jerusalems, sind eine Fortsetzung der Aggression und eine Ohrfeige für die ägyptische Regierung, die mit Israel in Verhandlungen über die Rückgabe der besetzten Gebiete [illegible] schrieb einen Protestbrief [illegible] die israelische Regierung und forderte Klarstellung vor Fortsetzung der Verhandlungen. Begin hat seinem Antwortbrief eine Kopie des Gesetzes zur Einverleibung Jerusalems angeheftet. Solange Ägypten auf dem Camp-David-Abkommen steht und nicht wieder Teil der gemeinsamen Front der Araber bildet, kann Israel eine Verzögerung der Verhandlungen bloß recht sein. Einstweilen werden die Kriegsvorbereitungen gegen den Libanon, die PLO und Syrien vorangebracht. In diesen Tagen hat Israel einen neuen Hubschraubertyp aus den USA eingeführt, der im Verbund mit seiner überlegenen Panzerarmee in Einsatz kommen soll. Hinter dem israelischen Kolonialregime und den phalangistischen Söldnern werden die USA stehen. Die SU wartet nur auf die Gelegenheit, über Syrien seine Interventionspolitik im Nahen Osten zu verstärken.

Die PLO setzt den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas fort, versucht aber auch an der diplomatischen Front die Aggressionsvorbereitungen und Interventionsabsichten zu durchkreuzen. Die Unterstützung der Dritten Welt für die PLO steht fest. In der UNO haben überhaupt nur 7 Staaten gegen die Nah-Ost-Resolution gestimmt. Zum ersten Mal haben sich die EG-Staaten bei einer Resolution, die das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat bekräftigt, der Stimme enthalten, statt wie noch im letzten Jahr dagegen zu stimmen. Das ist ein gewisser Erfolg der arabischen Bemühungen, die westeuropäischen imperialistischen Staaten aus der Front der USA herauszubrechen. Im Namen der EG sondierte letzte Woche Ratspräsident Thorn im Nahen Osten. Arafat stellte ihm gegenüber klar, daß die PLO jedes Stück befreites Land nutzen werden, um einen palästinensischen Staat zu bilden, aber an dem Ziel festhalte, den zionistischen Kolonialstaat durch einen demokratischen und religionsungebundenen Staat zu ersetzen, in dem Moslems, Juden und Christen gemeinsam leben können. Die EG will der PLO die Anerkennung des israelischen Kolonialstaates abringen und sie zur Gewaltlosigkeit verpflichten. Die EG-Initiative bleibt damit eine flankierende Maßnahme der US-amerikanischen und israelischen Kriegsvorbereitungen. Die EG-Imperialisten haben keine Bedingungen zu stellen. Die Bundesregierung hat die PLO anzuerkennen wie sie ist.

### Überfälle des südafrikanischen Kolonialregimes auf Angola

*z.lup.* Südafrika habe seine in Namibia stationierten Militäreinheiten der „Regierung in Windhuk" unterstellt, erklärte am 4. August Peter Botha, Verteidigungsminister des südafrikanischen Kolonialregimes. Die „Regierung in Windhuk" ist ein Geschöpf der südafrikanischen Kolonialherrschaft über Namibia, unter Verletzung von UNO-Beschlüssen zustandegekommen, dazu gedacht, die Übergabe der Macht an das Volk von Namibia zu verhindern. Südafrikanische Truppen hatten wenige Tage zuvor erneut einen Überfall auf Angola unternommen und die angolanische Stadt Chitado, die 12 km von der Grenze entfernt liegt, angegriffen. Das südafrikanische Regime wollte damit eine erfolgreiche Guerillaaktion der SWAPO beantworten, die am 28. Juli Befestigungen des Kolonialregimes in der namibischen Grenzstadt Ruacana angegriffen hatte.

### Weiterer Zerfall des afghanischen Marionettenregimes

*z.hku.* Noch während der „Friedensspiele" haben die Sozialimperialisten ihre Truppen in Afghanistan weiter aufgestockt und mit leichteren gepanzerten Fahrzeugen und Hubschraubern neue Vernichtungsfeldzüge begonnen. – Der anhaltende Druck der Mudjahedin hat den Verfall der afghanischen Armee weiter beschleunigt; erst nach einer Woche konnten starke sowjetische Verbände die Garnison der 14. Division in Ghazni in ihre Gewalt bringen, die gemeutert hatte und versuchte, sich den Freiheitskämpfern anzuschließen; drei weitere Garnisonen im Süden Kabuls haben die Sowjets vorsorglich besetzt. In Kabul mehren sich bewaffnete Auseinandersetzungen; dabei ist u.a. ein sowjetischer Brigadegeneral getötet worden. – Zur Auffüllung des Offizierskorps hat Karmal jetzt die Lehrer aufgerufen, sich zu verpflichten.

### Palästina jetzt Mitglied in fünf Olympischen Fachverbänden

*z.ans.* Ende Juli ist Palästina auf dem Kongreß des Internationalen Volleyballverbandes in Moskau in den Internationalen Verband aufgenommen worden. Repräsentiert wird Palästina durch die PLO, die damit als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt werden mußte. Palästina ist somit Mitglied in fünf Olympischen Fachverbänden: Im Basketball, Handball, Gewichtheben, Ringen und Volleyball. Die Bildung eines Nationalen Olympischen Komitees von Palästina steht kurz bevor. 1981 will Palästina beim Olympischen Kongreß in Baden-Baden die Aufnahme ins Internationale Olympische Komitee beantragen. Der Kampf des palästinensischen Volkes für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, unterstützt durch die Völker der Welt, ist die entscheidende Grundlage für solche Erfolge.

### Kuwait und Saudi-Arabien frieren Kredite an die Weltbank ein

*z.chm.* Aus Protest gegen die Nichtzulassung der PLO als Beobachter bei den Jahreshauptversammlungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds haben Saudi-Arabien und Kuwait erklärt, daß sie vorläufig ihre Kredite an die Weltbank stornieren werden. Saudi-Arabien will Mittel in Höhe von 420 Mio. Dollar stornieren, bei Kuwait handelt es sich um 150 Mio. Dollar. Im vergangenen Jahr hatten die US-Imperialisten gemeinsam mit den EG-Imperialisten die Zulassung der PLO verhindert. Sollten die imperialistischen Staaten sich weiterhin weigern, der Zulassung der PLO zuzustimmen, werden die arabischen Mitglieder der Weltbank weitere Maßnahmen gegen dieses Votum ergreifen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben erklärt, daß sie sich dem Boykott anschließen werden.

## Bolivianischer Gewerkschaftsbund: Zum Kampf gegen die faschistischen Generäle entschlossen




Der Bolivianische Gewerkschaftsbund, COB, erklärte nach einer Sitzung des Exekutivkomitees, daß die bolivianischen Arbeiter entschlossen seien, den Kampf gegen die Generäle fortzusetzen, „die im Dienst des internationalen Faschismus stehen und seit dem 17. Juni den demokratischen Prozeß zunichte machen und den Willen des Volkes ignorieren." In der Erklärung heißt es weiter, daß der COB zur Gründung einer Volksregierung aufrufen werde, die den Kampf gegen die Militärregierung führt. In Bolivien herrscht weiterhin Kriegsrecht und Ausgehverbot. Die IG-Bergbau hat gegenüber einer Delegation unter Leitung des Generalsekretärs der bolivianischen Bergarbeiter ihre Solidarität erklärt. Auch die IG-Metall hat ihre Unterstützung zugesichert. Das Bild zeigt bolivianische Arbeiter unmittelbar nach dem Putsch beim Bau von Barrikaden in La Paz.

## Thailand: Hanois Vier-Punkte-Vorschlag „unannehmbar"

UNO-Generalsekretär in Vermittlungskommission unterwegs / Kritik an Waldheim aus den ASEAN-Staaten

*z.jük.* Während die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen durch die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea schwere Schläge einstecken, starten sie ein diplomatisches Manöver nach dem anderen. Mitte Juli fand in Laos eine Außenministerkonferenz Vietnams, Laos' und des Marionettenregimes Heng Samrin statt. Dort wurde nach Abstimmung mit den Sozialimperialisten ein „Vier-Punkte-Vorschlag" zwecks „Entspannung der Lage an der thailändischen Grenze" ausgekocht. Der Vorschlag umfaßt: 1. Die Errichtung einer entmilitarisierten Zone entlang der kampucheanisch-thailändischen Grenze. 2. Zusammenarbeit Kampucheas mit Thailand zur Lösung des Flüchtlingsproblems, Thailand wird aufgefordert, die Flüchtlingslager aus den Grenzgebieten zu verlegen. 3. Das Heng-Samrin-Regime ist bereit, mit den internationalen Hilfsorganisationen über ihre Programme zu diskutieren. 4. Direkte oder indirekte Verhandlungen zwischen Thailand und dem Heng-Samrin-Regime. Der Vorschlag wurde zu einem Zeitpunkt plaziert, als vietnamesische Versuche, die ASEAN-Staaten zu spalten, fehlgeschlagen waren und etliche Staaten die jüngsten vietnamesischen bewaffneten Provokationen an Thailands Grenzen verurteilten.

Auch dieser erneute Versuch Hanois, das Demokratische Kampuchea zu isolieren, vom Nachschub abzuschneiden, sowie gleichzeitig das Marionettenregime in Phnom Penh unterderhand durch Thailand anerkennen zu lassen, schlug fehl: Thailands Ministerpräsident bezeichnete den „Vier-Punkte-Plan" als „unannehmbar". „Wir wünschen eine entmilitarisierte Zone auf kampucheanischem Gebiet, nicht auf unserem Boden". Zu Recht geht Thailand davon aus, nicht „Teil des Kampuchea-Konflikts" zu sein, so daß auch keine entmilitarisierte Zone auf seinem Gebiet berechtigt ist.

Das Demokratische Kampuchea lehnt ebenfalls den Hanoier Plan ab und fordert eine Sicherheitszone auf kampucheanischem Gebiet, wo die internationalen Hilfsgüter unter Kontrolle der UNO an das kampucheanische Volk verteilt werden können. Vietnam hat mit Veröffentlichung seines „Vorschlags" seine Kriegsdrohungen gegen Thailand verstärkt. „Die thailändischen Behörden bringen sich nur in größere Schwierigkeiten", wenn sie den Vorschlag ablehnen, heißt es aus Vietnam. An der thailändisch-laotischen Grenze zieht Vietnam seit Wochen Truppen zusammen.

UN-Generalsekretär Waldheim hat Vietnam und Thailand aufgesucht zwecks Vermittlung, wobei er praktisch für Vietnams „4-Punkte-Programm" votierte. Das ist in den ASEAN-Staaten auf Kritik gestoßen. Der stellvertretende Ministerpräsident Singapurs „klagte den UNO-Generalsekretär an, er habe in den Gesprächen in Hanoi die UN-Entschließung ignoriert, in der ein vietnamesischer Truppenabzug aus Kampuchea gefordert wird. Anstatt das Kernproblem anzupacken, habe Waldheim so getan, als sei das ganze ein Streit zwischen Vietnam und Thailand". Ähnliche Stellungnahmen liegen aus Thailand vor, Waldheims Mission gilt als gescheitert. Singapur hat erst kürzlich die Lieferung von kriegswichtigen Gütern nach Vietnam gestoppt (Ölprodukte, Zubehörteile für die Luftfahrt und Marine, Maschinenausrüstung). Die VR China hat Thailand erneut versichert, das Land uneingeschränkt gegenüber den vietnamesischen Provokationen zu unterstützen.

## Ford-Kapitalisten entlassen bis Ende September 6000 Beschäftigte in Köln und Düren



Seit 10 Monaten gab es Kurzarbeit bei Ford. Die Entlassungen wurden damit vorbereitet. Das Arbeitsamt hat die Konzernleitung „gut beraten". Gleichzeitig treiben die Automobilmonopole ihre Investitionsprogramme voran. (s. S. 2)

*z.gkr.* **Die CDU fordert die Einführung einer Teilrente für Erwerbsunfähige, die noch eine Teilzeitarbeit ausüben können.** Die Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Sozialministerium, Renate Hellwig, gleichzeitig Mitglied der Wahlmannschaft der CDU, will mehr Arbeiter in Teilzeitarbeit gedrückt wissen. So fordert sie auch die Einführung des „gleitenden Übergangs in den Ruhestand". Geißler hatte mit seiner „qualitativen Sozialpolitik" unter anderem das gleiche gefordert: Es müßte ... die Vermittlungschance für Arbeitslose, Behinderte, ältere Arbeitnehmer und Frauen verbessert werden. Bei der von der CDU-Sozialpolitikerin angegriffenen Bestimmung handelt es sich um eine Schutzbestimmung: Wer erwerbsunfähig ist und Rente bekommt, kann nebenher nicht mehr zur Arbeit gezwungen werden. Nachdem die Bourgeois diese in den letzten Jahren noch erheblich gedrückt haben, versucht die Politikerin jetzt, die elende Niedrigkeit der Renten für ihren Vorschlag auszunutzen. 1,73 Mio. erwerbsunfähige Rentner gibt es, gut 25% der Neuzugänge waren 1978 unter 50 Jahren, ein erhebliches Reservoir menschlicher Arbeitskraft.

*z.lup.* **Sofortige Abschiebung von Scheinasylanten diene in Wirklichkeit dem Schutz der wirklich Verfolgten,** erklärte der VII. Senat des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel in einem Urteil vom 1.8.1980. Letztere müßten „gegenwärtig über Gebühr lange auf eine Anerkennung warten, weil der überwiegende Teil der Arbeitskraft der Bediensteten des Bundesamtes in Zirndorf und der mit Asylstreitigkeiten befaßten Richter durch die Anträge einer laufend steigenden Zahl von Scheinasylanten in Anspruch genommen werde". Ausländer könnten unverzüglich abgeschoben werden, wenn die Ausländerbehörde oder ein Verwaltungsgericht der Meinung ist, daß ein Asylgesuch „eindeutig aussichtslos oder offenkundig rechtsmißbräuchlich ist". Weder durch das Grundgesetz noch durch das Ausländergesetz noch durch allgemeine Zuständigkeitsgesichtspunkte seien sie daran gehindert, Asylgesuche einer eigenen Überprüfung zu unterziehen. – Das genannte Urteil richtet sich gegen die Beschwerde eines türkischen Arbeiters, der in der BRD unter Hinweis auf den wütenden Terror der Reaktion in seinem Land politisches Asyl beantragt hatte. Solche Asylanträge werden regelmäßig mit der Begründung abgelehnt, nach Auskunft der BRD-Botschaft in Ankara bestände die Gefahr einer politischen Verfolgung in der Türkei nicht. Das Recht auf politisches Asyl in der BRD bleibt in Wirklichkeit so lange eine Fiktion, solange die politische Verfolgung gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat und seinen Gerichten nachgewiesen werden muß oder von diesen überprüft werden kann. Unter diesen Umständen ist das Asylrecht eines der zahlreichen Mittel des bürgerlichen Staates, unter den Ausländern auszuwählen zwischen solchen, die die Bourgeoisie in der BRD haben will, und solchen, die sie nicht haben will.

*z.his.* **Die Bundesanstalt für Arbeit macht Dampf für die Verlängerung der Ladenschlußzeiten.** Nachdem die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels sich gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeiten ausgesprochen hatte mit der Begründung, daß es dafür keine Kräfte auf dem Arbeitsmarkt gäbe und von den im Einzelhandel Teilzeitarbeit suchenden Frauen nur 24% bereit seien, auch abends zu arbeiten, hat die Bundesanstalt öffentlich ihre Entschlossenheit bekundet, dieser Bereitschaft nachzuhelfen. Sie folgt damit den Interessen der großen Einzelhandelskonzerne, für die die Änderung des Ladenschlußgesetzes Schranken einreißen soll, die der Beschleunigung des Warenumschlags und der vollen Ausnutzung der Verkaufsfläche und damit der Einführung von Schichtarbeit und Arbeit bis in die Nacht im Wege stehen. Für die kleineren Kapitalisten, die die Mehrheit in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bilden, bedeutet dies nur erhöhten Konkurrenzdruck. Die Front der Beschäftigten unter Führung der HBV – „Hände weg vom Ladenschluß" – steht fest wie 1956 bei der Durchsetzung des jetzt geltenden Ladenschlußgesetzes.

*z.bew.* **Für rund 13 Mrd. DM wurden im vergangenen Jahr in der westdeutschen Rüstungsindustrie Waffen und Rüstungsgüter produziert.** Knapp 10 Prozent entfielen auf den Export. Der überwiegende Teil dieses Waffenexportes bestand aus der Lieferung von Kriegsschiffen. Beim Export von Kriegswaffen war die westdeutsche Monopolbourgeoisie in der Vergangenheit gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten aufgrund der Produktionsbeschränkungen durch die Pariser Verträge von 1954 in einer schlechten Konkurrenzsituation. Am 21. Juli waren von der Westeuropäischen Union die Beschränkungen über den Bau von Kriegsschiffen aufgehoben worden. Damit wollen die westdeutschen Imperialisten nun ihre Bedingungen für einen verstärkten Export von Kriegswaffen verbessern. Da sie gegenüber den westeuropäischen und nordamerikanischen NATO-Staaten noch nicht in größerem Ausmaße als Waffenexporteure auftreten können, richtet sich zunächst ihre Exportoffensive vor allem auf die Länder der Dritten Welt. Zwei Tage nach der Aufhebung der Beschränkungen wurde der Bau von zwei U-Booten für Indien bei HDW bekannt gegeben. Die 24 exportierten U-Boote der letzten Jahre gingen nach Argentinien, Peru, Iran, Griechenland, Türkei und Indonesien.

*z.anh.* **Aus Waffenverkäufen der Rheinmetall AG sollen Kanonen an Argentinien, Schnellfeuerwaffen an Saudi-Arabien und eine Herstellungsanlage für Munition an Südafrika gelangt sein.** Wirtschafts- und Außenministerium hatten diese Waffenexporte für die Bestimmungsländer Italien, Spanien und Paraguay als NATO- bzw. „befreundete Länder" genehmigt. Nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen müssen alle Rüstungsexporte vom Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft und in wichtigen Fällen mit Zustimmung des Außenministeriums genehmigt werden. Allein Rheinmetall erhielt 1979 3 Großaufträge aus USA, Holland und der Schweiz. Ein Sprecher von Rheinmetall erklärte zu den bekanntgewordenen Transaktionen, daß wohl „die Verteidigungsministerien in Rom, Madrid und Ascuncion ... die Bestände ausgemustert und weiterverkauft hätte." (Bonner Generalanzeiger, 6.8.). Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft, hat ihre Untersuchungen als Verschlußsache eingestuft. Ob allerdings die Genehmigung für die wirklichen 3 Bestimmungsländer gegeben worden wären, dazu äußerte sich die Regierung bisher nicht.

*z.uwd.* **Bis Jahresende soll der Beschluß des NATO-Verteidigungsausschusses von 1977, in Heidelberg drei weitere NATO-Hauptquartiere zu zentralisieren, erfüllt sein.** Es sind dies: das Hauptquartier der 4. Alliierten Taktischen Luftflotte (ATAF), derzeit noch in Ramstein/Pfalz, das Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte (CENTAG) und der „Bewegliche Eingreifverband" der Landstreitkräfte (AMFL), beide bisher in Mannheim. Das Ziel ist, die Luft- und Landeeinheiten zusammenzufassen. Die Einsatzgebiete von CENTAG und ATAF umfassen etwa die Hälfte des Bundesgebiets, im Ernstfall werden CENTAG je zwei deutsche und amerikanische Korps, eine kanadische Brigadegruppe sowie eingeflogene amerikanische Truppenverstärkung unterstellt, zusammen ca. 300000 Soldaten. AMFL ist ein aus 7 Nationen bestehender Eingreifverband. Seit Kriegsende befindet sich das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa (USAEUR) in Heidelberg, 1966 kam, nach dem Austritt Frankreichs aus der NATO, zusätzlich das Hauptquartier der 7. US-Armee von Stuttgart nach Heidelberg. Die 7. US-Armee umfaßt 70 Einheiten mit zusammen 150000 Soldaten. Damals wurde ebenfalls das Territorialkommando Süd der Bundeswehr nach Heidelberg verlegt. Mit der jetzigen Zentralisation werden weitere 800 Soldaten (bisher 16000) in die Stadt gebracht.

*z.frb.* **Rund 308000 der etwa 1,325 Mio. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes sind im Schichtdienst eingesetzt.** 160000 sind bei der Bundesbahn, 89000 bei der Bundespost, 30250 bei der Bundeswehr (nur ziviles Personal), 3900 im Polizeidienst (BKA und BGS) und rund 1000 beim Deutschen Wetterdienst tätig. 11000 der Schichtarbeiter arbeiten nur zwischen 22 und 6 Uhr, 250000 in Wechselschicht. Diese Angaben enthält eine am 21. Juli im Bundestag veröffentlichte Antwort der Bundesregierung (Drucks. 8/4415). Für Länder und Gemeinden werden keine Zahlen genannt. Zwar wird die gesundheitliche Gefährdung durch Nachtschicht zugegeben, einer Antwort auf die Forderungen der Gewerkschaft wird ausgewichen. Es werde verhandelt, dem wolle die Regierung „nicht vorgreifen" und sich mit den anderen Dienstherren abstimmen. Eindeutig ist nur das Klagelied über die Kosten: Ein Arbeitszuschlag von je 10% würde 140 Mio. DM jährlich kosten.

# Neue Aufrüstungsmaßnahmen des US-Imperialismus

## Parteikonvent der Demokraten / „Immer noch gilt: Keiner von denen"

*z.lup.* In bezug auf Aufrüstungsanstrengungen will sich Carter nichts vorwerfen lassen können. Wenige Tage vor Eröffnung des Parteikonvents der Demokraten hat Carter förmlich ein strategisches Konzept sanktioniert, das als „ausgewählte Zielplanung" bezeichnet wird. Es soll dem US-Imperialismus ermöglichen, selbst nach einem Nuklearangriff der Sowjetunion auf das Territorium der USA durch Einsatz beweglicher Fernraketen und von Flugzeugen mitgeführten Marschflugkörpern (cruise missiles) noch 200 sowjetische Städte zu zerstören, ohne das Wirtschaftspotential des sozialimperialistischen Rivalen insgesamt zu pulverisieren, um dessen Beherrschung es dem US-Imperialismus letztlich geht. Während es den US-Imperialismus auch nuklear schwer angreifbar macht, erleichtert es ihm vor allem, zu einem Nuklear-Angriff auf die Sowjetunion überzugehen. Durch den NATO-Beschluß zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa schafft sich der US-Imperialismus die Möglichkeit, von Europa aus das Territorium der Sowjetunion direkt anzugreifen, ohne daß der Sozialimperialismus durch einen Gegenschlag auf gleicher Ebene das Territorium der USA treffen könnte. Durch das Konzept der „ausgewählten Zielplanung" wird die Einsetzbarkeit dieser Waffen verstärkt.

Die Schlagkraft des US-Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft wird aber nicht einfach durch sein Rüstungspotential entschieden, sondern vor allem durch sein Wirtschaftspotential. Die „International Herald Tribune" schreibt in einem Kommentar: „Ausdehnung der Märkte ist notwendig ... Die Arbeit muß weiter in Bewegung bleiben. Bis in die 60er Jahre hinein wurde die Produktivität der USA ständig durch Wanderungen von den Farmen in die Fabriken erhöht. Diese Wanderung hat nun aufgehört, und ähnliche Ergebnisse in der Zukunft hängen davon ab, daß Arbeit von weniger effektiven Industrien in effektivere Industrien verschoben wird. Im Falle Chrysler wurde gerade das Gegenteil getan, indem ein zusammenbrechendes Unternehmen gestützt wurde, um Entlassungen zu vermeiden."

Schaffung von „Millionen und Millionen" neuer Arbeitsplätze, ohne die Inflation anzuheizen, Modernisierung der Industrie, Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Ausdehnung der Exporte der USA hat Carter in einer Rede vor einer schwarzen Bürgerrechtsorganisation am 6. August als Ziele seiner Präsidentschaft bezeichnet. Die von Reagan geforderten Steuersenkungen, die sich vor allem auf Kapitalsteuern beziehen und Investitionen fördern sollen, nannte er „eine verzuckerte Giftpille", die den Wohlhabenden nutze und den Armen schade. 1976 war es Carter in bedeutendem Umfang gelungen, die Arbeiterbewegung, insbesondere aber die nationalen Minderheiten zu spalten und zu binden. Daß ihm dies noch einmal gelingen kann, bezweifelt die amerikanische Monopolbourgeoisie. „Immer noch gilt: ‚Keiner von denen'", schreibt die „International Herald Tribune" in einem Kommentar. Eine passende Alternative zu dem offen reaktionär und chauvinistisch auftretenden Reagan zu finden, scheint aber schwierig zu sein.



Demonstration gegen die Wehrerfassung in den USA

# Rücknahme des Times-Urteils! Einstellung der Strafverfolgung der IG Druck Streikleitung!

*z.nom.* Zur Zeit werden in allen hessischen Betrieben Flugblätter der IG Druck und Papier Landesbezirk Hessen verteilt: „Gefängnis für Solidarität?" „Unsere Gewerkschaft hatte den Times-Konzern in die Knie gezwungen. Er hatte 3000 Kollegen in London ausgesperrt, die sich gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohndrückerei wehrten". Im April 1979 sollte die TER-Druckerei in Zeppelinheim (bei Frankfurt) die Streikbrecherarbeit durchführen. Arbeiter aus Wiesbaden, Offenbach, Darmstadt, Frankfurt der IG Druck und anderer Einzelgewerkschaften haben das verhindert. Die Druckerei war 3 Tage und Nächte von Streikposten umstellt.

Die Staatsanwaltschaft hatte die Streikleitung der IG Druck Balder, Wurstius, Fritz wegen Körperverletzung, versuchter schwerer Brandstiftung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung und Hausfriedensbruch angeklagt. Aufrechterhalten wurde jetzt Hausfriedensbruch und Nötigung. Der Strafprozeß wird Ende Dezember Anfang Januar vor dem Landgericht Darmstadt erwartet. Am 8. Oktober findet vor dem Oberlandesgericht Frankfurt die Berufungsverhandlung im Schadensersatzprozeß gegen die IG Druck und Papier statt. In der ersten Verhandlung war die IG Druck zu 58200 DM Schadensersatz verurteilt worden.

Auf dem Landesbezirkstag Hessen der IG Druck wurde ein Antrag des Bezirks Frankfurt an den Gewerkschaftstag von der Antragskommission auf Nichtannahme empfohlen. Der Gewerkschaftstag wurde darin aufgefordert Aktivitäten einzuleiten und den Angriff auf das Streik- und Demonstrationsrecht nicht hinzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt wurde noch die Niederschlagung des Strafverfahrens erwartet. Jetzt werden vom Landesbezirk Aktivitäten eingeleitet. In Frankfurt fand eine Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung statt. Zwei Tage vor dem Schadensersatzprozeß, am 6.10. soll in Frankfurt eine Versammlung mit anderen Einzelgewerkschaften stattfinden. Einen Film über den Solidaritätsstreik kann man über die IG Druck besorgen. Eine Dokumentation wird noch erstellt. Im Bild: Das Plakat der Jugendgruppe Frankfurt. Auf allen Betriebsversammlungen soll der Betriebsrat oder ein Vertreter der Gewerkschaft zu diesem Thema sprechen. Die persönliche Vertretung der Belegschaften auf jeden Fall durch Betriebsratsmitglieder am 8.10. vor Gericht, ist zu erwarten. Die Ortsvereine sind aufgefordert, Veranstaltungen durchzuführen.

Die IG Druck und Papier braucht starke Unterstützung aus den anderen Einzelgewerkschaften des DGB. Veranstaltungen der Einzelgwerkschaften mit Vertretern der IG Drupa oder den Angeklagten, Verteilung des Flugblattes des Landesbezirks in allen Betrieben, Solidaritätsadressen für die IG Druck und ihre Streikleitung werden bestimmt etwas nutzen. Zur Verhandlung vor dem Landgericht in Darmstadt soll in Darmstadt eine Veranstaltung mit Vertretern der NGA (National Grafical Association) und Demonstration stattfinden. Solidaritätsadressen sind an den Landesbezirk Hessen in Frankfurt zu richten.




**TROTZ TIMES-URTEIL: FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!**

*z.ere.* **Annähernd 300 Mio. DM Steuerbefreiung will der Flick-Konzern durch eine Mehrheitsbeteiligung am Gerling-Konzern in Höhe von 210 Mio. und einer Beteiligung an der US-Filter-Corporation in Höhe von 200 Mio. DM kassieren.** Bislang konnte Flick von dem 1,8 Mrd. DM Buchgewinn aus den 1975 verkauften Daimler-Benz-Beteiligungen nach zustimmenden Voten des Bundeswirtschaftsministers 1,3 Mrd. steuerbegünstigt wieder anlegen, was ihm einen Steuervorteil von rund 800 Mio. DM erbracht hat. Bei „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdiger" Wiederanlage von veräußerten Kapitalanteilen gewähren die Steuergesetze „Steuerneutralität". Graf Lambsdorff hat sein Einverständnis bereits gegeben und Flicks Gerling-Beteiligung als „neutral" deklariert. Laut Gesetz muß sich Lambsdorff mit dem Finanzminister „ins Benehmen setzen". Und Matthöfer verhält sich abwartend, wegen der „hohen Staatsverschuldung", wie es heißt, denn eine „breite Eigentumsstreuung", wie es das Gesetz u.a. vorschreibt, liege ja nicht vor.

*z.smm.* **Im ersten Halbjahr 1980 ging der Ölverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 5 Mio. t zurück.** Der Benzinpreis sinkt. Beide Vorgänge sind Indikatoren für die herannahende Krise. Die OPEC-Staaten haben den „Boom" der letzten Monate genutzt. Sie haben die Ölpreise erhöht, und den Preis des Öls seinem Wert angenähert, den die Imperialisten immer noch nicht zahlen. Der durchschnittliche OPEC-Preis für Rohöl betrug im Juni 1979 17 $/Barrel, im Juni 80 33 $/Barrel. Die sinkende Produktion und die Senkung der Reallöhne in diesem Jahr lassen die Ölkonzerne auf ihrem Öl sitzen. Der Lagerbestand in der BRD hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 15% erhöht. Das Angebot ist größer als die Nachfrage. Der Preis sinkt. Die Kapitalisten hetzen gegen die gestiegenen Ölpreise und verweisen schon jetzt auf den kommenden Lohnkampf. Im Zeitraum Juni 1979 bis Juni 1980 sank der Preis für Motorbenzin nach den Rotterdamer Notierungen um 12%. In diesem Zeitraum stieg der Benzinpreis an den Tankstellen um 20%.

*z.mac.* **Nach 10 Monaten Kurzarbeit sollen bei Ford Köln 20% der Belegschaft (5400 Arbeiter, 340 Angestellte) mit Abfindungs- bzw. Pensionierungsverträgen gehen.** Ihren Segen haben sich die Kapitalisten letzte Woche von Stingl, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, geholt, der zu diesem Zweck in die Kölner Zentrale beordert wurde und den Kapitalisten zusätzlich noch je 10 Tage Kurzarbeit für August und September genehmigt hat. Betriebsrat und Vertrauensleutekörper wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Mit dem 135 Mio. DM Programm wollen die Ford-Kapitalisten so billig wie möglich erreichen: Reduzierung der Bandarbeiter, Halten des Facharbeiterstamms, gleichzeitig Verjüngung der Belegschaft durch Entlassung alter Arbeitskraft. Ausgenommen von den Aufhebungsverträgen, die Frist für diese läuft am 26. September aus, sind alle Facharbeiter der Lohngruppe 10 sowie bestimmte Berufsgruppen wie Dreher, Schlosser, Elektroniker. Die Abfindungssummen für die Arbeiter sind feste Geldbeträge von 8000 bis 12000 DM, bei den Angestellten Vielfache des Grundgehalts, jeweils berechnet nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Für Arbeiter und Angestellte, die am 30.9.80 mindestens 60 Jahre alt und 10 Jahre bei Ford sind, gilt das „vorzeitige Pensionierungsprogramm". Die Abfindungsbeträge richten sich hier sowohl nach individuellem Alter, wie auch nach individuellem Lohn und jeweiliger Betriebszugehö-

# Erweiterte Staatsschutzgesetze in Anwendung

## Die Bourgeoisie schöpft die Staatsschutzgesetze aus

*z.chm.* Die Kriminalstatistik für das Jahr 1979 weist im Fünfjahresvergleich eine Steigerung der Staatsschutzdelikte von 10,9% aus, nämlich von 54291 (1975) auf 60230 (1979) erfaßte Fälle. Von 1978 auf 1979 ist eine Steigerung von 4,3% (von 57770 auf 60230) angegeben. Das Strafgesetzbuch, die juristische Grundlage für die politische Verfolgung, stammt aus dem Jahre 1971. Bis 1967 wurde es 71mal geändert. In den Jahren 1968 – 1976 dagegen allein 23mal. Die Strafprozeßordnung, die gewährleisten soll, daß jeder, der in die Klauen der Klassenjustiz gerät, aller Möglichkeiten beraubt wird, sich zu wehren, stammt aus dem Jahre 1977. Bis 1967 wurde sie 56mal geändert. In den Jahren von 1968 – 1976 wurde sie 23mal geändert. Die letzten Beispiele für die Anwendung der Staatsschutzgesetze und der Strafprozeßordnung sind das Schnellverfahren gegen Knut Folkerts, der ohne einen Schimmer von Beweis zu lebenslanger Haft wegen Mord an Buback, Überfall auf ein Waffengeschäft und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden ist; der Prozeß gegen Brigitte Heinrich, der am 27. Juli zu Ende ging, endete mit einer Haftstrafe von 21 Monaten wegen „Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz". Ihr Verteidiger, Heldmann, erklärte, die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme sei nicht gewährleistet gewesen, man hätte unmittelbare Zeugen durch Vernehmungsbeamte ersetzt. Außer Egloff, der im Gerichtssaal trotz Zusicherung freien Geleits verhaftet worden ist, hätten die Laienrichter sonst keinen Zeugen zu Gesicht bekommen. Daß die Bourgeoisie nicht mehr so wild um sich schlägt mit Strafgesetzänderungen heißt also nicht, daß sie die politische Verfolgung verringert hat, es heißt lediglich, daß sie mit dem gezimmerten Gesetzesbollwerk meint auskommen zu können. Erneute Anwendung fanden die Staatsschutzgesetze nach dem KPD-Verbot im Jahre 1956 gegen die RAF im ersten Stammheimer Prozeß vom 21.5.1975 bis 28.4.1977:

vom 21.5.1975 bis 28.4.1977:

„*Diese Gruppe setzte sich zum Ziel, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Vorbild der südamerikanischen Stadtguerillas mit allen Mitteln, insbesondere durch Gewaltmaßnahmen, zu bekämpfen.* Hierdurch sollten die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende revolutionäre Arbeit geschaffen werden. Für ihre Tätigkeit stattete sich die bald festgefügte Gruppe durch Raub, Diebstahl und Betrug in erheblichem Umfang mit Geld, Autos und Waffen aus." (aus der Anklageschrift gegen Baader/Ensslin/Meinhof/Raspe)

§129, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, wie er im Stammheimer Prozeß angewandt wird, kann noch mehr: z.B. das Verbot der Doppelbestrafung durchlöchern:

„... Das in Artikel 103 Abs. 3 GG niedergelegte Verbot wiederholter Strafverfolgung für ein und dieselbe Tat ... verbürgt den Grundsatz der einmaligen Strafverfolgung. Die Vorschrift soll den Bürger davor schützen, daß er wegen einer bestimmten Tat, derentwegen er schon strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden ist, nochmals in einem neuen Verfahren verfolgt wird ... Anders ist es jedoch bei solchen mit Beteiligungsakten nach §129 StGB idealkonkurrierenden strafbaren Handlungen, die wegen einer die Höchststrafe des §129 StGB überschreitenden Strafdrohung schwerer wiegen als die Straftat der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung ..." (BGH, Urteil vom 11.6.1980 gegen den Revisionsantrag von Irmgard Möller und Bernhard Braun, KVZ-ED 31/80)

1976 wurde mit der 14. Strafrechtsänderungsreform der §88a erlassen, um „eine zunehmende Radikalisierung und eine wachsende Verwilderung der politischen Auseinandersetzung" zu bekämpfen. Obwohl die Regierungskoalition unter dem Druck des Widerstands gegen die Staatsschutzgesetze an einer Streichung herummanövriert (KVZ 31/80), scheren sich die Gerichte

(KVZ 31/80), scheren sich die Gerichte

erst mal gar nicht um diese Manöver. In dem Agit-Drucker-Prozeß vom April dieses Jahres vertritt der Bundesgerichtshof offen diese Auffassung:

„... Es reiche zu einer Bestrafung aus, daß eine Tat ihrer Art nach geeignet sei, die Bereitschaft anderer zu fördern, bestimmte schwere Straftaten zu begehen. Im übrigen stehe einer Verurteilung nicht entgegen, daß gegenwärtig Bestrebungen innerhalb der FDP und SPD feststellbar seien, diese Strafvorschrift ersatzlos zu streichen. Der Gesetzgeber könne ja Sonderregelungen treffen für jene, die nach dieser Vorschrift verurteilt wurden." (FR, 24.4.80)

Das juristische Bollwerk hat die Funktion, Schutz des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung, die es garantiert. Dazu ist es notwendig, die Arbeiterbewegung zu knebeln, sie daran zu hindern, ihre revolutionäre Partei aufzubauen:

„Zur Niederhaltung und Spaltung der Arbeiterklasse und der Volksmassen setzt die Bourgeoisie den staatlichen Gewaltapparat ein, den sie laufend ausbaut. Um die Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten, braucht die Bourgeoisie die Polizei und die Armee zum Schutze des Privateigentums ..." Das ist nach Meinung des Bayerischen Obersten Landesgerichts eine Verächtlichmachung der Bundesrepublik, des Freistaats Bayern und der verfassungsgemäßen Ordnung. In dem Beschluß zur Anklageerhebung heißt es:

„,e) Der Anwendung des §90a Abs. 1 Nr. 1 StGB steht nicht entgegen, daß es sich beim KBW um eine zugelassene Partei handelt (Art. 21 Nr. 2 GG) ... Das Beschimpfen oder böswilliges Verächtlichmachen ist aber im demokratischen Rechtstaat kein zulässiges Mittel zur Verwirklichung parteipolitischer Ziele ... Auch im Hinblick auf Art. 5 I, II GG kommt der Senat zu keinem anderen Ergebnis. §90a StGB ist ein ‚allgemeines Gesetz' i.S. des Art. 5, II GG. *Die Vorschrift setzt deshalb der Meinungsfreiheit Grenzen* ... Die Beschuldigten verfechten das verfas-

*Meinungsfreiheit Grenzen* ... Die Beschuldigten verfechten das verfas-

sungswidrige Programm des KBW. Es liegt deshalb nahe, daß sie durch das Beschimpfen und Verächtlichmachen die Wirksamkeit der Verfassungsgrundsätze erschüttern wollten zu dem Zweck, ihren eigenen verfassungsfeindlichen Zielen zum Erfolg zu verhelfen ... Das Parteienprivileg des Art. 21 GG steht der Anwednung des §90a Abs. 3 StGB (...) nicht entgegen. Die Strafverschärfung gilt unabhängig davon, ob der Täter Mitglied oder Anhänger einer politischen Partei ist oder nicht. Sie richtet sich nicht gegen das in Artikel 21 GG geschützte Rechtsgut als solches ..." (KVZ-ED 7/80)

Der §90a, der in den 50er Jahren auf Antrag der SPD-Fraktion wiedereingeführt worden ist, geht zurück auf den „Majestätsbeleidigungsparagraphen" des Kaiserreiches. Die westdeutsche Bourgeoisie setzt die Unterdrückertradition Bismarcks und der preußischen Junker fort.

Vor dem Einsatz werden die Schußwaffen überprüft




Gewerkschaften, Organe der Verfaßten Studentenschaft, der Schülervertretungen wandten sich gegen die Anwendung der Isolationshaft, der Verteidigerausschlußgesetze usw. Zur Unterstützung wurde auch amnesty international zu einer Stellungnahme aufgefordert, wie hier schon 1974 durch Besetzung in Hamburg.

## Strafverschärfungen – gegen „Terroristen" eingeführt – sollen die Kämpfe der Gefangenen brechen

*z.gkr.* In einem Gespräch mit Vertretern von amnesty international meinten Beamte des Justizministeriums im Juni 1979, „daß die politisch motivierten völlig neue Probleme stellten" (aus dem mit dem Ministerium abgestimmten Protokoll über das Gespräch). Es war dies die Antwort auf den Vorwurf der Isolationshaft, über deren Auswirkungen der Bericht festgehalten hatte: sie rufe „psychosomatische Störungen, insbesondere Störungen des vegetativen Nervensystems ... Störungen in bezug auf intellektuelle Fähigkeiten ... Störungen im emotionalen Bereich, die im allgemeinen zu einer depressiven Reaktion mit letztlich Suizidneigung führen (hervor)." Die Argumentation des Ministeriums entspricht der Begründung für die Einführung der Isolationshaft und weiterer Maßnahmen wie die Trennscheibe, deren Inhalt die Brechung des Widerstands der Gefangenen war und ist. Allerdings wird inzwischen durch die Tätigkeit der Bourgeoisie offensichtlich, daß es ihnen nicht alleine um die „Terroristen", sondern um alle dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenkonsums durchgeführt. Inzwischen hat jedes Bundesland seine Gefängnisse mit „Hochsicherheitstrakt", in Berlin-Plötzensee wird eine ganze Frauenhaftanstalt entsprechend dem Hochsicherheitstrakt dieser Haftanstalt erstellt. Der Justizsenator: „Die Verwendung von fugenlosen Bauteilen und ver-

heitstrakt dieser Haftanstalt erstellt. Der Justizsenator: „Die Verwendung von fugenlosen Bauteilen und ver-

stecksicheren Toiletten dient ebenfalls unabhängig von der Frage des Sicherheitsbereichs der Bekämpfung des Drogenhandels innerhalb der Anstalt." Und über die weitere Absicht: „Es wäre jedoch erfreulich, wenn der geplante Bau, mit dem in Berlin Neuland betreten wird, in Zukunft Modell für Vollzugsneubauten werden würde."

Als schärftstes Mittel der Verteidigerüberwachung wurde 1978 die Trennscheibe durchgesetzt. Ist sie laut Gesetz noch auf Verfahren nach §129a (Mitgliedschft in einer terroristischen Vereinigung) begrenzt, so ist ihr Einbau schon so systematisch betrieben worden, daß die Anwendung jederzeit ausgedehnt werden konnte. Vor wenigen Wochen hat das Landgericht Hannover entschieden, daß die Anordnung der Trennscheibe auch zulässig ist, „beim Besuch der Ehefrau, wenn beide der Drogenszene zugerechnet werden".

Die Maßnahmen der Bourgeoisie sind Reaktion auf den Kampf der Gefangenen, den sie nicht haben brechen können. Die „völlig neuen Probleme", von denen der Minister gesprochen hat, sind allenfalls eine Verschärfung der Kampfmittel durch RAF und „Bewegung 2. Juni". Deren kleinbürgerliche Linie im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat hatte aber auch ihre politische Isolierung von den übrigen Gefangenen erleichtert. Diese nutzten die „Gefangenenmitverantwortung" (§160 Strafvollzugsgesetz, StVollzG), um sich zusammenzuschließen. Forderungen, die von diesen erstellt werden und Themen, mit denen sie sich befassen, sind: Essensversorgung, Regelungen bei Besuchsausgang, Einrichtungen der Zellen, Möglichkeiten zu Sport und künstlerischer Tätigkeit. Sie wenden sich besonders auch gegen Überbelegung der Gefängnisse, die oft bis zum doppelten der vorhandenen Plätze in einem offenen Brief an den hessischen Justizminister gegen die Überbelegung der Zellen protestiert, manchmal sind statt 400 Gefangenen 700 inhaftiert. 4 Gefangene in einem Raum von 12 m² sei nicht zulässig mußte die Gießener Strafvollzugskammer daraufhin feststellen.

Ebenfalls an den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung entfalten sich Kämpfe der Gefangenen. 52 Gefange-

Ebenfalls an den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung entfalten sich Kämpfe der Gefangenen. 52 Gefange-

ne der JVA Lingen, Außenstelle Groß-Hesepe, stellten in einem Brief an den DGB vor dem 1. Mai als ein wesentliches Problem heraus: „Verbesserung der Entlohnung. Die arbeitenden Gefangenen bekommen in den JVAen nur einen geringen Teil des Geldes, welches die Anstalt für die zur Verfügungstellung der Gefangenen kassiert. Je nach Leistung der Gefangenen und der Art der Arbeit" werden in Lingen Tagessätze von 4,75 bis 6,56 DM bezahlt, 5,25 DM entspricht dem Richtwert des §200 StVollzG, der 5% des Durchschnittsbruttolohnes festgelegt ist. Die Forderungen der Gefangenen, die auch Unterstützung durch die Gewerkschaften bekommen, werden auch z.B. durch den Strafverteidigertag in München unterstützt. Das im Bundesrat gescheiterte 1. Strafvollzugsfortentwicklungsgesetz, Erhöhung des Tagesgeldes auf 10%, Einbeziehung in die Sozialversicherung, erfüllte diese Forderungen nicht.

---

rigkeit; bei gleichem Alter und gleichem Lohn kommen so für die Beschäftigten völlig unterschiedliche Summen heraus, je älter man ist, desto niedriger die Abfindung.

*z.nim.* **Anläßlich der Drohungen der westdeutschen Kapitalisten gegen den Iran wegen der Einsetzung iranischer Direktoren in den Niederlassungen westdeutscher Pharma-Konzerne haben 7 Beschäftigte der Fa. Merck einen Brief an die iranische Botschaft geschrieben.** Es heißt dort: „Wir ... wenden uns aufs Schärfste gegen solche Drohungen und Einmischungsversuche gegen die iranische Revolution. Denn in unserem Interesse kann es nicht liegen, daß sich die westdeutschen Pharmakonzerne in den Niedriglohnländern breit machen, um von da aus Druck auf unsere Löhne auszuüben." Der Brief wurde an die Botschaft zur Weiterleitung an die Beschäftigten von Merck Teheran geschickt.

*z.lup.* **Eine Anti-Strauß-Plakette sei nicht bloß ein Meinungsknopf, sondern „eindeutig parteipolitisch gezielte Werbung" und deshalb nach dem Betriebsverfassungsgesetz Grund zu fristloser Kündigung.** Mit dieser Begründung hat die Vierte Kammer des Arbeitsgerichts Regensburg am 5. August die Kündigung eines Maschinenschlossers bestätigt, der als Jugendvertreter von dem Kapitalisten hätte weiterbeschäftigt werden müssen. Man könne der Firma nicht die Weiterbeschäftigung eines Arbeiters zumuten, der „mit dem Kopf durch die Wand gehen" wolle. Mit ähnlicher Begründung hatte im Februar ein Gericht in Iserlohn die fristlose Kündigung eines Arbeiters bestätigt. Karl-Heinz Janzen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall hat erklärt, die IG Metall werde Mitgliedern, die wegen „Stoppt Strauß"-Plaketten" oder anderer politischer Meinungsäußerungen Schwierigkeiten mit ihren Arbeitgebern bekämen, Rechtsschutz gewähren und gegen entsprechende Urteile „alle Rechtsmittel ausschöpfen".

*z.frb.* **Erneut wird in der Presse eine abschließende Sitzung des 8. Bundestages unmittelbar nach der Wahl gehandelt.** Noch bis zum 12.11. geht die Wahlperiode des amtierenden Parlaments. Gesetzesinitiativen, die bis dahin nicht endgültig beschlossen sind, müßten dann neu eingebracht werden im neuen Parlament. Gegen zwei Gesetzesbeschlüsse hat die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat nach gescheiterter Vermittlung Einspruch eingelegt. Da sie nicht zustimmungspflichtig sind, kann der Bundestag den Einspruch mit Mehrheit zurückweisen. Einmal handelt es sich um die Rücknahme der Strafbarkeit „verfassungsfeindlicher Befürwortung von Straftaten" (§88a), zum zweiten um die Einführung einer Regelüberprüfung lebenslanger Freiheitsstrafen nach 15 Jahren auf Aussetzung. Bei zwei weiteren Gesetzen ist umstritten, ob sie zustimmungspflichtig sind: Die Sozialversicherung für Künstler und das Staatshaftungsgesetz. Fünf Gesetze befinden sich noch im Vermittlungsausschuß, darunter das Betäubungsmittelgesetz und das Bundessozialhilfegesetz (Mehrbedarf bei Kinderpflege). Auch das vom Bundesrat abgelehnte Jugendhilfegesetz und das Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz (Sozialversicherung und Entlohnung der Gefangenen) befindet sich nach Anrufung durch die Bundesregierung in Vermittlung. Der Ausschuß will im September tagen. Vor ein paar Tagen war versteckten Pressenotizen zu entnehmen, eine neue Diätenerhöhung werde vorbereitet. Beschluß durch den alten Bundestag nach Wahl des neuen sei eine selten günstige Gelegenheit. Während der 8. Wahlperiode ist erst ein Gesetz endgültig gescheitert, von den 354 im Bundestag verabschiedeten waren 24 kontrovers.

**Kommunistische Volkszeitung**
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuhl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Lutz Plümer
*Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingbach / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Dieter Liebig
Internationale Nachrichtenverbindungen
Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL: a.i.n. agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Geruze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien
Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM
Kommunistische Volkszeitung
Spezialnachrichtendienste
*Heft 01:* Regionaldienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung, Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,80 DM
*Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2*

Bezirksausgaben und Bezugsadressen
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager
**Geschäftsstelle Hamburg** (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen** (2), Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin** (3), Uranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover** (4), Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen** (5), Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252151 / **Geschäftsstelle Köln** (6), Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt** (7), Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken** (8), Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583035 / **Geschäftsstelle Mannheim** (9), 27, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg** (10), Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart** (11), Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München** (12), Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



*b.böh.* **Am 30.7. fand bei P&S Peine eine außerordentliche Betriebsversammlung zur Montanmitbestimmung statt.** Die Beteiligung war überdurchschnittlich gut, obwohl einige Arbeiter unter Druck gesetzt worden, als sie zur Betriebsversammlung gehen wollten. In der Diskussion wurde dies angegriffen und der Vorschlag gemacht, der Betriebsrat solle als Reaktion darauf den nächsten Überstunden die Zustimmung verweigern. Der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall Peine, Paul Becker, informierte darüber, was die Ersetzung der Montanmitbestimmung durch die gesetzliche Mitbestimmung von 1976 bei der Mannesmann-AG bedeuten würde. Als Nachteile der 76ger-Mitbestimmung gegenüber der Montanmitbestimmung nannte er vor allem die Schweigepflicht des Arbeitsdirektors gegenüber der Belegschaft, die Rechtlosigkeit des Arbeitsdirektors im Vorstand und die Nichtmitwirkung des Betriebsrats im Aufsichtsrat. Des weiteren ging Becker auf die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Montanmitbestimmung ein und forderte die Belegschaft auf, bei der Bundestagswahl zu bedenken, daß nur die SPD für die Montanmitbestimmung eintritt. In der anschließenden Diskussion wurde gesagt, daß eine Abschaffung der Montanmitbestimmung dazu führen würde, auch in der anderen Stahlindustrie, z.B. bei P&S, die Montanmitbestimmung aufzuheben.

*b.frw.* **Klinik des Annastiftes versendet Patientendaten an Sozialstationen und Gemeindeschwestern.** Um den Übergang vom Krankenhaus in die Hauspflege über Sozialstationen und Gemeindeschwestern reibungsloser zu gestalten, werden z.Zt. versuchsweise Vordrucke mit Informationen über den entlassenen Patienten an diese versandt. Neben Angaben über den körperlichen Zustand, mögliche Komplikationen, bisherige pflegerische Maßnahmen und ob die Diagnose dem Patienten oder Angehörigen bekannt ist, nimmt breiten Raum die Beobachtung seiner Verhaltensweise im Krankenhaus ein. U.a. wird angegeben, ob offen für Informationen, verschlossen, kontaktbereit oder zurückhaltend. Weiterhin über das personelle, räumliche und zeitliche Orientierungsvermögen und seine eventuellen besonderen Interessen. Bisher bedarf dies noch der Zustimmung des Patienten.

Weiterhin über das personelle, räumliche und zeitliche Orientierungsvermögen und seine eventuellen besonderen Interessen. Bisher bedarf dies noch der Zustimmung des Patienten.

*b.elb.* **Am 5. August haben die Kapitalisten der Bartels Möbelwerk GmbH in Langenberg, Kreis Gütersloh, Konkurs beantragt.** 358 Arbeiter und Angestellte sind betroffen, aus Langenberg selbst 200, wodurch sich die Arbeitslosenquote der Gemeinde schlagartig um 12% erhöht. Vor den Ferien zahlten die Bartels-Kapitalisten nur 80% des Lohns aus mit dem Versprechen, den Rest nach den Ferien zu zahlen. Bei dem Versprechen blieb es: Um 250000 DM haben sie die Arbeiter und Angestellten betrogen. Verhandelt wird zur Zeit über die Gründung einer „Auffanggesellschaft", die u.a. mit einer Investitionszulage des Landes Nordrhein-Westfalen, jedoch nur unter der Bedingung weiterproduzieren lassen will, daß ein Teil der Arbeiter und Angestellten entlassen wird. Bereits im Mai letzten Jahres waren nach Rationalisierungsmaßnahmen 40 Beschäftigte entlassen worden. – Seit Anfang 1980 sind ein knappes Dutzend Möbelkapitalisten allein in Ostwestfalen-Lippe in Konkurs gegangen, zumeist kleinere, die zwischen 50 und 80 Lohnabhängige ausbeuteten, aber auch einige größere wie die Heinrich Flötotto GmbH & Co. KG und zwei Wortmann-Betriebe. „Ein Kreis erfahrener ostwestfälischer Bankiers" ließ anläßlich der Hannover-Messe im Frühjahr verlauten, daß in diesem Jahr mit Pleiten von etwa 30 Möbelkapitalisten in Ostwestfalen-Lippe zu rechnen sei.

*b.rwo.* **Daß „generelle Lernmittelfreiheit" im Landkreis Wolfenbüttel eine „Utopie" sein soll, wie es der Kreistag am 16.7.80 beschlossen hatte, wird nicht einfach so geglaubt.** Die Unterlagen für diesen Beschluß will der Landkreis bis jetzt nicht herausgeben. Jedenfalls nicht an „Privatpersonen". Ein Erzieher in der Jugendinitiative Teestube hatte dies gefordert und in einem Leserbrief angegriffen. Mittlerweile gibt es verschiedene Initiativen, diese Unterlagen zu erhalten. Der Stadtjugendring, die Wolfenbütteler „Kreiszeitung" und ein Leserbrief einer Mutter fordern ebenfalls die Veröffentlichung. Die Jugendlichen der Teestube haben sich zu dem „Angebot" des Landrates Bosse (SPD), erst Diskussion mit ihm, dann eventuelle Herausgabe, noch nicht geäußert.

*b.inl.* **„Verkehrsraum wertvoller" – eine Mark in die Parkuhr.** Nach der ab 1. August gültigen Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes, das die bundesweit geltende Obergrenze von 10 Pfennig Parkgebühr pro angefangene halbe Stunde außer Kraft setzt, legt Ministerin Breuel dem niedersächsischen Kabinett einen Entwurf mit 1 DM Gebühr als Maximum vor. In Göttingen, wo 25600 Autofahrer täglich zwischen 6 und 20 Uhr einen Parkplatz in der Innenstadt suchen, erwägen die zuständigen Ämter, die Parkuhrgebühren in konzentrischen Ringen hin zur Fußgängerzone bis auf eine Mark zu erhöhen.

*b.sul.* **Kreiskrankenhäuser Goslars sparten 1979 insgesamt 405000 DM ein.** Größter Posten ist die Beschaffung von Arzneimitteln (172000 DM). Dieses Ergebnis ist laut Goslarsche Zeitung v. 4.8.80 zurückzuführen auf die Einrichtung einer zentralen Arzneimittelkommission, der Chefärzte, leitende Ärzte, Leiter der Belegabteilungen sowie die Leiterin der zentralen Hausapotheke angehören und die eine „Arzneimittel-Hausliste" erstellt hat. Auch bei der Beköstigung der Patienten wurde „sparsam gewirtschaftet". Im Goslarer Kreiskrankenhaus stiegen die Lebensmittelkosten pro Tag von 5,31 DM 1973 nur um 11% auf 5,90 DM 1979. Jeder Koch wird einem bestätigen können, daß für diesen Betrag eine nahrhafte Kost heute nicht gewährleistet werden kann. Reichlich hohl klingen da auch die Worte des Oberkreisdirektors Müller, der einerseits betont, daß Einsparungen nicht zu Lasten der Patienten gehen dürften, im gleichen Atemzug jedoch darauf hinweist, den Blick auf die Kosten nicht zu vergessen.

*r.uwz. Hamburg.* **Wie in den letzten Jahren auch, wurden zum 1. August bei AEG die Löhne und Gehälter erhöht.** Diese setzen sich zusammen aus Tariflohn/-gehalt und tariflicher Leistungszulage sowie „jederzeit anrechenbarer und kündbarer außertariflicher Zulage" (jaz). Nach den bisher vorliegenden Kenntnissen handelt es sich um eine Erhöhung, die zwischen 2% und 3% der Gesamtlohnsumme des Vorjahres (1,5%) liegt. Diese Sonderzahlung wurde von den AEG-Kapitalisten seit jeher als Spaltungsmittel eingesetzt, auch sollte damit der relativ hohen Fluktuationsrate bei N4

2% und 3% der Gesamtlohnsumme des Vorjahres (1,5%) liegt. Diese Sonderzahlung wurde von den AEG-Kapitalisten seit jeher als Spaltungsmittel eingesetzt, auch sollte damit der relativ hohen Fluktuationsrate bei N4

entgegengewirkt werden. Im Vergleich zu den letzten Jahren haben diesmal mehr Kollegen eine Erhöhung bekommen, in einigen Abteilungen jeder, im Schnitt jeder Zweite. Bei den Arbeitern liegt die Erhöhung durchschnittlich bei 40 Pf., bei den Angestellten um 200 DM. Mit der Sonderzahlung erhöhen die AEG-Kapitalisten den nichtabgesicherten Teil des Lohns, wo sie jederzeit rumkürzen können. Es gibt Fälle, wo dieser Teil bereits ca. 40% des Gehalts ausmacht. Die Sonderzahlungen werden scheinbar freiwillig gemacht und sollen die Meinung verbreiten, 'es gehe auch ohne Gewerkschaften, mehr Lohn zu kriegen', um damit den Lohnkampf im Herbst abzudämpfen und zu zersplittern. Die Notwendigkeit, die Sonderzahlungen, die erheblich sind, als Bestandteile des Tariflohns tariflich abzusichern, wird deutlich.

*r. gea.* **Nachdem die Bundesregierung noch keine Sammellager beschlossen hat, machen sich jetzt die Länder auf den Weg.** Das schleswig-holsteinische Sozialministerium hat bereits in der vergangenen Woche den Nordseekurhof auf Wyk auf Föhr besichtigt, um dort über 300 Asylanten unterzubringen. Vorerst wurde der Nordseekurhof allerdings abgelehnt. Es sollen alle Unterkunftsmöglichkeiten im Land überprüft werden. Auch die niedersächsische Landesregierung tritt inzwischen für Sammellager ein, lieber wäre ihr allerdings, wenn die Gemeinden die Asylanten in Sammellagern oder „zentralen Unterkünften zusammenfaßt'. Die Landesregierung hat jetzt über die Bezirksregierungen die Landkreise und kreisfreien Städte aufgefordert, bis zum 10. August alle geeigneten und sofort verfügbaren Räumlichkeiten zu melden, die mindestens 200 Asylbewerber aufnehmen können. Wesentliches Ziel der niedersächsischen Landesregierung mit diesen Sammellagern ist es, den Asylbewerbern keinerlei Bargeld für Kleidung und Verpflegung zu geben, sondern die Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, also Gemeinschaftsverpflegung und Kleidung, auszuhändigen. Die Arbeiterwohlfahrt, die in Hannover einen Großteil der Asylantenbetreuung übernommen hat, hat sich entschieden gegen die Absicht der Landesregierung, Sammellager einzurichten, gestellt.

# CDU-Politik: Kapitalistische Umweltzerstörung – „Errungenschaft moderner Industriegesellschaft"

*r.wom.* Die CDU-Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein lassen sich in ihren Bemühungen für mehr Lebensqualität kaum übertreffen: staatlich gedeckte Bleivergiftungen durch die Preußag in Goslar und Nordenham, Genehmigungen für Kernkraftwerke, Atommüllendlager bei Gorleben, aus Steuergeldern bezahlte Industrieansiedlungen an Unterelbe, Unterweser, Jade etc. Wem das nicht paßt wie den Bürgerinitiativen, der ist angeblich gegen Fortschritt, gegen höheren Wohlstand in diesen armen Bundesländern, gegen mehr Arbeitsplätze. Der kommt in den Genuß von Polizei und Gerichten. Die SPD-Regierungen in den Stadtstaaten und NRW machen dieselbe Politik und sind direkt an diesen Maßnahmen beteiligt, z.B. beim Bau des KKW Brokdorf.

Natürlich wird auch was für den Umweltschutz getan. Den großen Kapitalisten wird durch die Umweltschutzprogramme ein Haufen Geld zugeschoben, ihnen werden noch mehr Steuererleichterungen gewährt. Außerdem könnte man ja sonst auf die Idee kommen, daß die kapitalistische Profitwirtschaft beseitigt werden muß, um den kapitalistischen Raubbau an der Lebenskraft der Werktätigen und an der Natur aufzuheben.




Die Unvollkommenheit des Staates resultiert aus der Unvollkommenheit der Menschen *(Ernst Albrecht 1976)*

**Kostenbewußtsein** verlangt die CDU beim Umweltschutz:

> **CDU** Wer seine Umwelt schützen will, muß dafür einen nicht geringen Preis bezahlen. Diese Kosten können nur aufgebracht werden, wenn die Wirtschaft prosperiert. Vorsorge für eine saubere Umwelt setzt in Zukunft voraus, daß wir weiterhin die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. *(Stoltenberg, Regierungserklärung 1977)*

Reden die Parteien vom Umweltschutz, ist das zuallererst ein Vorwand, den Massen noch höhere Steuern und Abgaben aufzuerlegen. Wohin das Geld gehen soll, ist klar: an die Kapitalisten, damit ihr Geschäft weiter blüht.

**Mehr Umweltbewußtsein** wünscht sich die SPD:

> **SPD** Die SPD verlangt Umdenken – humanere Arbeitsplätze, umweltbewußte Lebensweise. Aber der soziale und wirtschaftliche Standard muß gewahrt bleiben ... Die Urheber von Umweltbelastungen müssen in erster Linie für die Folgen aufkommen ... Umweltsünder müssen konsequenter bekämpft werden *(SPD Aktion 80)*

Hinter der – noch jungen – Liebe der Parteien zum Umweltschutz lauern Buß- und Ordnungsgelder, Polizeiknüppel und Zwangsmaßnahmen. Wobei die kapitalistischen Zerstörer der Arbeitskraft und der natürlichen Lebensgrundlagen immer verschont bleiben. Enthaltsamkeit nach JUSO-Art (Fahrrad statt Auto) ist für die Kapitalistenklasse der billigste Umweltschutz.

**Umweltschutz als Grundrecht** verlangt die F.D.P.

> **F.D.P.** Art. 2 GG ist wie folgt zu ergänzen: „Jeder hat ein Recht auf eine menschenwürdige Umwelt. Die Naturgrundlagen stehen unter dem besonderen staatlichen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Grenze der im Allgemeininteresse zulässigen Umweltbelastung wird durch Gesetz bestimmt." *(Freiburger Thesen)*

In den Genuß dieses liberalen Grundrechts kommen jene, die das nötige Vermögen für eine angenehme Umwelt haben. Das Allgemeininteresse, das die Grenzen der Umweltbelastung bestimmen soll, ist noch immer das Interesse der Geldsäcke.

Zwei Drittel ihres Schmutzwassers läßt die Industrie ungeklärt abfließen

r.gea. Umweltschutz fängt bei jedem nicht in ihre Rechnung ein.

chendem Umfang – erhöhen die Lebensmittelpreise.

Verstärkten Bau von Abwässerreinigungsanlagen, mehr Schutzbestim-

# Zwei Drittel ihres Schmutzwassers läßt die Industrie ungeklärt abfließen

*r.gea.* Umweltschutz fängt bei jedem selbst an, ist eine der beliebten Äußerungen aller bürgerlichen Politiker, wenn es um die Zerstörung der Umwelt geht. Ablenken wollen sie damit von den Hauptquellen des Drecks, den kapitalistischen Industriebetrieben. Zwei Drittel aller Abwässer kommen aus der Industrie und 62% werden „verschmutzt abgeleitet in Gewässer und Untergrund" (Stat. Jahrbuch Niedersachsen). Die Folge: Verschmutzung des Grundwassers, Verdreckung der Flüsse und Meere, Vernichtung von Fischbeständen, Vernichtung von Erholungsgebieten für die Volksmassen.

Lang und breit lassen sich die Tageszeitungen über Unfälle von Öltankern aus. Entscheidend für den Öldreck, der an jeder Küste sichtbar wird, sind nicht die „Ölteppiche", sondern das was ganz „planmäßig" Tag für Tag in der einen oder anderen Form ins Meer geleitet wird. Ist es doch für jeden Kapitalisten billiger so. Die gesellschaftlichen Kosten dieses Raubbaus gehen nicht in ihre Rechnung ein.

Nicht anders bei der Entnahme von Wasser. In riesigen Mengen entziehen die Kapitalisten es dem Erdboden. Der Grundwasserspiegel sinkt. Den unmittelbaren Schaden hat die Landwirtschaft. Die kleinen Bauern werden ruiniert. Die Großen sorgen für künstliche Bewässerung und – bei entsprechendem Umfang – erhöhen die Lebensmittelpreise.

Verstärkten Bau von Abwässerreinigungsanlagen, mehr Schutzbestimmungen gegen Lärm und Luftverschmutzung fordert der DGB in seinen Wahlprüfsteinen. Unzulänglich sind diese Forderungen, weil statt Kontrollrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte über die Einhaltung der Schutzbestimmungen in den Betrieben, die Sache dem Staat überlassen wird.

**Jährliche Ölbelastung des Weltmeeres 1976 (in 1000 Tonnen)**

| Quelle | 1000 t |
|---|---|
| Tankreinigung auf See | 2100 |
| Tankerunfälle | 250 |
| Ölbohrplattformen | 80 |
| Ölraffinerien an der Küste | 250 |
| Industrieabwässer | 300 |
| Abwässer der Küstenstädte | 600 |
| Zulauf der Flüsse | 1600 |
| Niederschläge (geschätzt) | 600 |
| Natürl. unterseeische Ölquellen | 600 |

Die Kurverwaltungen der Nordseebäder geben an: leichte bis mittlere Ölverschmutzung an 51%, schwere an 34% aller Tage während der Badesaison.




*b.anh.* **So gut wie sicher ist jetzt ein eigenes Entsorgungssystem für das Kernkraftwerk Würgassen.** Im Februar dieses Jahres haben Bund und Land „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge von Kernkraftwerken" beschlossen, nachdem klar war, daß die WAA Gorleben bzw. ein Endlager auf absehbare Zeit nicht gegen die Volksmassen wird durchgesetzt werden können. Jedes Kernkraftwerk bekommt jetzt die Auflage, die Entsorgung für sechs Jahre im voraus zu sichern.

*b.elb.* **Zehn Betreuer der diesjährigen „Stadtranderholung" für Kinder in Bielefeld protestierten letzte Woche in einer Resolution an das Jugendamt gegen ihre äußerst niedrige Bezahlung.** Für 232 Stunden in vier Wochen haben sie, zumeist Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit, einen Bruttolohn von 850 DM erhalten; die über 40 Stunden in der Woche hinausgehende Arbeitszeit wurde nicht höher bezahlt; geregelte Pausen gab es nicht. Die Stadt weiß die Lage der Studenten zu nutzen, die aufgrund der unzureichenden BaFöG-Zahlungen gezwungen sind, neben dem Studium zusätzlich zu arbeiten. Die Betreuer erklärten in der Resolution, daß sie zukünftig nicht mehr bereit sind, für einen Bruttostundenlohn von 3,66 DM zu arbeiten. Sie fordern für das nächste Jahr 8 DM pro Stunde, mindestens aber 1600 DM. Die Studenten, die sich die Arbeit als Praktikum für ihr Studium anerkennen ließen, haben lediglich 150 DM bekommen. Die Betreuer fordern, daß allen in Zukunft der gleiche Lohn ausgezahlt wird.

*b.dh.* **Das nds. Ministerium für Wissenschaft und Kunst will die notwendige Stellenaufstockung an den Unikliniken Göttingen zurückschrauben.** 1. Bei dauerhafter Unterschreitung der Bettenausnutzung von 70% ist der Stellenschlüssel zu reduzieren; in der Kinderklinik sind auf Grund solcher Berechnungen bereits 18 Stellen abgezogen worden. 2. Den einzelnen Kliniken wird die Verfügung über ihre Stellen beschnitten. Nur über 70% sollen sie entscheiden können. Die restlichen 30% pro Klinik sollen in einem zentralen Stellenpool zusammengefaßt werden, über den nur der Klinikumsvorstand bzw. die zentrale Pflegedienstleitung verfügt. D.h. 30% des Pflegepersonals sitzen auf sogenannten Feuerwehrstellen und sollen nach Anordnung der Pflegedienstleitung überall dort eingesetzt werden, wo es „besondere Belastungen" gibt.

*r.inn.* **Eine Fragebogenerhebung zur Ermittlung der Beschäftigungssituation an Datensichtgeräten hat die Deutsche Angestelltengewerkschaft im Bezirk Hannover durchgeführt.** Alle Vertrauensleute in Betrieben mit EDV-Einsatz wurden angeschrieben. Ausgewertet wurden 1813 Fragebögen, davon entfallen 23,6% auf Versicherungen, 5,4% auf den Handel, 11,8% auf die Industrie und 38,6% auf den öffentlichen Dienst. Dieselbe Untersuchung soll in allen Bezirken Niedersachsens durchgeführt und dann auf Landesebene veröffentlicht werden.

**Arbeit an Datensichtgeräten**
(Angaben in % der Befragten)

| | Versich. | Handel | Öff. Dienst | Industrie |
|---|---|---|---|---|
| Arbeitszeit 7–8 h täglich | 16,2 | 22,7 | 61,2 | 32,4 |
| Arbeitszeit wöch. 5 Tage | 87,5 | 79,5 | 92,0 | 80,2 |
| vollzeitbeschäftigt | 94,3 | 91,0 | 92,4 | 90,1 |
| abgeschloss. Lehre | 69,3 | 75,0 | 65,3 | 66,9 |
| unter 30 Jahre alt | 52,1 | 68,2 | 24,1 | 34,4 |
| regelmäßige ärztl. Unters. | 15,4 | 29,5 | 5,1 | 6,2 |



Im Rahmen der „Wattenmeer Kutteraktion 1980" führte die Aktion Grüne Küste eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Stadt Emden, des DGB und der IHK zum 1,2 Mrd. DM-Projekt des Dollarthafens durch. Die Mehrheit der 400 Besucher äußerte sich aus Umweltschutzgründen gegen den Bau.

## VW-Konzern muß 100000 Autos in den USA rückrufen

*r.kug.* Der VW-Konzern muß in den nächsten Wochen die Modelle „Rabbit" und „Scirocco" der Baujahre 1976 und 1975 in den USA in einer Größenordnung von 100000 in die Werkstätten zurückrufen, um Einstellarbeiten am Motor vorzunehmen, die die Abgasemissionen reduzieren. In sogenannten Felduntersuchungen hat die amerikanische Umweltschutzbehörde EPA (Environmental Protection Agency) zu hohe Abgaswerte heraus- EPA (Environmental Protection Agency) zu hohe Abgaswerte heraus- gefunden. In den USA werden die Autoabgase für die Komponenten Kohlenmonoxid, Stickoxide und Kohlenwasserstoffe limitiert, d.h. es werden Grenzwerte festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. In Westeuropa werden die gleichen Gase mit Grenzwerten festgelegt, nur hier sind die Grenzwerte um ein Vielfaches höher:

| Land | Fahrzggew. (kg) | CO | HC | NOx |
|---|---|---|---|---|
| | | (Gramm/km) | | |
| US '80 | bis 2722 | 4,35 | 0,26 | 1,24 |
| US '81 | bis 2722 | 2,11 | 0,26 | 0,62 |
| Europa | bis 1134 | 21,50 | 1,75 | 2,52 |
| Europa | bis 1361 | 24,40 | 1,88 | 2,94 |

Wie aus der Tabelle ersichtlich, wollen die US-Behörden für die neuen Modelle des Jahres 1981 die Werte für Kohlenmonoxid und die Stickoxide um 50% senken. Die Automobilkapitalisten laufen dagegen an und beklagen zu hohe Kosten. Um diese Werte zu erreichen, müssen in vielen Fällen die Motorenabgase in einem sogenannten Katalysator noch mal bei hoher Hitze verbrannt werden, diese Katalysatoren würden einige hundert Mark kosten und hielten in der Regel auch nur 5000 km und müßten dann ausgewechselt werden.

Die Automobilfirmen müssen von jedem Modell den Umweltschutzbehörden – hier in der BRD dem TÜV – eine bestimmte Anzahl von Fahrzeugen vorführen, die auf einem vorgeschriebenen Kurs gefahren werden und deren Abgase bei diesem Test die vorgeschriebene Höchstgrenze nicht überschreiten darf. Diese Werte zu umgehen, ist ziemlich schwierig und kann nur über Bestechung o.ä. gemacht werden. Deshalb konzentrieren sich die Automobilkapitalisten auch eher darauf, auf die gesetzlichen Verfahren der Grenzwertermittlung Einfluß zu nehmen. In den USA schlagen die Firmen Ford und General Motors dem Präsidenten z.B. vor, als Krisenverhütungsmaßnahme die geplanten Senkungen der Grenzwerte um 2 Jahre zu verschieben. Carter soll das für überlegenswert der Grenzwerte um 2 Jahre zu verschieben. Carter soll das für überlegenswert gehalten haben. In Westdeutschland sitzen die Automobilkapitalisten zum Teil in den Kommissionen, die die Grenzwerte erforschen, mit drin.

Das häufigste Argument der Kapitalisten gegen schärfere Grenzwerte ist die „technische Unrealisierbarkeit". Der Wirkungsgrad der Schädlichkeit der einzelnen Abgase wird nicht umfassend untersucht. So sind in den bisher gültigen Bestimmungen die Wirkungen auf die Pflanzen überhaupt nicht berücksichtigt. So besteht z.B. nach der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft" – die westdeutsche Umweltschutzvorschrift – für Stickstoffdioxid ein Langzeitgrenzwert von 0,100 mg/m³ Luft. Untersuchungen des VDI (Verein deutscher Ingenieure) haben aber die Wirkung dieses Gases auf die Pflanzenwelt untersucht und einen Mittelwert für die Vegetationsperiode von 0,350 mg/m³ Luft, also über dem 3fachen des gesetzlichen Grenzwertes herausgefunden.

In der Grenzwertfindung wird die höchste unbedenkliche Dosis danach festgelegt, daß 2% einer Bevölkerungsgruppe mit Schädigungen noch als tolerierbar hingenommen werden. Dies würde zum Beispiel für den Luftbleigehalt, der von einer EG-Richtlinie mit 0,002 mg/m³ Luft für weniger als 2% der Bevölkerung mit geringer Schädigung als tolerierbar ausgewiesen ist, bedeuten, daß in der BRD pro Jahr 2% der bleiempfindlichsten Bevölkerungsgruppe (Embryonen) oder 12000 Neugeborene einen Blutbleispiegel aufweisen, der eine schädliche Wirkung zur Folge hätte.

## „Wollte nicht länger zum Tode verurteilt sein"

### Fehldiagnose sorgte für jahrzehntelange Haft in LKHs

*b.bew.* Ende Juli wurde vor dem Landgericht Göttingen zwei Männern, die aus dem Landeskrankenhaus Moringen ausgebrochen waren, der Prozeß gemacht. Nach dem Ausbruch haben sie sich durch Serientrickbetrügereien über Wasser gehalten. Gegen früher wurden sie diesmal für zurechnungsfähig befunden und zu Gefängnisstrafe verurteilt. Im Mittelpunkt des Prozesses stand der Grund des Ausbruchs wie besonders der ihrer Einweisung im LKH.

In Jugendstrafverfahren hatte die Jugendpsychiatrie des LKH Wunstorf beide Anfang der 70-er Jahre als Geisteskranke abgestempelt; H. zum Maniker, der erbbedingt schubweise Straftaten beginge, und B. zum latenten Epileptiker aufgrund sog. Jugendverwahrlosung und weil sein Bruder Epileptiker war. Zu zeitlich unbeschränkter Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus waren sie verurteilt worden. Nach bedingter Entlassung und erneuter Straffälligkeit wurde H. dann zu mehrjähriger Gefängnisstrafe und zusätzlich erneuter LKH-Unterbringung verurteilt. Denn Direktor Rost vom LKH Moringen bescheinigte erheblich verminderte Schuldfähigkeit wegen charakterlicher Fehlentwicklung mit Krankheitswert und im Hintergrund „wetterleuchtende Manie", die jedoch klinisch nicht nachgewiesen war. Der Bundesgerichtshof strich auf Revision von H. 1977 die Unterbringungsanordnung, weil er keine „schwere seelische Abartigkeit" fand. Dennoch hielten ihn LKH und Strafvollstreckungskammer aufgrund der ersten Einweisung bis zu seinem Ausbruch 1979 im LKH. Lapidare jährliche Feststellung: abnorme Persönlichkeit. Sie ließen ihn wider besseres Wissen im Glauben, die Gefängnisstrafe würde angerechnet. Erst durch den Ausbruch erreichte er die Erledigterklärung der Unterbringung. B. steht dieser Kampf noch bevor; vorher ist er nicht auf Bewährung auf freien Fuß.

Die als Sachverständige vernommenen Psychiater rechtfertigten dies mit Kompliziertheit des Falles und „folgenschweren Fehldiagnosen". Bedauernd, daß „die Psychiatrie ins Zwielicht rücke", und zur Standesrettung gestand Medizinaldirektor Schultze ein: „Gerade aus den sechziger Jahren sind uns aus der Jugendpsychiatrie Wunstorf zehn bis zwanzig Fälle bekannt, wo den Patienten Hirnschäden angehängt wurden, die gar keine waren. Gerade die Abweichungen unausgereifter Hirnstromkurven Jugendlicher wurden sehr oft vorschnell in Hirnschädigungen umgedeutet", was „die Weichen für die nächsten zehn, zwanzig Jahre stellt". Die ganze Wahrheit? Uns ist ein Fall bekannt, daß Wunstorf noch 1974 einen Jugendlichen als hirnorganisch schwer wesensverändert verurteilte, obwohl das EEG des Hirnwellenbildes gerade keine Abweichung von der Norm ergab. 5 Jahre war der im LKH Moringen und wäre heute noch da, wenns nach den Psychiatern gegangen wäre. Solche Gutachten haben System. Oft trifft es aus dem gedrücktesten Teil der Arbeiterklasse Stammende, mit den Stationen: Rebellion in der Schule (= sog. Minderbegabung), Jugendheime, Flucht, Diebstähle aus Not usw. Diese „Allgemeingefährlichkeit" soll in den Arbeitshäusern der LKHs kuriert werden.

In Moringen müssen die Gefangenen für die Conti Gummiringe sortieren, Prüfschraubenzieher zusammenbauen oder Ersatzteilkartons für VW falzen, im Akkord für Hungerpfennige. Sie haben keinerlei Rechte. Es regiert das Berichtsbuch der Pfleger. Eintragungen nach Verwandtenbesuch: bedrückt; zur Abwendung einer „depressiven Phase" verordnet der Arzt Pharmaka, Pillenkeule genannt. Zur Wahrung der Pflegerautorität gibts 2 Tage Bunker. Zur Generalabschreckung dient die Drohung der Verlegung ins Verwahrhaus Göttingen, als ob die Kreissäle nicht genug Gefängnis wären. Reichlich Ausbruchsgründe bei Aussicht der Ewigkeit. Es ist vorverlagerte Sicherungsverwahrung, gegen die H. die beschränkten Rechte des für die LKHs nicht geltenden Strafvollzugsgesetzes fast als Wohltat erscheinen wollen.

## Altenpflege im Bielefelder Johanneswerk: Zum schnellen Dahinsiechen

*b.frd.* Beschwerde einer Frau über die Behandlung ihrer Schwester im Dietrich Bonhoeffer Altenpflegeheim des evang. Johanneswerks in Bielefeld:
Ihre krebskranke Schwester ist nach Überweisung in dieses Altenpflegeheim in kurzer Zeit gestorben. Sie erhielt kein Wasserkissen gegen Wundliegen, sie erhielt keine Diät, sondern Speisen, die sie nicht essen konnte. Frau C.: „Man kann doch einen Menschen nicht einfach verhungern lassen." Daraufhin werden in zahlreichen namentlich unterzeichneten Leserbriefen an die Bielefelder Presse ähnliche Erfahrungen berichtet: Unappetitlich kaltes Essen, keine Pflegeanwendungen wie Krankengymnastik, ein Wasserkisssen mußte von den Angehörigen selbst gekauft werden; bei dem Tod einer Frau stellten die Angehörigen starkes Wundliegen fest, sowie Reste von offensichtlich nicht entsprechend aufbereiteter Speisen im Mund. – Im Juni wurden ähnliche Erfahrungen aus dem Marienhaus berichtet, wo psychiatrisch pflegebedürftige Alte kurzerhand im engen Aufenthaltsraum eingesperrt oder gar mit Bettüchern an die Stühle festgebunden wurden. – Die Reaktion des Johanneswerks in diesem Fall wie auch auf frühere Beschwerden: Es „will Frau C. Gelegenheit geben, ihre Vorwürfe zurückzunehmen ... weitere Schritte vorbehalten ..."
In einem Leserbrief wird indirekt auf die wirklich Verantwortlichen verwiesen: „Zum Füttern war aufgrund des Personalmangels ... kaum Zeit". Aus einem Akutkrankenhaus wird berichtet, daß nach Behandlung und Überweisung in ein Pflegeheim dort häufig nach wenigen Tagen gestorben wird, auch bei relativ guter Pflege, *gemessen an den dortigen Möglichkeiten.* Das System der Spezialisierung der Krankenhäuser – Akutkrankenhäuser, Pflegeheime – nicht unter medizinischen, sondern unter Kostendämpfungsgesichtspunkten – enthält das schnelle Wegsterben im Pflegebereich im Kalkül. Die Personalsituation im Pflegebereich: Im Bonhoeffer-Haus ist die Pflegerelation mit 1:3 verglichen mit anderen Pflegeheimen überdurchschnittlich – aber offensichtlich lange nicht ausreichend, wie die Vorfälle beweisen. – Die Reaktion der Politiker und Parteien: Bei der Sitzung des Sozialausschusses im Frühjahr zu diesem Thema Vorwürfe, daß durch die öffentliche Diskussion die Alten „verunsichert" werden könnten, aber kein Wort über die Personalsituation. „dabei", eine tieflangweilige „Zeitung für Bielefelder Senioren", herausgegeben von der Stadt, will erstmal nichts darüber schreiben, da die Untersuchungen über die Vorfälle nicht abgeschlossen seien. Die CDU will sich ebenfalls nicht äußern, da „die Untersuchungen ..." Sie gesteht zu, daß selbst ein Pflegeschlüssel von 1:4 in vielen Bereichen nicht ausreicht. 1979 forderte sie die gesetzliche Schaffung eines „positiven Klimas" für die Alten. Jetzt ist der Gesetzentwurf, der einen Pflegeschlüssel von 1:4 vorsieht, am Widerspruch vor allem der CDU-Länder im Bundesrat gescheitert. Vorgeschlagen wird ein Schlüssel von 1:5, womit sich die Freien Träger einverstanden erklärt hätten. Die Regierungskoalition hatte dabei der CDU den Ball zugespielt, indem die Finanzierung des Personalschlüssels den Ländern aufgedrückt wurde.

Wobei eine Seite der Angelegenheit die typische Arbeitsteilung zwischen Staat und freien Trägern ist. Der Staat hält den Pflegebereich finanziell an der knappen Kandarre, die freien Träger decken das. Sie treten caritativ auf und mobilisieren freiwillige, unbezahlte Hilfskräfte, „fantastische Gruppen grüner Damen" (Vertreter des Johanneswerkes), wie das Johanneswerk. Dieses gibt zu, daß die Personalsituation nicht ausreicht, legt aber Wert darauf zu erklären, daß diese Frage „von außen in die Debatte eingebracht wurde". Wie sehr dem Johanneswerk die Pflege der Alten am Herzen liegt, geht daraus hervor, daß hauptsächlich Einschüchterung die Antwort auf die Beschwerden und Berichte ist. – Dabei hat Dr. Dietrich, Leiter des Johanneswerks, bis heute nicht offengelegt, was mit dem Pflegesatz des Bonhoeffer-Hauses, der mit um 4000 DM monatlich erheblich über dem offiziellen liegt (Tagespflegesatz bei schwerer Pflege 89,30 DM bei Mehrbettzimmern), alles geschieht.

---

Über gesundheitliche Folgeerscheinungen wie Augenbeschwerden, Rückenschmerzen, Nackenschmerzen und Übermüdung klagen 68,6% der Beschäftigten. Bereits 7,9% werden nach Leistungs- oder Prämienlohn bezahlt, im öffentlichen Dienst sind es 11,9%. Besondere Pausenregelungen gibt es nur für 18,8% der Beschäftigten. Die ÖTV schlägt dazu in ihrem Vorschlag für einen Rahmentarifvertrag zu den Arbeitsbedingungen beim Einsatz von Datensichtgeräten vor: pro Std. 15 Min. Pause zusätzlich, bei über 50 Jahren 20 Min.; Beschäftigung am EDV-Gerät darf 50% der täglichen Arbeitszeit nicht überschreiten.

*b.müw.* **Inzwischen gibt es in Hannover, Hildesheim, Hameln, Detmold, Salzgitter, Braunschweig und Göttingen Initiativen und Aktionsbündnisse gegen die NATO-Herbstmanöver „Autumn Forge".** Auf einem weiteren regionalen Treffen am 4.8. in Hannover wurde ein Kongreß vom 22.–24.8.80 beschlossen, auf dem über die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten diskutiert und konkrete Aktionen in der Zeit des Großmanövers „Crusader", das vom 15.–23. September im Raum Ostwestfalen, Südniedersachsen stattfinden soll, festgelegt werden sollen. Vorgeschlagen wurden bisher an Arbeitsgruppen für den Kongreß: Antikriegstag; Ziele und Ablauf des Manövers, Befehlsstruktur und Militärstrategie der NATO, Interessen des BRD-Imperialismus. Weitere Vorschläge gibt es über die Erstellung eines Plakates und von Aufklebern. Am letzten Tag des Manövers soll eine zentrale Demonstration durchgeführt werden. Das nächste regionale Koordinationstreffen findet am 18.8. statt. Der DGB Kreis Hannover hat in einem Schreiben an die anderen Kreisverbände mitgeteilt, daß er zum Antikriegstag zwei Ausstellungen in der Volkshochschule zeigt: „Über Krieg und Frieden" und „Gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt". Am 31.8. um 11 Uhr ist eine Großkundgebung an der Ruine der Aegidienkirche in Hannover geplant. Als Hauptredner spricht Willy Brandt. In der Woche vor dem 1. September will der DGB noch weitere Veranstaltungen durchführen.

*r.mas.* **Rückwirkend zum 1. Juli handelte die NGG Ende Juli den Manteltarif für die Back- und Puddingpulverindustrie Nordrhein-Westfalen aus.** Gegenüber den Angriffen der Nahrungsmittelkapitalisten auf den 1976 erkämpften 7½-Stundentag bei Schichtarbeit und vollem Lohnausgleich konnte die NGG diese Regelung erhalten und eine zusätzliche Schichtfreizeit ab der 15. Nachtschicht verankern. Der Urlaub wird in einem Stufenplan bis 1983 auf 28 bzw. 30 Arbeitstage (vorher 22 bzw. 28 Arbeitstage) in drei Altersstufen (vorher fünf Altersstufen) erhöht. Die Kapitalisten wurden verpflichtet, bei Krankheit über 6 Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und 100% Nettoentgelt ab 5 Jahren Betriebszugehörigkeit für 2 Wochen, ab 10 Jahren Betriebszugehörigkeit für 4 Wochen und bei Arbeitsunfällen oder anerkannten Berufskrankheiten für 6 Wochen zu zahlen. Dieser Fortschritt, der darauf abzielt, die Kapitalisten für den Verschleiß der Arbeitskraft zur Verantwortung zu ziehen, ist vor Kündigungen gesichert.

### Veranstaltungen

Veranstaltungen im Rahmen des revolutionären Volksbildungsprogramms des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten (Auszüge)

*Montag, 11.8. bis Freitag 15.8.80*

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft
*Stadthagen,* *Bahnhofsgaststätte, Bahnhofsstraße, jeweils 19.00 Uhr*

Reihe zur Kritik des Reformismus
*Göttingen,* Afro-Asiatenheim, jeweils 19.30 Uhr

*Schulungen:*

*Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus*
*Hannover,* Universität, Architekturgebäude, Königsworther Platz, jeweils 20.00 Uhr
*Braunschweig,* Treffpunkt TU-Hauptgebäude, jeweils 19.30 Uhr

Lenin: Was tun?
*Bünde,* Gaststätte Niedermeyer, Hansastraße, jeweils 19.30 Uhr

### Vorankündigungen

*Montag, 18.8. bis Freitag, 22.8.80*

*Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung*
*Celle*

Engels: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
*Hameln*
*Höxter,* Gaststätte Zum Anker, Obere-Mauer-Straße, jeweils 19.30 Uhr

1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat
*Detmold,* Gaststätte Bürgerklause, Lemgoer Straße, jeweils 19.30 Uhr

*Montag, 25.8. bis Freitag, 29.8.80*

1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die deutsche Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat
*Hannover,* Freizeitheim Lister Turm, Walderseestraße, jeweils 20.00 Uhr

Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Alliierten: Kampf um einen demokratischen Friedensvertrag
*Nienburg,* Gaststätte am Stadtrand, Verdener Landstraße, jeweils 20.00

Engels: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
*Höxter*

Zur Geschichte der Textilproduktion in Westfalen und im Emsland
*Bielefeld,* jeweils 19.30 Uhr

Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus
*Paderborn,* Gaststätte Rolandseck, Rolandsweg, jeweils 19.30 Uhr

**Beilagenhinweis:**
Einem Teil der Auflage liegt der Spezialnachrichtendienst bei.

# Spanplattenwerk Triangel: Anwesenheitsprämie gestrichen

*b.pen.* Im Spanplattenwerk Triangel hat die Geschäftsleitung die Regelung über die Zahlung einer Anwesenheitsprämie vom 21.9.70 gekündigt. Die Kündigung war dem Betriebsrat bereits am 3.4.80 mitgeteilt worden, die Kündigungsfrist betrug einen Monat. Bei bis zu fünf Jahren Betriebszugehörigkeit betrug die Prämie 60 DM, darüber 70 DM im Vierteljahr. Die Geschäftsleitung hatte den Aushang erst herausgehängt, nachdem die in ihm enthaltenen Regelungen bereits in Kraft waren. Auf der letzten Vertrauensleutesitzung, an der auch zwei Betriebsräte teilnahmen, wurde dieser Punkt aufgegriffen und die Weiterzahlung der Prämie mindestens für einen Monat gefordert. Der Betriebsrat stimmte der Forderung prinzipiell zu, wollte aber zunächst Erkundigungen bei der Rechtsstelle des DGB einholen, um danach sein weiteres Vorgehen zu richten. Die Geschäftsleitung hatte in dem betreffenden Aushang geschrieben, daß sie jederzeit zu einer Neuregelung der Anwesenheitsprämie bereit sei. Der Betriebsrat ist der Meinung, daß bis zu einer solchen Neuregelung die alte Betriebsvereinbarung in Kraft bleiben muß und hat dies der Belegschaft in einem eigenen Aushang dazu mitgeteilt.

Das stärkste Argument des Betriebsrates ist eine Bemerkung eines Vertreters der Geschäftsleitung auf der letzten gemeinsamen Sitzung von Werksleitung und Betriebsrat, wonach die Prämie ja durch die Erhöhung der Mindestprämie von 0,84 DM auf 0,95 DM beim letzten Tarifabschluß ausgeglichen sei.

Offiziell wird die Streichung mit fehlender Effizienz begründet. Wer sich dabei letztendlich durchsetzen kann, ist im Augenblick nicht absehbar, die Vertrauensleute werden auf der nächsten Betriebsversammlung eine Erhöhung der Anwesenheitsprämie fordern. Über die Höhe der Forderung müssen die Vertrauensleute noch beraten, desgleichen über einige andere Punkte der Vereinbarung, die geändert werden müssen, z.B. daß die Prämie nur für tatsächliche Anwesenheit im Betrieb gezahlt wird und jeder Fehltag, egal aus welchen Gründen, zur Kürzung der Prämie führt. Im Zusammenhang mit dem letzten Tarifabschluß wird die Streichung der Anwesenheitsprämie den Zwang zu Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit verstärken. Neben der Forderung nach Zurücknahme der Streichung wäre eine Vorweganhebung das wirksamste Mittel dagegen.

# Bau Hannover: Überdurchschnittliche Unfallraten, steigende Berufskrankheiten

*b.low.* Im Bereich der Bau Berufsgenossenschaft Hannover gibt es doppelt so viele Unfälle wie im Bundesdurchschnitt aller Berufe.

| Unfälle | Bau BG Hannover | überh. |
|---|---|---|
| 1970 | 15,6% | 9,38% |
| 1975 | 11,6% | 7,55% |
| 1976 | 15,7% | 7,48% |
| 1977 | 15,0% | 7,44% |


| 1970 | 15,6% | 9,38% |
|---|---|---|
| 1975 | 11,6% | 7,55% |
| 1976 | 15,7% | 7,48% |
| 1977 | 15,0% | 7,44% |


Dabei werden nur Unfälle gezählt, die den Arbeiter mindestens drei Tage arbeitsunfähig machen. Aus Angst vor Entlassungen werden auch oft leichtere Unfälle nicht gemeldet. 1975 sind dann im Zuge der Krise die Unfallzahlen gesunken. Daß bei anhaltender Arbeitslosigkeit die Unfälle auf dem Bau (anders als in anderen Branchen) wieder gestiegen sind, ist bezeichnend. Der Ausfall von Arbeitsstunden infolge von Unfällen und Berufskrankheiten ist von 1970 bis 1977 um 48,7% zurückgegangen bei einem gleichzeitigen Rückgang derselben um nur 0,3%.

Die Berufskrankheiten stiegen von 0,118% 1970 auf 0,163% 1977. Dabei ist der Anteil der entschädigten Berufskrankheiten von 15% auf 9,8% gesunken. Lediglich 47 Berufskrankheiten sind anerkannt. Eine Berufskrankheit liegt nur vor, wenn sie durch „ganz besondere Einwirkung" verursacht worden ist, denen der Arbeiter „in erheblich höherem Grad als die übrige Bevölkerung" ausgesetzt war und ist (§ 551 Reichsversicherungsordnung RVO). Man muß seinen Beruf aufgeben oder jede Erwerbstätigkeit, wovon einen die Niedrigkeit der Rente von vornherein abhalten soll. Berufskrankheit Nr. 1 überhaupt ist die Lärmschwerhörigkeit (40%), gefolgt von schweren Hauterkrankungen (20,8%). Die Verwendung geräuscharmer Maschinen ist aber möglich, ebenso wie von Schallabschirmungen, Lärmerholungskabinen, persönlichen Gehörschutzmitteln. Wichtig sind regelmäßi-

schwerhörigkeit (40%), gefolgt von schweren Hauterkrankungen (20,8%). Die Verwendung geräuscharmer Maschinen ist aber möglich, ebenso wie von Schallabschirmungen, Lärmerholungskabinen, persönlichen Gehörschutzmitteln. Wichtig sind regelmäßi-

ge Lärmerholungspausen. Eine besondere Gefährdung beim Bau stellt die Arbeit mit Asbest, dessen Einatmung Lungenkrebs auslösen kann, dar. Die IG BSE fordert die Verwendung von Ersatzstoffen. Nicht als Berufskrankheiten anerkannt werden Verschleißkrankheiten, z.B. Erkältungskrankheiten, die vor allem im Oktober/November ansteigen, wenn Maßnahmen des Winterbauschutzes noch nicht gefördert werden.

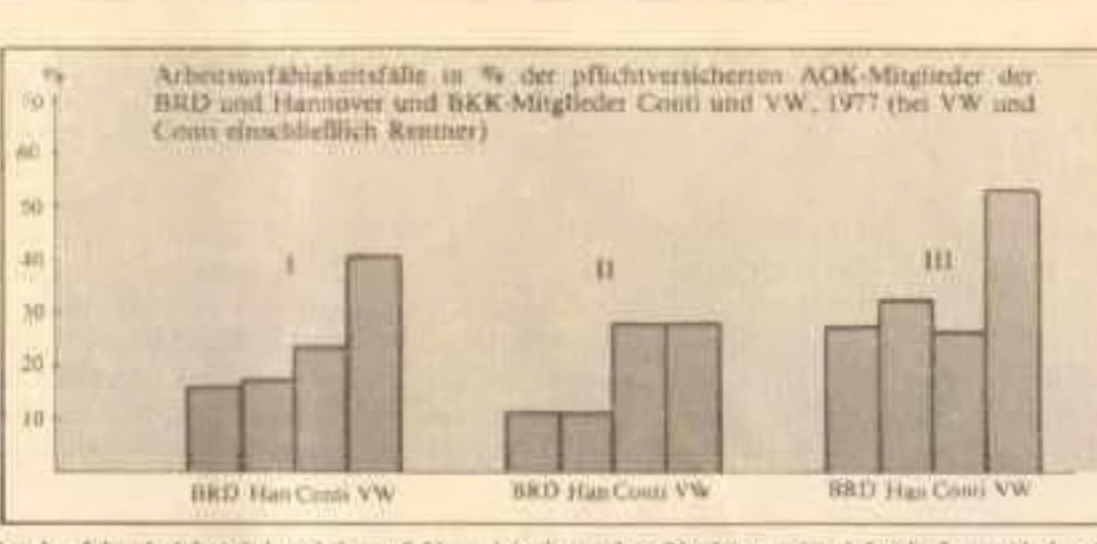
Der Betriebsrat kann zwar „angemessene Maßnahmen zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich von Arbeitsunsicherheit und Unfallgefahr" verlangen, wird er sich aber mit dem Kapitalisten nicht einig, so entscheidet die „Einigungsstelle". Notwendig ist, daß der Betriebsrat allein die Kontrolle über Arbeitsschutz und Betriebsgesundheitswesen erhält. Überbetrieblich muß der Arbeitsschutz durch Gewerkschaften und durch von den Arbeitern selbstverwaltete Versicherungen überwacht werden.

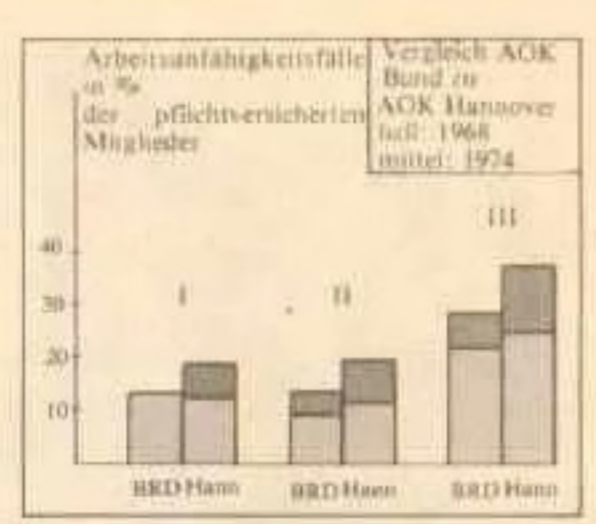
# Minderung des Akkordverdienstes durch den Einsatz von NC-Maschinen

*b.udr.* In der Dreherei bei Zeiss in Göttingen sind neben den neuen numerisch gesteuerten Drehbänken noch etliche mechanische Drehbänke in Betrieb. Schon jetzt haben die Zeiss-Kapitalisten durch den Einsatz von NC-Maschinen eine beträchtliche Aufspaltung der Lohngruppenstruktur herbeigeführt. Die Dreher an den mechanischen Drehbänken sind im Durchschnitt in der Lohngruppe 8 eingestuft, bei Abweichungen in Lg. 7 und 10. An den NC-Maschinen sind nur die Einrichter, die für mehrere Maschinen zuständig sind in der Lohngruppe 9 eingestuft. Die „Bedienerinnen" sind in den unteren Lohngruppen (2-4).

Die Dreher an den mechanischen Drehbänken geraten durch den Einsatz der NC-Maschinen nun zunehmend unter Druck. Die Akkordvorgabezeiten waren schon immer schlecht für die Dreharbeiten. Besonders zeigte sich dies bei kleiner Stückzahl und kleinen Serien. Das liegt einmal daran, daß die Vorgabezeiten für das *Einrichten* der Maschinen besonders schlecht sind und man bei einer Vorgabezeit von 45 Minuten mitunter drei Stunden braucht. Je kleiner die Stückzahl, umso weniger konnten diese Verluste ausgeglichen werden. Dabei kommt hinzu, daß man bei höherer Stückzahl pro Teil weniger Zeit aufwendet, weil man durch die Übung schneller wird. Jetzt werden jedoch fast alle Aufträge mit hohen Stückzahlen an den NC-Maschinen gefertigt und nur noch die kleinen Aufträge an den traditionellen Drehbänken. Das hat schon dazu geführt, daß der Akkordverdienst der Dreher nach und nach absinkt und zum Teil durch höhere Intensität der Arbeit ausgeglichen werden muß.

Solcher Verschärfung des Akkorddrucks kann man nur entgegenwirken, wenn die Vorgabezeiten pro Stück und für das Einrichten der Maschine an eine bestimmte Mindestgröße des Auftrags gebunden werden. Solche Regelungen bestehen bei Zeiss in der Abteilung Optik-Poliererei. Dort ist gleichzeitig mit den Vorgabezeiten für die einzelnen Arbeiten vereinbart, wieviel Stück die Auftragsgröße mindestens betragen muß. Ist ein bestimmter Auftrag kleiner, so gelten die Vorgabezeiten nicht mehr und der Arbeiter erhält für die aufgewandte Zeit seinen Akkorddurchschnittsverdienst garantiert. In der Dreherei besteht solche Vereinbarungen nur punktuell und werden von Fall zu Fall entschieden, was sich in der jetzigen Lage für die Arbeiter schlimm auswirkt. Die Sache wird demnächst im Lohnausschuß des Betriebsrates behandelt.




Säulenblock I bezieht sich auf Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes; Säulenblock II auf Krankheiten der Verdauungsorgane; Säulenblock III auf Krankheiten der Atmungsorgane einschl. Grippe

# Hannovers Krankenstand erheblich über dem Bundesdurchschnitt

*b.kar./hob.* Hannover ist ein wichtiges Zentrum der kapitalistischen Produktion. Es ist auch ein Zentrum in der Vernutzung menschlicher Arbeitskraft. Aus der Statistik der AOK Hannover über die Krankheiten ihrer pflichtversicherten Mitglieder ist ersichtlich, daß der Krankenstand bei den wenig verdienenden Lohnabhängigen (was die Pflichtversicherten sind) um einige Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt des Krankenstandes der Pflichtversicherten bei den AOKs liegt.

In der kapitalistischen Gesellschaft diktieren die Bewegungen der kapitalistischen Produktion und die des kapitalistischen Arbeitsmarktes die Bewegung der Arbeitskraft. Mobilität nennt man das. Mit der Konzentration der kapitalistischen Produktion und des Zirkulationsapparates in wenigen großen Zentren verschärft sich der Gegensatz von Stadt und Land. Der Ballungsraum um Hannover ist einer der größten in der BRD. Hinzu kommt noch die enge Verflechtung mit der Industriezone Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg und der um Bielefeld.

Die Propaganda für den Reiz dieser „Stadt im Grünen", wie sie immer wieder von Oberbürgermeister H. Schmalstieg (SPD) betrieben wird, zieht nicht. Die Anzahl der Wohnbevölkerung in Hannover nimmt weiter ab (s. KVZ Nr. 29, S.6). Warum ziehen immer mehr Lohnabhängige aus dieser Stadt? Eine Ursache ist sicher, daß der Raubbau an der Lebenskraft der Arbeiter in den großen Betrieben auf die Spitze getrieben wurde. Bei den beiden größten Ausbeutern von Arbeitskraft in Hannover, VW und Conti, liegt der in Hannover insgesamt schon über dem Durchschnitt liegende Krankenstand nochmal um einige Prozent höher. Hinzu kommt, daß die Wohnungen oft beengt sind, Verkehrslärm, Luftverschmutzungen usw., die das Leben in der Stadt schwer erträglich machen. Immer mehr versuchen, ins Umland zu ziehen und sich dort eine Wohnung oder ein Häuschen zu nehmen. Oft werden auf verstopften Einfallstraßen nach Hannover lange Anfahrtswege in Kauf genommen, um diesem Zentrum der Ausbeutung wenigstens außerhalb der Arbeitszeit zu entgehen.

Immer wieder werden vom Oberbürgermeister die tollen Freizeitmöglichkeiten als besondere Attraktivität gepriesen. Vermutlich wird die SPD in der Stadt gleich nach 1945 versucht haben, wenigstens einigermaßen erträgliche Bedingungen für die Massen zu schaffen. Aber das reichte offenbar nicht, denn die Bevölkerung nahm weiter ständig ab. Und Ministerpräsident Albrecht muß beklagen, daß es die westdeutschen Großkonzerne mit ihren Konzernzentralen und den darin beschäftigten besser verdienenden Angestellten nicht nach Hannover zieht. An dem bestehenden Verkehrsnetz (Autobahnen, Bahn- Schiffs- und Fluglinien) wird es nicht liegen, daß die Konzerne, obwohl hier mit der Hannover-Messe die größte Industriemesse stattfindet, sich nicht in dem von Albrecht gewünschten Umfange ansiedeln. In Großstädten wie Hamburg, München oder auch Frankfurt bestehen doch umfangreichere Freizeitmöglichkeiten. Das wird nur ein Grund sein. Die Einbindung Hannovers in das „strukturschwache" Niedersachsen ein anderer. Weniger als „Stadt im Grünen" wird Hannover im Bewußtsein der Lohnabhängigen sein, denn als Zentrum des Raubbaus an Arbeitskraft.

dustriezone Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg und der um Bielefeld.

Die Propaganda für den Reiz dieser „Stadt im Grünen", wie sie immer wieder von Oberbürgermeister H. Schmalstieg (SPD) betrieben wird,

germeister die tollen Freizeitmöglichkeiten als besondere Attraktivität gepriesen. Vermutlich wird die SPD in der Stadt gleich nach 1945 versucht haben, wenigstens einigermaßen erträgliche Bedingungen für die Massen zu

**Hannover, nicht nur während der Messe eine Weltstadt**

„Daß wir nicht nur während der Messe eine Weltstadt sind, sondern daß unsere Stadt sich wirklich sehen läßt und sich wohltuend von vielen anderen Städten abhebt. Wo gibt es schon solche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung? So etwas kann für die Betriebe von Vorteil sein." *Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg in der Neuen Hannoverschen Presse vom 24.12.1979*

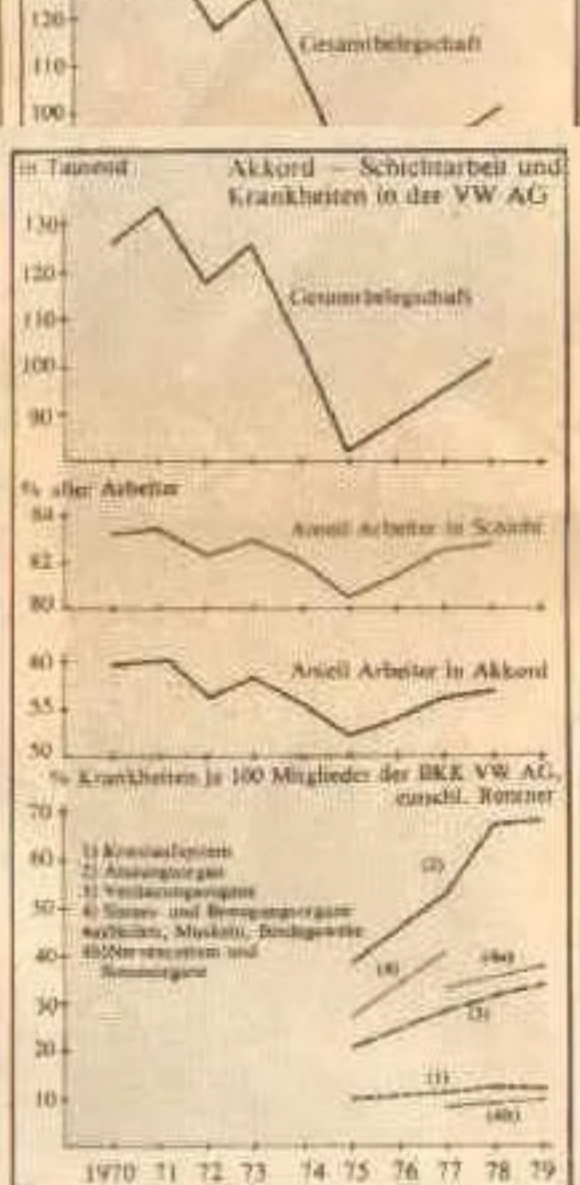
**„Sich nicht mit dem Erreichten begnügen"**

Unter diesem Titel schreibt *Ministerpräsident Albrecht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 11.12.1979:* „Von den Großbetrieben haben nur sechs auch ihr unternehmerisches Entscheidungszentrum in der Stadt, und von den 100 größten Industrieunternehmungen in der Bundesrepublik haben nur zwei ihren Hauptsitz in Hannover ... Hannover hat gute Voraussetzungen, eine attraktive Großstadt zu sein. Nach einer im Jahre 1973 angestellten Untersuchung zur Infrastrukturausstattung der 10 größten Städte der Bundesrepublik nimmt Hannover einen sehr guten Platz ein ... ‚Großstadt im Grünen' ist ein Hannover bereits vor dem Kriege zuerkanntes Prädikat."

**Jeder muß für seine Gesundheit selbst verantwortlich gemacht werden**

„Die Politik der Landesregierung verfolgt das Ziel, allen Bürgern unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft einen umfassenden und wirksamen Schutz ihrer Gesundheit zu ermöglichen. Die Landesregierung geht davon aus, daß die Verwirklichung ihrer Zielsetzung im Rahmen eines freiheitlich-demokratischen Gesundheitswesens zuerst die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit jedes einzelnen Bürgers für seine Gesundheit erforderlich macht." *Schnipkoweit (CDU) in: Vorbeugender Gesundheitsschutz für die Bevölkerung. Information des niedersächsischen Sozialministers.*

„Das Verhältnis von Mensch und Maschine soll gesundheitsgerechter gestaltet werden, und zwar sowohl im Blick auf Arbeitsorganisation, Arbeitsziel, Arbeitsinhalt und Arbeitsentlohnung." *Fritz Riege, Gesundheitpolitik aus der Sicht der SPD, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1976.*




Die VW-Kapitalisten haben 1975 von den damals 67408 Arbeitern im Akkord ungefähr 25000 entlassen und ca. 2000 Facharbeitern, die nicht im Akkord standen. Seit 1976 haben sie den Akkordbereich wieder um fast 12000 (1979) von 52,7% auf 57,5% ausgedehnt.

# Arbeitslose Jugendliche – „Verantwortlich für die Erhaltung der Heidelandschaft..."

*b.gku.* Insgesamt 124 Jugendliche waren im Juni im Landkreis Soltau-Fallingbostel offiziell als Arbeitslose gemeldet, einschließlich Dunkelziffer werden so um die 250 Jugendliche ohne Lehrstelle oder Arbeitsplatz dastehen. Um ihnen eine „Zukunftsperspektive" aufzuzeigen, sie rasch in die „Berufswelt zu integrieren" – oder einfach gesagt, um dieses brachliegende Arbeitskräftepotential gewinnbringend zu nutzen – führt der Landkreis seit einiger Zeit ein „Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit" durch.

Die Jugendlichen nehmen an verschiedenen Arbeitseinsätzen teil. In Soltau wird z.B. das Gelände um das Kreiskrankenhaus von ihnen gepflegt, im Raum Walsrode haben sie vor kurzem die Renovierung des Asylbewerberheimes Südkampen abgeschlossen und arbeiten z.Z. im Wacholderhain in Tietlingen, wo sie „für die Erhaltung der Heidelandschaft mitverantwortlich sind". Die Jugendlichen sind zwischen 16 und 22 Jahre alt, seit April haben in Soltau etwa 25, in Walsrode etwa 15 teilgenommen.

Gearbeitet wird an 5 Tagen in der Woche, vormittags je 4 Stunden. Der Stundenlohn etwa für Malerarbeiten in der Kreisverwaltung Soltau beträgt 5 DM. Nach Anweisung des Amtsleiters dürfen eigentlich nur 4 DM gezahlt werden, der zuständige Sozialpädagoge bemüht sich allerdings um Arbeiten, die eine Mark mehr einbringen. Wer unregelmäßig oder oft zu spät kommt, erhält nur die 4 DM. Die Jugendlichen sind nicht sozialversichert. Als beim Umzug eines Amtes der Kreisverwaltung von Soltau nach Fallingbostel für das Schleppen schwerer Akten nur 4 DM gezahlt werden sollten, haben die Jugendlichen 5 DM gefordert oder sie würden nichts mehr anfassen. Die Stundenlöhne der Transportarbeiter der auch beteiligten Firma betragen sicher das Dreifache, meinten sie. Die Mark mehr wurde gezahlt. Die teilnehmenden Jugendlichen wechseln häufig und werden vormittags des öfteren von den beim Kreisjugendamt angestellten Leiter des ganzen Projekts ist ein Sozialpädagoge (Berufspraktikant), der Handwerkern aus den Betten geholt, selbst dem Kreisjugendpfleger unterstellt ist.

Anfang des Jahres „entdeckte" ein CDU-Kreistagsabgeordneter Jugendliche des Programms beim Pausemachen im Wald. Die Sache wurde vom Kreistag verhandelt und sollte zur Entlassung des zuständigen Kreisangestellten führen, weil er die Jugendlichen allein gelassen hätte, sprich mangelhaft angetrieben hat. Derselbe wollte auch für die Arbeitslosenwerkstatt in Soltau ein Schweißgerät anschaffen, damit die Jugendlichen z.B. Metallarbeiten lernen könnten. Diese Absicht wurde ihm als rausgeschmissenes Geld verwehrt.

Kurz noch zur „berufsintegrierenden Wirkung" des Programms: Ein Jugendlicher arbeitet jetzt als Hilfsgärtner beim Krankenhaus Soltau, einer unterstützt den Hausmeister bei der Bedienung der Heizung im Krankenhaus Walsrode! Die Möglichkeit für arbeitslose Jugendliche, an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl teilzunehmen mit ausreichend Unterricht zur Ablegung der Facharbeiterprüfung, muß durchgesetzt werden.







Besetzung der Werkstore durch die Belegschaft von Demag-Kalletal, Kreis Lippe. Monatelang dauerte 1975 der Kampf gegen die Betriebsschließung. Verhindert werden konnte sie nicht. Vor allem für die SPD ist die Auseinandersetzung aber nach wie vor Anlaß, stärkere Wirtschaftsförderung für den Raum Lippe zu fordern. Die in Ostwestfalen durchweg unter dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen liegenden Löhne sind dabei sowieso nicht das Problem der Wirtschaftsförderung der Landesregierung.

## „Vollbeschäftigungspolitik": Niedrige Löhne und Schmiergelder fürs Kapital

*b.wof.* „Vollbeschäftigung sichern" ist eins der Schlagworte der bürgerlichen Politiker im Bundestagswahlkampf. Johannes Rau, Ministerpräsident der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung, hat die Ziele „Vollbeschäftigung und menschliche Arbeitsplätze" erst kürzlich in seiner Regierungserklärung zum Mittelpunkt der darin ausgerufenen „Politik der Solidarität" der Landesregierung erklärt. Teil dieser Politik ist die Wirtschaftsförderung. Zu den Grundsätzen für die Gewährung von Insvestitionszuschüssen heißt es im Wirtschaftsförderungsgesetz von 1979: „Unternehmen werden nur gefördert, wenn zu erwarten ist, daß sie sich in absehbarer Zeit im Wettbewerb behaupten können." (Landtag NRW, Drucksache 8/4460 vom 2.5.1979) Und in der Begründung dazu: „Dies gilt ... für die Schaffung und Sicherung *ertragreicher* Arbeits-

sen heißt es im Wirtschaftsförderungsgesetz von 1979: „Unternehmen werden nur gefördert, wenn zu erwarten ist, daß sie sich in absehbarer Zeit im Wettbewerb behaupten können." (Landtag NRW, Drucksache 8/4460 vom 2.5.1979) Und in der Begründung dazu: „Dies gilt ... für die Schaffung und Sicherung *ertragreicher* Arbeits-

plätze in ausreichender Zahl." Damit wird dann auch klarer, was von dem Ziel „menschliche Arbeitsplätze" zu halten ist, denn über den „Ertrag der Arbeitsplätze" entscheidet der Grad der Ausbeutung der Arbeitskraft.

Im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" werden den Kapitalisten vor allem in den ländlichen Gebieten, wie den ostwestfälischen Kreisen (außer Bielefeld), und in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit Gelder zugeschoben. – Dabei hat das niedrige Lohnniveau in Ostwestfalen mehrere Ursachen. Zum einen nutzen die Kapitalisten den Umstand, daß die Industriestruktur in Ostwestfalen relativ zersplittert und wenig konzentriert ist. Das erschwert den Lohnkampf. Des weiteren profitieren sie von der Ruinierung der kleinen Bauernwirtschaften. Rund ¼ der landwirtschaftlichen Betriebe NRWs liegt in Ostwestfalen, der Anteil an der Bevölkerung beträgt knapp 11%. Da hat die Verringerung der Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe – rund 1000 pro Jahr, 17744 von 1960 – 1978 – erheblichen Druck auf den Arbeitsmarkt zur Folge, wenn die Arbeitslosenquote auch fast überall unter dem Durchschnitt liegt. Als Drittes fallen die Lohnunterschiede zwischen den Branchen ins Gewicht. Die höchsten durchschnittlichen Löhne haben in NRW die Gesenkschmiedeherstellung (19,84 DM), die Mineralölverarbeitung (19,38 DM) und der Bergbau (18,63 DM). Diese Branchen gibt es – bis auf einen Betrieb der Mineralölverarbeitung im Kreis Minden – in Ostwestfalen nicht, wobei die Durchschnittslöhne natürlich noch nichts über die Lohnverteilung aussagen.

Für die Unterschiede im Lohnniveau auch zwischen den ostwestfälischen Kreisen spielen sicher noch andere Gründe eine Rolle. So beuten die Kapitalisten in Bielefeld bespielsweise erheblich mehr niedrigst bezahlte Frauenarbeit aus, als in Gütersloh. In Bielefeld beträgt der Anteil der Frauen an den Lohnabhängigen 40,0%, in Gütersloh 34,8%, was dem Landesdurchschnitt entspricht.

Kreisen spielen sicher noch andere Gründe eine Rolle. So beuten die Kapitalisten in Bielefeld bespielsweise erheblich mehr niedrigst bezahlte Frauenarbeit aus, als in Gütersloh. In Bielefeld beträgt der Anteil der Frauen an den Lohnabhängigen 40,0%, in Gütersloh 34,8%, was dem Landesdurchschnitt entspricht.

**Betriebsgrößen und Beschäftigte in der Industrie 1978**
(Kreise in der Reihenfolge des durchschnittlichen Stundenlohns)

| | Beschäftigte pro Betrieb | Industrie-Beschäftigte insgesamt |
|---|---|---|
| Gütersloh | 154,6 | 52556 |
| Paderborn | 183,8 | 24451 |
| Bielefeld | 164,4 | 50794 |
| Herford | 95,8 | 36590 |
| Lippe | 94,9 | 34077 |
| Höxter | 85,5 | 10088 |
| Minden-Lübb | 116,8 | 35620 |
| Reg.Bez. Detm. | 126,3 | 244169 |
| Land NRW | 187,5 | 2248200 |

**Entwicklung der Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe**

| | 1960 | 1978 | Abnahme |
|---|---|---|---|
| Bielefeld | 2098 | 1116 | 46,8% |
| Gütersloh | 8186 | 6813 | 16,8% |
| Herford | 4788 | 3530 | 26,3% |
| Höxter | 8551 | 5345 | 37,5% |
| Lippe | 8086 | 4658 | 42,4% |
| Minden-Lübb | 14028 | 9913 | 29,3% |
| Paderborn | 9228 | 5846 | 36,6% |
| Reg.Bez. Detm | 54965 | 37221 | 32,5% |
| Land NRW | 220487 | 151052 | 31,5% |

## Nibelungensiedlung Braunschweig: 50% Mieterhöhung für Altbauten

*b.jeb.* Um bis zu 2 DM/m² will die stadteigene Nibelungen-Wohnbau GmbH in Braunschweig die Mieten in etwa 3800 Altbauwohnungen ihrer rund 8000 Wohnungen zum 1. November erhöhen. In den meisten Altbauwohnungen (vor 1948 errichtet) entspricht dies einer Erhöhung um mehr als die Hälfte. Angeblich sei der Althausbesitz gegenwärtig nicht mehr kostendeckend und seit Jahren sei zu billig vermietet worden, so die Geschäftsführer. Daß sie zu billig vermietet haben, wußten sie seit dem Herbst 79, wo sie sich mit dem ersten Mietspiegel der Stadt befaßt haben. Hinzu kam „... von 1978 zu 1979 ein Kostensprung für Instandhaltungen von mehr als einer Million Mark" (BZ 26.7.80). „Bis Ende 1978 gab es keinen Grund, etwas zu ändern. Wir kamen im Jahresabschluß immer zum Ausgleich mit einem Gewinn ... Das Geld haben wir in Grundstückskäufe, Modernisierung und Neubauten gesteckt." Bis 1978 soll der Gewinn 5 Mio. DM erreicht haben (BZ). Mit der zum 1. November beschlossenen Erhöhung wird unser Althausbesitz wieder rentabel, frohlockt Geschäftsführer Haufe.

Tatsächlich hat die Niwo teilweise seit 30 Jahren nichts für die Instandhaltung der Altbauwohnungen getan. Wenn sie etwas tut, dann greift sie gleich zur Modernisierung, was die Instandsetzungen einschließt, weil sie dann die Mieten teilweise verdoppeln kann. Was hat die Niwo also mit dem überschüssigen Geld gemacht? Sie hat es, wie oben gesagt, angelegt. 1976 betrug das Vermögen der Niwo 152 Mio DM, 1948 dagegen noch 14,8 Mio. DM, das Eigenkapital 1948 2,6 Mio. DM, 1976 27,7 Mio. DM, die eigenen Mietobjekte 1976 8464, 1948 3002. Rechnet man die Vermögenswerte nach dem Baupreisindex auf 1948 zurück, so hat sich das Vermögen real verdreifacht (44 Mio. DM), ebenso das Eigenkapital. Allerdings sind ⅔ des Vermögens mit Schulden belastet, wofür jährlich rund 5 Mio. DM Zinsen an das Finanzkapital gezahlt werden müssen. Diese Vermögensanhäufung kommt dadurch zustande, daß 1. die Niwo jährlich rund 0,4 Mio. DM Gewinn gemacht hat (75 und 76), 2. die Abschreibungen auf die Gebäude schon nach 50, teilweise schon nach 30 Jahren abgeschlossen sind, d.h. daß dann schon der Neuwert des Gebäudes erwirtschaftet ist, 3. 0,3 Mio. DM Zuweisungen an Rücklagen und 0,7 Mio. DM für die Bauerneuerungsrückstellung abgestellt hat. Zusammen sind das rund 2,5 bis 3 Mio. DM in einem Jahr, die direkt vermögenssteigernd wirken.

Der Mietpreisspiegel ist für die Niwo ein Mittel, um die billigen Mieten hochzudrücken, die hohen Mieten können mit Hilfe des Mietspiegels in der Regel nicht gedrückt werden, so daß das gesamte Mietniveau steigt und damit auch der Mietspiegel erneut angepaßt wird. Er wirkt also treibend auf die Mieten. Dabei sucht sich die Niwo auch noch die höchstmöglichen Mieten des Mietspiegels raus, um die bisherigen Mieten niedrig erscheinen zu lassen. Außerdem berücksichtigt sie nicht, daß für Wohnungen in schlechtem Zustand Mietminderungen möglich sind, bzw. die Eigenleistungen der Mieter. Der Mietspiegel ist außerdem ein rechnerischer Kompromiß zwischen den Angaben des Mietervereins und den Angaben des Haus- und Grundbesitzervereins. Er liegt ohnehin hoch.

Die Niwo hat mit den Mieterhöhungen vor, das Kapital zu beschaffen, was sie für das große Modernisierungsprogramm für 3600 Altbauwohnungen noch durchführen will: 87 Mio. DM ohne Instandhaltungsmaßnahmen. Dann werden erst die richtigen Mieterhöhungen auf Grund der Modernisierungsmaßnahmen folgen, die bei umfassender Modernisierung eine Verdoppelung der Miete zur Folge haben. Die ehrgeizigen Investitionen dieses Programms sind es auch, die im letzten Jahr erstmalig ein Minus in der Bilanz erscheinen lassen. Die Mieter können entgegenhalten, daß sie z.B. für eine der „billigen" Wohnungen seit 1935 inzwischen rund 50000 DM an Miete gezahlt haben, wenn man die heutige Miete mit dem Mietindex zurückrechnet. Rund 10000 DM hat die Wohnung damals gekostet. In Wirklichkeit ist sie heute nach 45 Jahren schon mehr als einmal bezahlt, einschließlich der Zinsen.

SPD Göttingen eröffnet Wahlkampf mit Brandt
Prof. Euchner preist Grundgesetz als „Glücksfall" deutscher Geschichte
b.nor. „Die Sozialdemokratie mußte den Kampf um die sozialen Rechte mit dem um die demokratischen Freiheiten verbinden". „Eine wohldurchdachte Sozialpolitik ist unerläßlich für die ma-
rantie des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Verbindung mit der Möglichkeit ihrer „Vergesellschaftung" durch Entschädigung stellt der Prof. als Verwirklichung der sozialisti-
Gegen Volksbegehren und Volksentscheid, diese primitivsten Elemente wirklicher Volkssouveränität, trat die SPD am entschiedensten auf. Eine Volksbefragung zur Remilitarisierung

## SPD Göttingen eröffnet Wahlkampf mit Brandt

### Prof. Euchner preist Grundgesetz als „Glücksfall" deutscher Geschichte

*b.nor.* „Die Sozialdemokratie mußte den Kampf um die sozialen Rechte mit dem um die demokratischen Freiheiten verbinden". „Eine wohldurchdachte Sozialpolitik ist unerläßlich für die materielle Sicherheit der vielen und für den inneren friedlichen Ausgleich. Doch auch eine noch so gute Sozialpolitik bleibt diesseits der sozialen Emanzipation". Feierliche Worte Willy Brandts in der Paulskirche 1978. Begünstigt würden die „Verteilungskämpfe" dadurch, daß „40% des Sozialprodukts durch die Haushalte der öffentlichen Hand" gingen (Orientierungsrahmen 85, 1975). „Umverteilt" hat die sozial-liberale Regierung so schwungvoll wie noch keine Regierung in der BRD. Aber Ausgleich zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern? Von 1950-77 ist die Ausbeutungsrate der Kapitalisten von ca. 135% auf 230% gestiegen. Bei einem 8-stündigen Arbeitstag arbeitete der Arbeiter 1977 also durchschnittlich etwa 2,4 Stunden für sich und 5,6 Stunden für die Kapitalisten. Seit 1957 stieg der Teil des Profits steil an, der den Kapitalisten auf dem Wege der Umverteilung direkter und indirekter Steuern auf den Lohn zurückfließt.

Der „Glücksfall der deutschen Geschichte", der solchen Sozialismus ermöglichte, sei die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FdGO), springt Prof. Euchner in seinem Werk „30 Jahre Grundgesetz" seinem Vorsitzenden bei. Die grundrechtliche Garantie des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Verbindung mit der Möglichkeit ihrer „Vergesellschaftung" durch Entschädigung stellt der Prof. als Verwirklichung der sozialistischen Perspektive durch die SPD dar. Das wahre Bollwerk, das die FdGO zur Verteidigung des Privateigentums gegen die Arbeiterklasse errichtet, macht aber deutlich, daß es sich bei der „Vergesellschaftung" des Grundgesetzes in Wirklichkeit um die juristische Fixierung der Perspektive der Kapitalisten handelt, unprofitable Betriebe in Staatseigentum zu überführen, um das Kapital profitablen Anlagesphären zuzuführen. Damit die Arbeiterklasse von der Herrschaft über die Produktionsmittel ausgeschlossen bleibe, wurde nämlich, wesentlich durch den Beitrag der SPD, das Regierungssystem „streng repräsentativ konstruiert", so daß „die politischen Willensbildungsprozesse ... allein eine Angelegenheit der obersten Verfassungsorgane Parlament und Regierung sind". Die Unabhängigkeit dieser Organe von Mandat und Kontrolle der Lohnarbeiter ist ihre wesentliche Bestimmung. Die „Gewissensfreiheit" der Parlamentarier von den Interessen der Arbeiter ist Voraussetzung der vollen Wirksamkeit ihrer Bindung an die Kapitalisten durch „Diäten". Imperative Mandate sind unzulässig. Die Beamten und Richter werden sowieso nicht gewählt. Alle demokratischen Freiheiten des GG finden an dieser „Unabhängigkeit" ihre Schranke.

Gegen Volksbegehren und Volksentscheid, diese primitivsten Elemente wirklicher Volkssouveränität, trat die SPD am entschiedensten auf. Eine Volksbefragung zur Remilitarisierung der BRD wurde 1951 in Erwartung einer 90%igen Ablehnung mit Unterstützung Wehners als „Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung" verboten und damit Friedensvertrag und Blockfreiheit verhindert. „Radikalen politischen Strömungen wollte man kein verfassungsmäßiges Mittel ... in die Hand geben". „Harter Antikommunismus verstand ... sich von selbst" (Euchner). So gründete sich das Verbot der Kommunistischen Partei 1956 auf die Unvereinbarkeit von Betriebs- und kommunalen Räten der arbeitenden Klasse mit der FdGO. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 wurden noch gegen SPD und KPD die Betriebsräte auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kapitalisten verpflichtet, ihre politische Betätigung untersagt. Mit den Notstandsgesetzen beschloß die SPD selbst die Einschränkung des Streikrechts auf die „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" und damit das Verbot des politischen Streiks. Denn dem unabhängigen Parlament den politischen Willen der Arbeiter aufzuzwingen, die politische Willensbildung abzunehmen, ist „eine gefährliche Störung der inneren Ordnung unseres Staatswesens" (Adenauer) und ein „Unglücksfall" für die Kapitalisten.

## Bünder Stadtkirchenvertretung sieht die Zucht unter der Jugend in Gefahr

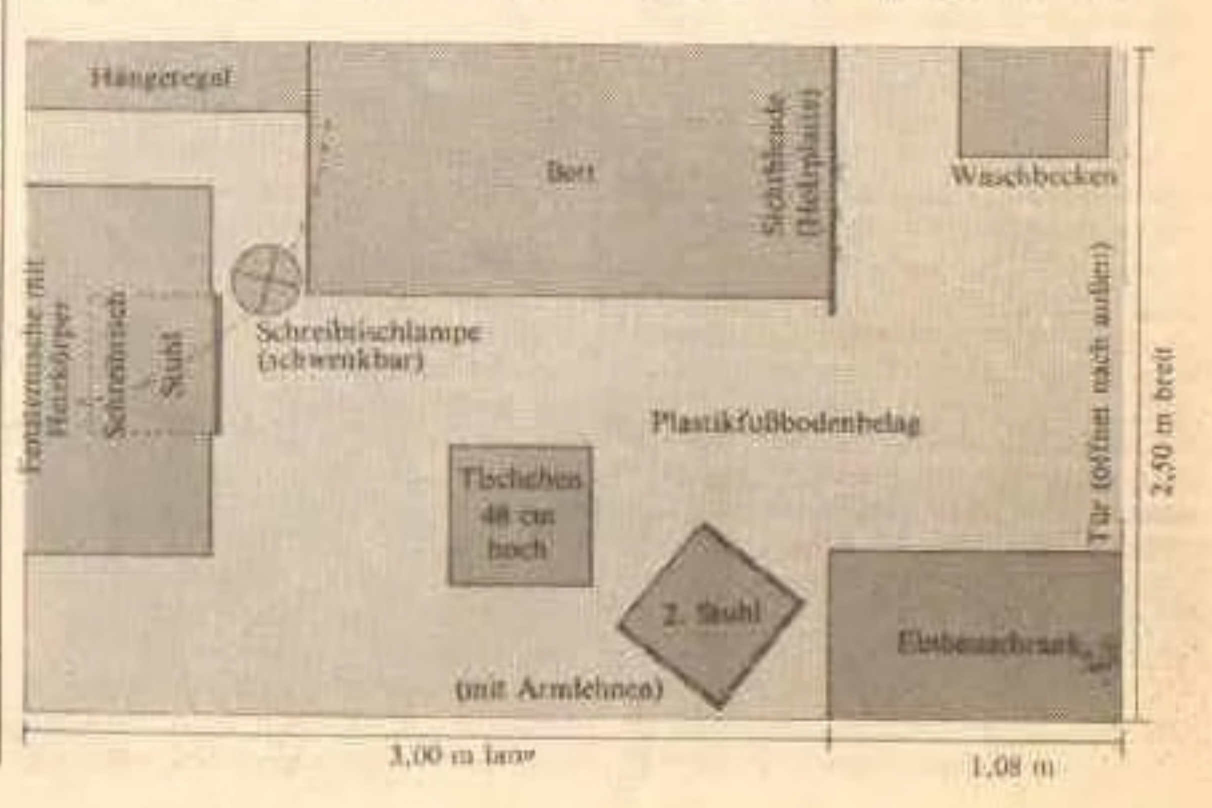
*b.thf.* In noch keiner Frage hat es in der Bünder Lokalpresse eine so ausführliche Leserbriefdebatte gegeben wie um die Absetzung des Theaterstückes „Was heißt denn hier Liebe" durch die Stadt. Ursprünglich sollte das Stück im Rahmen der Ferienspiele aufgeführt werden, auf Einspruch der evangelischen Stadtkirchenvertretung wurde es aber ein paar Tage vor dem Termin abgeblasen. In der Leserbriefdebatte haben sich auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien zu Wort gemeldet. Ihnen geht es bei der Gängelung der Jugend um das Wie. Den Zweck haben die Popen offen herausgelassen: „Das Theaterstück richtet sich gegen unser staatliches und kulturelles Gefüge. Es ist gegen den Geist unserer Verfassung gerichtet ... mit dem Prinzip von Lust, Spaß und Vergnügen und der Ablehnung von Normen, Moral und Sitte im geschlechtlichen Bereich richtet sich das Theaterstück gegen das Prinzip von Gesetz und Ordnung ... das ist ein Verstoß gegen Art. 6, Abs. 1 GG, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordung stellt."

Die geplante Aufführung des revolutionären Theaterstückes „Die erste Reiterarmee" hatte die Stadt 1977 zum Anlaß genommen, das selbstverwaltete Jugendzentrum zu schließen, nachdem ihm schon vorher das Geld abgedreht worden war. 1½ Jahre später hat sie ein neues JZ in einem viel zu kleinen Haus mit einem viel zu kleinen Etat unter direkter Verwaltung der Stadt aufgemacht. Die Jugendlichen dürfen über einen Mitarbeiterkreis ihre Wünsche vortragen. Bei den Ferienspielen ist das JZ dann auch nach dem Belieben der Stadt eingesetzt worden. Diese Seite der Gängelung und Unterdrückung der Jugend ist überhaupt nur in der Erklärung der JZ-Hausversammlung angesprochen worden: „Ist es nötig, daß heute noch die heilige Inquisition über Sitte und Moral in unserer Stadt wacht? Glauben Sie, daß wir Jugendliche nicht in der Lage sind, selbst zu entscheiden, was gut oder schlecht für uns ist?" Das Jugendzentrum braucht Selbstverwaltung und einen ausreichenden Etat.

## 11 Monate Mietboykott in Clausthal

*b.pek.* Um 16 DM wollte das Clausthaler Studentenwerk zum 1.10.1979 seine Mieten erhöhen. Für die 390 Bewohner der Heime 6–8 von 145 DM auf 161 DM, für die Heime 2–5 (269 Betten) auf 141 DM und für die 36 Bewohner des Heim 1, der umgebauten alten Clausthaler Münze aus dem 18. Jahrhundert auf 105 DM. Es würden damit neue Marken für sämtliche Clausthaler Mieten gesetzt. Für die Studenten, deren monatliche Bezüge sich hauptsächlich zu ungunsten der Eltern und aus eigener Arbeit zwischen 1978 und 1980 um 100 DM steigerten, zu hohe Mieten. (Laut Sozialumfragen des AStA befanden sich 1978 51% der Studenten zwischen 400 DM und 600 DM; 1980 lag das Maximum 59% stark zwischen 500 DM und 700 DM). Mietboykotts haben Tradition in Clausthal. Die Erhöhungen zum 1.1.1974 für die Heime 2-5 von 96 DM auf 105 DM und die Erhöhung 1975 auf 125 DM konnten erst durch Gerichtsbeschlüsse und nach langen Boykotts durchgesetzt werden. Das Land Niedersachsen hatte 1973 seine Studentenwohnheimförderung umgestellt; die laufende Bezuschussung, die bis dahin üblich war, wurde durch einen Erlass abgelöst, nachdem Land und Bund zwar den Bau und die Ersteinrichtung der Heime zahlen, den Studenten aber die Bestreitung aller laufenden Kosten, bei neueren Heimen sogar der Instandhaltung, aufbürdet.

So spart das Land beim Bau und die Instandhaltung ist entsprechend teuer. Eine Urabstimmung im November 1979 ergab eine überwältigende Mehrheit für den Boykott, seit Januar 1980 nahmen 17% aktiv daran teil. Das Studentenwerk hat jetzt Anklage erhoben und zum Prozess, der in den nächsten Monaten stattfinden wird, wäre es gut, würden die anderen niedersächsischen ASten darauf hingewiesen werden.



## „Solange die Renten ... nicht ausreichen, nimmt die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst eine wichtige Ergänzungsfunktion wahr“

*r.köe.* In zwei Beschlüssen hat sich der 9. Gewerkschaftstag der ÖTV gegen Angriffe der Dienstherren auf die Zusatzversorgung gewendet. Worum geht es bei der Zusatzversorgung?

Für Bahn, Post, Bund, Länder, Gemeinden und sonstige Bereiche des öffentlichen Dienstes, auch für die Kirchen, hat die ÖTV Tarifvereinbarungen abgeschlossen, die eine Aufstockung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen vorsehen. Beim Bund und den Ländern sowie angeschlossenen „Arbeitgebern“ ist dies der Tarifvertrag vom 26.11.66. Danach sind ca. 1,3 Mio. Arbeiter und Angestellte bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) zusatzversichert, seit 1.7.73 hat die ÖTV erreicht, daß allein der Dienstherr die Finanzierung trägt. 1975 hat die VBL für 251188 Versichertenrenten ca. 921 Mio. DM (durchschnittlich 305 DM im Monat) ausgezahlt und für 93733 Hinterbliebenenrenten 168 Mio. DM.

Der Leistungsumfang der Zusatzversorgung zu der Rente aus gesetzlicher Rentenversicherung richtet sich vor allem nach §4 des Tarifvertrages und der Satzung der VBL, die aber durch den Verwaltungsrat, der wiederum vom Dienstherrn berufen wird, geändert werden kann. Gegenwärtig gilt: Arbeiter und Angestellte, die bei Eintritt des Versicherungsfalles noch beim Dienstherrn beschäftigt sind, erhalten eine Zusatzrente, die die Differenz von der Gesamtrente zur gesetzlichen Rente ausgleicht. Die Gesamtrente, Gesamtversorgung genannt, beträgt bei unter 10 Jahren gesamtversorgungsfähiger Versicherungszeit 35%, für die nächsten 15 Jahre je 2% mehr, also nach 25 Jahren 65%, für die nächsten 10 Jahre je 1% mehr und erreicht nach 35 Jahren somit die Höchstgrenze von 75% des gesamtversorgungsfähigen Entgeltes. Gesamtversorgungsfähige Zeit ist die Zeit der Beschäftigung beim Dienstherrn plus der Beschäftigungszeit im Bereich einer Versorgungsanstalt, die mit der VBL die Anerkennung der gegenseitigen Versicherungszeiten vereinbart hat, plus der Hälfte der darüber hinaus in der gesetzlichen Versicherung angerechneten Versicherungsjahre.

Gesamtversorgungsfähiges Entgelt ist der Durchschnittsverdienst (einige Zulagen ausgenommen) der letzten ist der Durchschnittsverdienst (einige Zulagen ausgenommen) der letzten drei Jahre, der um den Satz dynamisiert wird, wie die Versorgungsbezüge der Beamten steigen. Die Gesamtversorgungsrente wird ebenfalls jährlich mit der Beamtenversorgung dynamisiert. Die Zeit, die man bei der VBL versichert gewesen sein muß, um überhaupt einen Anspruch zu haben, beträgt 5 Jahre bei Altersruhegeldern. Diese Regelungen entsprächen einer Gleichstellung mit den Beamten mit Ausnahme der Mindestrente für die Beamten.

Die Dienstherrn von Bund, Ländern und Gemeinden haben in den Verhandlungen vom 12. Juli 77 verlangt, daß das gesamtversorgungsfähige Entgelt um einen Abschlag entsprechend der Besteuerung in Lohnsteuerklasse III/0 und 6% für Krankenversicherung vermindert wird. Sie argumentieren damit, daß 75% des Bruttolohns an Gesamtversorgung oft mehr sind als das letzte Nettoeinkommen. Die ÖTV hat dies schlicht zurückgewiesen. In weiteren Verhandlungen am 11./12. Januar 79 haben die Dienstherrn von der Besteuerung Abstand genommen, wenn sie sie auch nach wie vor für richtig hielten, weil nach ihrer Meinung die Rente generell hinter dem letzten Nettoeinkommen zurückbleiben muß. Jetzt soll die Kürzung über das 21. Rentenanpassungsgesetz vom 1.1.79 erfolgen. Ab 1982 wird ein Krankenkassenbeitrag von der Rente erhoben. Die ÖTV rechnet mit 11%. Dieser Beitrag wird durch eine Erhöhung der Rente fürs erste ersetzt. So bei den gesetzlichen Rentenversicherungen. Da also die gesetzlichen Rentenversicherungen um 11% formal steigen, die Gesamtversorgung aber die alte bleibt, da sich an ihrer Berechnung nichts ändert, erhält der Rentner aus dem öffentlichen Dienst a) weniger Zusatzversorgung, b) nominal insgesamt den alten Gesamtversorgungsbetrag, muß aber ebenfalls 11% Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Das bedeutet eine Kürzung seiner Rente um 11%.

Dagegen hat die ÖTV in Beschlüssen der großen Tarifkommission vom 1.6.78 und 5.3.79 festgehalten: Wenn die Rente das Nettoeinkommen übersteigt, so liegt das nicht an einer verfehlten Konzeption der Gesamtversorgung, sondern an den übermäßig gestiegenen Abgabenlasten (1969 durchschnittlich 21,05%, 1978 durchschnittlich 29,75%). Keine weiteren Verhandlungen ohne Zusage, daß die Verluste infolge des 21. Rentenanpassungsgesetzes ausgeglichen werden. Die Versorgung soll den im Arbeitsleben erreichten Lebensstandard sichern. Diese Standpunkte sind auf dem Gewerkschaftstag in den Beschlüssen Nr. 644 und 948 bestätigt worden. Im Beschluß Nr. 644 ist allerdings auch der Gedanke der großen Tarifkommission wiederaufgenommen, daß über die Höchstgrenze für neue Renten in Höhe des letzten Nettoeinkommens verhandelt werden kann. Damit würde das Prinzip der Bruttolohnbezogenheit der Renten durchlöchert und der Staat zu noch mehr Ausplünderung über Steuern und Abgaben ermutigt. Im Beschluß Nr. 948 heißt es richtig: „Bestrebungen zur Einführung einer Nettolohnanpassung oder Bruttolohnanpassung mit Abschlägen werden abgelehnt. Solange die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zur Sicherung des erreichten Lebensstandards noch nicht ausreichen, nehmen die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst eine wichtige Ergänzungsfunktion wahr.“ Der Angriff des Staatsapparates der Kapitalisten auf die Zusatzversorgung zielt darauf, in dem Bereich, wo die günstigen Regelungen für Beamte auch für Arbeiter und Angestellte erkämpft werden konnten, diese rückgängig zu machen.

## Die Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung spitzt sich zu

*r.roh.* Am 11. August finden erneut Verhandlungen zwischen der IG-Metall und dem Vorstand der Mannesmann AG über die Rationalisierung des Mannesmannkonzerns statt, in deren Rahmen die Konzernführung auch die Montanmitbestimmung abschaffen will. Möglich werden die Rationalisierungsanmaßnahmen unter anderem durch Kapitalexport nach Brasilien, wo Mannesmann mittlerweile 5 Stahlwerke besitzt und dabei ist, die Maschinenbauproduktion aufzubauen. Damit soll laut Mannesmannkonzernführung der Vormarsch japanischer Konkurrenten auf „traditionelle deutsche Märkte in Lateinamerika“ abgewehrt werden. In Bezug auf die Beseitigung der Montanmitbestimmung versucht sie, Spuren zu verwischen. In der Konzernzeitung „MRW-aktuell“ versucht sie, ihren Schachzug, Unterordnung der Hüttenwerke unter die Röhrenwerke, als „erweiterte Mitbestimmungsrechte für die Belegschaften“ zu verkaufen. Sie bestünden in erweiterten Wahlrechten für den Konzernaufsichtsrat, der bisher nur von der Belegschaft der Hüttenwerke, dann aber durch die Gesamtbelegschaft gewählt würde. Der feine Unterschied, gewählt wird dann nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976.

Die Möglichkeiten für die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, Aufsichtsratsentscheidungen zumindest zeitlich zu verzögern und damit den Handlungsspielraum der Belegschaften zu vergrößern, sind durch einen leitenden Angestellten auf Belegschaftsseite und doppeltes Stimmrecht für den von den Kapitalisten bestellten Aufsichtsratsvorsitzenden beseitigt.

Der dem Gewerkschaftstag der IGM vorliegende Antrag 454 faßt die Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsgesetz 1976 wie folgt zusammen: „Die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten können mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Instrumentarium die wirklich gravierenden unternehmenspolitischen Entscheidungen ... nicht ausreichend beeinflussen.“ Demgegenüber stellt der Antrag 459 zur Montanmitbestimmung fest, daß sie dann nützlich ist, „wenn in einer Art Vorwarnsystem der Informationsfluß zwischen Mitbestimmungsträgern, Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauensleuten ... konsequent verbessert wird.“


Warnstreik bei Thyssen-Niederrhein in Oberhausen anläßlich der Verhandlungen mit dem Mannesmannvorstand am 30.7.80.

## Ferienpaß als Trostpflaster

### Beengte Freizeitgestaltung für die Kinder der Arbeiter

*r.scm.* Südstadt Hannover. Ob sie nicht hinten spielen könnten, ruft die Mutter den beiden Jungen zu. Das „Feld“ zwischen Parkreihe und Häuserfront ist schmal. Nicht selten verfehlt der Fußball Auto- und Fensterscheiben knapp. Hinten, auf dem Hof, hatte der Hausmeister das Spielen verboten. Stadtteil Linden. Es regnet, doch es sind mehr Kinder als Erwachsene auf der Straße. Sie stammen aus äußerlich verkommenen Häusern, zum großen Teil Ausländerkinder. Wer hält es schon in den engen Wohnungen aus. Nordstadt. Eine Gruppe Sechs- bis Zehnjähriger tobt auf einer Seitenstraße. Spielzeug: ein Tischtennisball und ein Schläger. Was sie zur Ferienpaßaktion der Stadt meinen? „Der Ferienpaß wird immer langweiliger“, ist die spontane Antwort. Zusätzliche Eintrittspreise von 60 Pf. oder 2,50 DM beim Kino, Anmeldezwang für viele Veranstaltungen, weite Anfahrtswege („müßten Fahrkarten dabei sein“) sind die Kritikpunkte. Und: „Immer diese Bedingungen!“ Will man Rudern, braucht man einen Freischwimmer. Auf Zuspruch stößt vor allem der freie Eintritt in den Schwimmbädern.

120000 DM gibt die Stadt Hannover für die Ferienpaßaktion in diesem Jahr aus, 10000 DM weniger als zu Beginn der Aktion 1973. Knapp über die Hälfte der über 50000 6–15jährigen nimmt das Angebot in Anspruch, gegen eine „Schutzgebühr“ von drei Mark. Kostensparend für die Stadt ist der Einsatz von ehrenamtlichen Helfern. Der Unkostensatz für eine mehrstündige Tätigkeit beträgt 10 Mark. In Osnabrück kostet der Ferienpaß 5 Mark. In Freibädern gibt es lediglich Ermäßigungen. Wie in Hannover stehen Betriebsbesichtigungen und Freizeitgruppen auf dem Programm, dazu Tagesfahrten (12 Stück 8 DM). Die Inanspruchnahme ist rückläufig. Zur Beaufsichtigung werden Praktikanten eingesetzt. Als 1978 die Stadt ihre Bezahlung von 700–800 DM auf 200–300 DM senken wollte, wurde dies mit Kundgebungen und Demonstrationen, vor allem unter Beteiligung von Ferienpaßschülern, abgewehrt. In Hamburg gibt es seit 1969 den Ferienpaß. Er ist umsonst und bringt für den Inhaber Ermäßigungen bei Nahverkehrs-Monatskarten und Badekarten sowie für den Eintritt in Museen und für Hafenrundfahrten. 800000 DM gibt der Senat für das Programm aus.

Für Kinder, deren Eltern sich keine Urlaubsfahrt leisten können, ist der Ferienpaß nicht mehr als ein Trostpflaster. Betroffen sind vor allem Ausländerkinder und Kinder von Angehörigen der niedrigen Lohngruppen, deren Wohnverhältnisse eh beengt sind und für deren Freizeitgestaltung es wenig Möglichkeiten gibt. Im Jugendzentrum? Da sei nur Dienstag und Donnerstag auf, meinte ein Mädchen aus der hannoverschen Nordstadt. Die sozialen Widersprüche, die sich an den miserablen Reproduktionsbedingungen der Kinder entzünden, mit relativ geringem Geldaufwand zu dämpfen, scheint der Zweck der Ferienpaßaktion zu sein. Die Kapitalisten stehen dem sehr aufgeschlossen gegenüber. Sie stiften den Kindern nach einer Betriebsführung schon mal ein Eis.





Oft bleibt den Kindern nur die Straße für ihre Freizeit. – Dieser Bunker muß als Jugendzentrum herhalten (Hannover).

### Können Rentner besonders viel reisen?

*r.gör.* Daß Rentner besonders viel Urlaubsreisen machen können, wird immer wieder behauptet. Aber für den größten Teil der Rentner trifft das nicht zu. Die Behauptung wird wohl auch eher deshalb verbreitet, um weitere Rentenkürzungen vertretbar erscheinen zu lassen. Die folgenden Angaben stammen aus Befragungen von 2-Personen-Rentnerhaushalten durch das Statistische Bundesamt:

| | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|---|---|---|---|
| % der Haushalte mit Urlaubsreisen | 33 | 37 | 43 | 37 |
| Ausgaben für den Urlaub + (DM/Jahr) | 749 | 657 | 569 | 730 |
| Ausgaben für die Freizeitgestaltung (DM/Monat) | 44 | 52 | 54 | 61 |

+ Durchschnittsangaben für diejenigen Haushalte, die überhaupt eine Urlaubsreise machen konnten. Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 1.

Die Zahlen sind noch nicht um die Geldentwertung bereinigt. Der Rückgang in den durchschnittlichen Ausgaben für Urlaubsreisen ist eine der Wirkungen der anhaltenden Rentenkürzungen durch die Bundesregierung. Daß so wenig Geld für Urlaub und Freizeit übrig bleibt – obwohl dies doch gerade für Rentner wichtig ist – liegt an dem hohen Anteil, den Nahrungsmittel, Wohnungsmieten, Stromrechnung am Haushaltseinkommen ausmachen. Für den Urlaub bleiben weniger als 2 Prozent vom Jahreseinkommen.

### Damp 2000: 2000 DM für 14 Tage Urlaub

*r.alb.* Damp 2000 – an der Ostseeküste aus dem Boden gestampftes Ferienzentrum mit Appartmenthochhäusern, Bungalows, einer Kurklinik und einem Krankenhaus – preist sich in seinen Prospekten als „das abwechslungsreichste Ferienparadies für Jung und Alt“. Tatsächlich ist alles da: Sandstrand und Segelhafen, Sportanlagen und Disco, Meerwasser-Wellenbad, Solarium und Sauna, Massagen ... „Je nach Lust und Laune können Sie sich vergnügen“, verheißt der Prospekt, „Damp 2000 ist für alle da“. Das 2-Zimmer-Appartment im Hochhaus gibt es pro Nacht für 70 DM ohne Frühstück, zusätzlich eine Zimmer-Miete für Reinigung, Strom, Bettwäsche usw. Macht bei 14 Tagen für 2 Personen 1050 DM. Frühstück bietet – ausschließlich – das Hotel „Port Nelson“ für 7 DM pro Person, das Abendessen kostet 13 DM. Mittagessen unter der Woche 16 DM, am Wochenende gibt es das „preiswerte Familienmenue“ – auch nichts besonderes – für 14,50 DM. Macht alles in allem nochmal 494 DM. Vom Freizeitangebot ist noch nichts drin. Kegeln pro Stunde 15 DM, Wellenbad 10 DM, Solarium 5 DM, Sauna 12 DM, ganz abgesehen von den horrenden Getränkepreisen. Selbst die Edeka-Ladenpreise für Selbstversorger sind Damp angepaßt. Gesunder, abwechslungsreicher Urlaub in Damp! Man darf nur um 2000 DM dabei nicht verlegen sein.

### JVA Vechta Frauen: Protest gegen Gefangenenmißhandlung

*r.hep.* In der Justizvollzugsanstalt Vechta, Abteilung Frauen, dem niedersächsischen Frauengefängnis, wurde eine Gefangene Ende Juli drei Nächte nacheinander in die Absonderungszelle gesperrt und vor allem durch schmerzhafte Fesselungen gequält. Weil sie nach ihr sah, wurde auch ihre Freundin abgesondert. Dazu hat die Gefangenenmitverantwortung folgende Resolution an die Anstaltsleitung gerichtet:

„Von etwa 15 bis 20 Häftlingen, die Dienstag, den 29.7. beim Fernsehen waren, wurde schon zu Beginn des Filmes Schmerzens- und Entsetzensschreie einer Gefangenen vernommen, die über den Hof aus der Absonderungszelle im Keller hochdrangen. Die Schreie dauerten die ganze Sendung über an. Beim Abschalten des Fernsehers gegen 21 Uhr kamen die Schreie dann vom gleichen Flur auf dem sich der Fernsehraum befindet. Hin- und Hergerenne und Männerstimmen waren zu hören. Direkt vor der Tür konnten einige Häftlinge deutlich Frau J. hören: „der müßte man mal ne Jacht verpassen“, äußerte sie ungeniert laut. Die Gefangenen blieben bis etwa 20 Minuten nach 21 Uhr eingeschlossen. Vor Entsetzen und Empörung stumm lauschten sie den Vorgängen draußen auf dem Flur.

Wenn Gefangene mißhandelt werden, sorgt das Personal als erstes immer dafür, daß es keine Zeugen unter den Mitgefangenen gibt, damit man dann nachher Berichte der mißhandelten Gefangenen als Lügen abtun kann oder man versucht, sie durch andere Mittel der Einschüchterung zum Stillschweigen zu veranlassen. Der Anstaltsarzt verweigert generell, ein Attest über zugefügte Verletzungen auszustellen. Das sind die Erfahrungen der Gefangenen hier im Haus.

Im Namen der Gefangenen der JVA Vechta Frauen erklärt die GMV ihr Entsetzen und ihre Empörung über die Mißhandlung von zwei gefangenen Frauen in der vergangenen Woche. Die GMV verlangt eine öffentliche Untersuchung der Vorfälle, von der Anstaltsleitung Information über die Vorgänge. Die GMV wird sich zur Unterstützung rechtlicher Schritte an die übergeordnete Aufsicht der JVA sowie an das Justizministerium wenden, an den Anstaltsbeirat und den Unterausschuß Strafvollzug des Landtages wenden und sich um entsprechenden Rechtsbeistand und Unterstützung in der Öffentlichkeit bemühen. Als GMV verlangen wir die sofortige Absetzung von Frau H. als stellv. Obmann der GMV, daß Frau J. für ihre Äußerung „der müßte man ne Jacht verpassen“ zur Rechenschaft gezogen wird, daß die beiden Gefangenen von einem unabhängigen Arzt außerhalb der Anstalt untersucht werden.“ (leicht gekürzt) Gefangenenmitverantwortung JVA Vechta Frauen, Postfach 1403, 2848 Vechta.

# Freiherr von Heeremann: Großgrundbesitz und Einsaugung bäuerlicher Arbeitskraft

*r.reh.* Das Schloß Surenburg in Riesenbeck im Kreis Steinfurt (nördliches Münsterland) ist der Stammsitz der Familie Heeremann. Jetziger Besitzer ist Constantin Freiherr von Heeremann, Präsident des Deutschen Bauernverbandes. In einer CDU/CSU-Regierung soll er Landwirtschaftsminister werden. (CDU/CSU-Wahlprogramm: „... setzen wir uns für die Erhaltung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft auf der Grundlage eines breitgestreuten Bodeneigentums ein.") Jeder im Kreis weiß, daß er im Umkreis einen Großteil des Landes besitzt. Wie seine Vorfahren hat er eine Reihe von Ämtern am Ort: CDU-Gemeinderatsmitglied, Vorsitzender im Vorstand der Spar- und Darlehenskasse Riesenbeck, Vorsitzender im Vorstand der bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft. Er besetzt damit wesentliche Schaltstellen, was die örtliche landwirtschaftliche Produktion und die Nutzung der eingebrachten Erträge angeht, wie auch die Vergabe von Krediten an die Bauern somit unter seiner Kontrolle ist.

Aber nicht nur in Riesenbeck und Umgebung ist der Name Heeremann ein Begriff für großen Land- und Viehbesitz. Insgesamt, so berichteten uns Bauern in Riesenbeck, besitzt er gut 1000 Morgen Land. Dieses Land reicht bis in den Kreis Warendorf. Weiteren landwirtschaftlichen Besitz hat er in anderen Teilen der BRD, zum Beispiel in Niedersachsen.

Auf seinem Gut in Riesenbeck läßt er Vieh züchten. 1500 Schweine (darunter über 1000 Mastschweine) und 900 Rinder besitzt er hier in riesigen Stallungen. Er hat damit maßgeblichen Anteil an der Konzentration in der Schweine- und Rinderzucht im Kreis Steinfurt und zieht dabei den Nutzen aus dem Legen der kleinen Bauern: Von 1967 bis 1977 stieg der Schweinebestand von 260000 auf gut 450000, der Rinderbestand von 120000 auf fast 180000, während gleichzeitig die Zahl der Schweinehalter von 12000 auf knapp 7000 zurückging, die der Rinderhalter von 8000 auf 6000. Heeremann hat erst vor kurzem seinen Schweinebestand von 750 auf 1500 aufgestockt.

Direkt neben dem Schloß hat Heeremann ein Bourgeoishotel hochgezogen, ihm gehört dazu eine ganze Hotelkette. Die Surenburg mit dem dazugehörigen Land ist seit 1786 im Besitz der Familie Heeremann von Zuydtwyck, die sie von der Familie von Münster übernommen hat. Als Feudalherren eigneten sie sich damals das Mehrprodukt der Leibeigenen an, seit etwa 1900 das von lohnabhängigen Landarbeitern. Fährt man durch Riesenbeck, sieht man überall im Bereich des Heeremannschen Besitzes kleine Gehöfte. Fast alle diese Bauern arbeiten heute auf dem Gut der Heeremanns, meist schon in der zweiten Generation.



Schloß Surenburg, der Stammsitz Heeremanns

## Bayerischer Bauernverband: Keine Braugerste zum Futtergerstenpreis



*z.acr.* Wegen des schlechten Wetters im Juli konnten die Bauern auch in den Früherntegebieten Bayerns – Unterfranken und einige Teile Niederbayerns – erst mit Verspätung die Getreideernte beginnen. Mit erheblichen Anstrengungen versuchen sie die Verluste so gering wie möglich zu halten. In den Spätemtegebieten wird die Abreife noch bis zu drei Wochen dauern. Erste Druschergebnisse im Raum Regensburg zeigen, daß der Ertrag bei der Sommergerste gering ist. Bereits auf den Halmen keimende Körner und Pilzkrankheiten (siehe Bild) haben die Qualität stark gemindert. Die großen Aufkäufer wollen den Preis für Sommergerste – in Bayern im wesentlichen zu Brauzwecken verwandt – daher jetzt auf den Preis für Futtergerste drücken.

## Bauern in Karnataka, Indien, erzwingen Gebührensenkung

*z.mif.* Die Absichten der indischen Regierung, die Kosten für das Bewässerungsprojekt Malaprabha im südwestindischen Bundesstaat Karnataka durch Gebühren für die Bauern einzutreiben, die dermaleinst einen Nutzen davon haben sollen, haben einen Rückschlag erlitten. Seit dem 21. Juli haben die Bauern Aktionen gegen die Wassergebühren und die Bodenverbesserungsabgabe durchgeführt. 1983 soll der Damm fertig sein, 2000 Quadratkilometer künstlich bewässert werden. Aber bisher haben die Bauarbeiten teils zu Senkung des Grundwasserspiegels, teils zu Überschwemmungen geführt, wodurch Baumwollpflanzungen ruiniert wurden. Die staatlichen Eintreiber der Wassergebühren verlangten dennoch Zahlungen. Die Bauern demonstrierten dagegen. Die Aktionen verbreiteten sich rasch, in anderen Teilen des Bundesstaates wurden Aktionen gegen Elektrizitätspreise und andere Preiserhöhungen durchgeführt. Die Regierung zog massive Polizeitruppen zusammen, die 13 Menschen erschossen. Die Bauern brachten drei Polizisten zu Tode und verletzten mehrere. Am letzten Sitzungstag des Parlaments lenkte die Regierung ein, ließ umstrittene Gebühren aussetzen und die Tarife senken. Wassergebühren sollen künftig erst nach Bewässerung der Felder erhoben werden.

## Schweinepreise nach Erhöhung wieder gefallen

*z.brb.* Der Preis für Schlachtschweine lag für das Wirtschaftsjahr 1979/80 (Juni/Juli) durchschnittlich 10% über dem niedrigen Preis des Vorjahres und entsprach damit dem Durchschnittspreis der letzten 5 Jahre. Der Preisanstieg ist Ergebnis der verstärkten Konzentration in der Schweinehaltung. Die Zahl der Schweinehalter war im April 1980 um 7,4% niedriger als im Vorjahr, gleichzeitig stieg der durchschnittliche Bestand je Halter von 35 auf 47 Tiere. Insgesamt ist die Zahl der Schweinehalter in den letzten 5 Jahren um 24% gesenkt worden. Die Erzeugung von Schlachtschweinen stieg auf dieser Grundlage im Wirtschaftsjahr lediglich um ca. 0,8% und der Schweinefleischimport um 0,4%. Der Ver-
dieser Grundlage im Wirtschaftsjahr lediglich um ca. 0,8% und der Schweinefleischimport um 0,4%. Der Ver-
brauch nahm gleichzeitig um 1,6% zu und der pro-Kopf-Verbrauch erhöhte sich um fast 1 kg. Die hohe Zunahme des Schweinefleischverbrauchs ist auf enorme Preissteigerungen bei Rindfleisch zurückzuführen, das mittlerweile ca. 45% teurer ist als Schweinefleisch und dessen Verbrauch stagniert. Seit März dieses Jahres ist jedoch der Schlachtschweinepreis wieder drastisch gefallen, da durch administrative Behinderungen an der italienischen Grenze verstärkt niederländisches Schweinefleisch in die BRD exportiert wurde und die Importe von Dänemark und der DDR ebenfalls anstiegen.

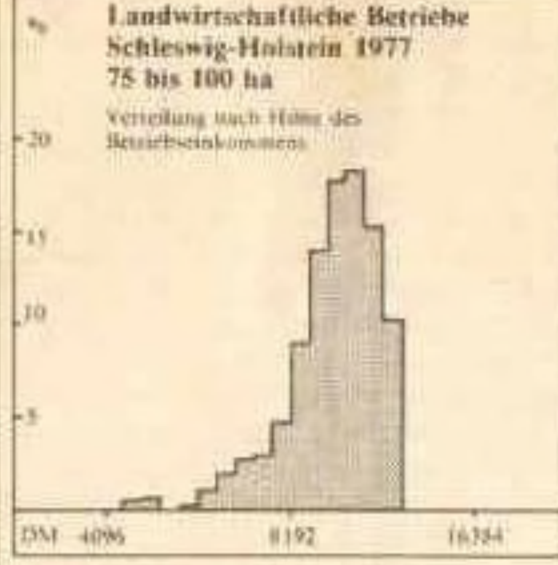
# Die Bauern in Schleswig-Holstein mit mehr als 75 ha Boden

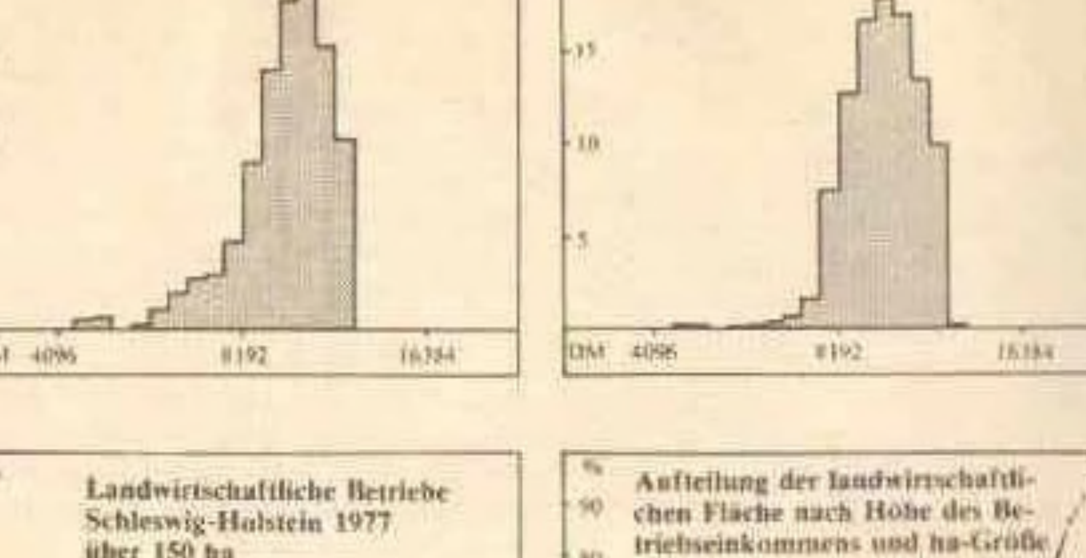
*z.std./ham.* In Schleswig-Holstein gab es 1977 2510 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 75 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dies macht 6,7% aller Betriebe aus; an Boden besitzen sie aber 28,5%. Je höher die ha-Fläche wird, desto mehr entwickelt sich dieser Unterschied: Mit mehr als 200 ha sind es noch 0,75% aller Betriebe; sie haben 9,5% des Bodens. 12 Betriebe lassen mehr als 1000 ha von ihren Lohnarbeitern bewirtschaften, das sind immerhin zusammen 17125 ha, oder 0,03% der landwirtschaftlichen Betriebe herrschen über 1,7% des Bodens.

Seit 1949 hat sich dieser Unterschied noch verschärft. Gegenüber 1,7% der Betriebe, die mehr als 100 ha haben (12,3% der Landfläche), sind 1977 3,2% der Betriebe getreten, mit 19,4% der Landfläche. Diese Entwicklung haben wir in den unteren beiden Schaubildern dargestellt. Das Land ist den kleinen Bauern genommen worden.

Bei den Betrieben mit mehr als 75 ha finden sich kaum welche, die ein Betriebseinkommen unter 8000 DM erbringen. Zu dem arbeitenden Bauern kommen bei einigen Betrieben noch ein bis zwei Lohnarbeiter hinzu. Das Schaubild über die Aufteilung der landwirtschaftlichen Fläche in Ackerland und Dauergrünland zeigt: ab etwa 60 ha Landfläche nimmt der Ackeranteil stark steigend zu. Ab hier werden wesentliche Teile des Betriebseinkommens aus Ackerwirtschaft gezogen. Indirekt ist der steigende Ackeranteil auch ein Hinweis auf relativ bessere Böden; besser gerade deshalb, weil sie mit weniger Anwendung von Arbeit, vor allem menschlicher Arbeit, bewirtschaftet werden können. Das Gegenteil davon ist Dauergrünland, das wegen Nässe mit Schleppern nicht einmal befahren werden kann, sondern nur von Rindvieh oder Schafen gegräst wird. Dazu rechnet auch leichter Geestboden, auf dem maschinelle Ackerbearbeitung und -bestellung nicht konkurrenzfähig ist und er deshalb als Viehweide und Wiese genutzt wird.

Der Arbeitseinsatz der Bauernfamilie und das Betriebseinkommen ist bis zu einer ha-Größe in der Spanne von 50 bis 75 ha, wie wir in der KVZ 29/80 gezeigt haben, in einem Verhältnis, das im Durchschnitt Facharbeiterlöhnen entspricht. Diese Bauern müssen – im Gegensatz zum Gutsbesitz – ihr Einkommen selbst erarbeiten. Entsprechend ist ihr Interesse am Bauernverband: Bezahlung der geleisteten Arbeit. Die Gutsbesitzer haben ein anderes: höchstmögliche Verzinsung des investierten Kapitals, Senkung des Arbeitskostenanteils der Landarbeiter an den erzeugten Waren (vor allem Getreide, Raps) durch Maschinerie. Sie sind nicht nur im Bauernverband organisiert, sondern in Schleswig-Holstein z.B. auch in der Arbeitsgemeinschaft der (Groß-)Grundbesitzer. Aber sie haben im Bauernverband mit Präsident Heeremann die Führung. So wird verständlich, wenn zwar Heeremann im Mai warnen konnte vor zu hohen Ertragsvorausschätzungen der Getreideernte, aber jetzt wo der Landhandel eine Futtergetreidepreissenkung von glatt 1 bis 2 DM je Doppelzentner gegenüber dem Vorjahr durchzusetzen gedenkt, versucht in Untätigkeit zu bleiben trotz der Kritik der Mitgliedschaft der Bauern. Die Gutsbesitzer können diese Senkung vertragen, die Bauern nicht. Klarheit über die Interessen schaffen und einigen kann sich die große Mehrzahl der Bauern nur vom Standpunkt der Arbeit her. Heeremann hat die Mitgliedsbeiträge der Bauern u.a. in Raiffeisenverbänden investieren lassen, die jetzt z.T. in monopolartiger Stellung führend an den Manipulationen im Getreidemarkt beteiligt sind. Damit sind aber auch die, die soviel Land haben und vor allem Getreide anbauen, nicht einverstanden. Heeremann ist ein reicher Gutsbesitzer. Er kann einen Präsidentenposten besetzen, der ehrenamtlich ist und nicht bezahlt wird. Ist er nicht reich, wird er von Gutsbesitzern ausgehalten. Dies ist z.B. mit dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister so, der 40-ha besitzt und im Parlament die Großgrundbesitzerinteressen vertritt. Daher sollte der Präsidentenposten bezahlt werden.

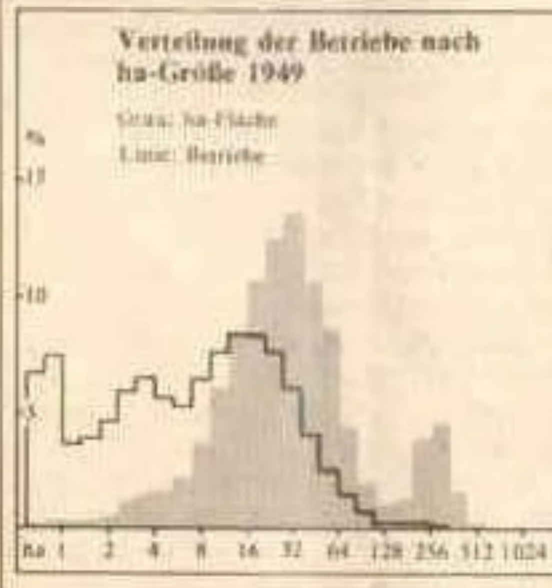


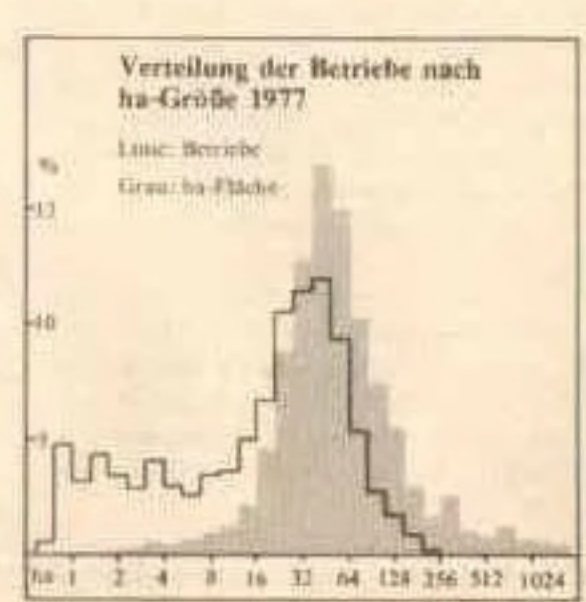










Die Statistiken weisen die Betriebe nur mit einem Betriebseinkommen bis etwa 8 500 DM aus. Darüber sind die Angaben nicht mehr aufgeschlüsselt. Wir haben angenommen, daß die Betriebe mit 75 – 100 ha Betriebseinkommen bis 13 000 DM erwirtschaften, die Betriebe mit 100 – 150 ha 14 000 DM, die darüber 15 000 DM. Diese Angaben sind vermutlich zu gering. Die Schaubilder sind aber von links gestaucht, dennoch läßt sich der Unterschied erkennen.

## Auswirkungen der erhöhten Einkommensteuer für Bauern

*z.brb.* Die Landwirtschaftskammer Rheinland hat an sechs Beispielen die Auswirkung der neuen Einkommensteuer für Bauern bekanntgegeben. Besteuert wird das Reineinkommen (Gewinn) der Bauern, von dem der Bauer und seine Familie leben, die Sozialversicherung zahlen, Geld für Nettoinvestitionen und für die Rückzahlung der Schulden aufbringen muß. Die Steuer wurde berechnet für einen Wohnungswert von 18000 DM, und dem verheirateten Bauern, der der Berechnung zugrunde gelegt wurde, wurden Sonderausgaben von 5000 DM zugestanden. Nach dieser Berechnung müssen in folgenden Fällen Bauern, die zuvor keine Einkommensteuer zahlen brauchten z.T. erhebliche Beträge aufbringen. 1. Bei einem 10 ha-Betrieb, davon 2 ha Obstbau, zahlt ein Bauer bei einem Gewinn von 17450 DM im Jahr jetzt 12 DM Steuern. 2. Bei einem 15 ha-Betrieb mit verstärkter Tierhaltung müssen bei einem Jahresgewinn von 22077 DM 1016 DM Einkommensteuer gezahlt werden. 3. Bei 20 ha und 33000 Gewinn zahlt der Bauer jetzt 1430 DM Steuer. 4. Mit 20 ha, davon 5 ha Pachtland und 2000 DM Schuldzinsen, müssen bei 19000 DM Gewinn noch 332 DM an den Staat gezahlt werden. 5. Bauern mit 25 ha und 46000 DM Gewinn müssen 4352 DM zahlen. Bei 30 ha und 66000 DM Gewinn müssen statt bisher 13466 DM noch immer 12862 DM aufgebracht werden.

## Verfassungsgericht legt das Parlament auf höhere Besteuerung der Renten fest

*z.frb.* Bislang noch habe die unterschiedliche Besteuerung von Beamtenpensionen und von Sozialrenten den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht verletzt, jetzt aber sei eine prinzipielle Änderung notwendig. So die wesentlichen Grundsätze des vom 26. März datierten und Mitte Juli veröffentlichten Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Die *Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung* werden bislang nach ihrem *Ertragsanteil* mit Einkommensteuer belegt. Seit 1955 gilt diese Regelung. Die Rente wird dazu betrachtet als Zahlung aus einem Vermögen plus der Zinsen auf dieses Vermögen. Sie wird rechnerisch geteilt in einen Teil, der durch Verbrauch des Vermögens flüssig gemacht wird (Kapitalanteil der laufenden Rentenzahlung) und einen Teil, der aus den anfallenden Zinsen gezahlt wird (Ertragsanteil). Anders betrachtet: Die Rente zählt wie ein Sparguthaben, das zu Beginn der Rentenzahlung eine bestimmte Höhe hat und über Jahre verbraucht wird, plus der Zinsen auf dieses Sparguthaben. Versteuert wird der Anteil der aus Zins gezahlt wird. Die Teilung erfolgt nach der voraussichtlichen Laufzeit der Rente. Beginnt die Rentenzahlung nach vollendetem 60. Lebensjahr, so beträgt gemäß den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes der Ertragsanteil 25%, bei Rentenbeginn nach dem 65. Lebensjahr 20%. Dieser Anteil des Rentenbetrags muß versteuert werden.

Dadurch beginnt die Besteuerung in Steuerklasse I bei einem ab 65 Jahre gezahlten Altersruhegeld bei etwa 2700 DM, in Steuerklasse III bei 4630 DM. Eine vollständige Besteuerung der Renten hätte den Bourgeois arge Verwicklungen beschert. Sammelt sich nämlich einer aus ihrem Anhang ein Vermögen z.B. in Staatspapieren an, um im Alter aus Verkauf und Zins dieser Papiere seinen Lebenswandel zu finanzieren, so müßte dann wegen der Gleichheit der Erlös aus dem bloßen Verkauf der Papiere ebenfalls der Einkommensteuer unterworfen werden.

*Pensionen von Beamten* werden als *Versorgungsbezüge* behandelt, d.h. als „zurückgehaltener Teil der Entlohnung" ähnlich wie der Lohn. Lediglich ein zusätzlicher Versorgungsfreibetrag von 40%, höchstens 4800 DM wird gewährt. So beginnt die Besteuerung mit 1150 DM in Steuerklasse I und mit 1590 in Steuerklasse III.

Die *Zusatzversorgung* wie in der Regel auch *Betriebsrenten* (Direktversicherung und Pensionskassen) können auf die Sozialrente aufaddiert werden.

Die unterschiedliche Behandlung von Renten und Pensionen ergibt sich aus der unterschiedlichen Finanzierung. Renten werden im Gegensatz zu Pensionen aus *Beiträgen der Versicherten* finanziert. Diese sind Teil des Lohns und unterliegen der Lohnsteuer. Zwar können Versicherungsbeiträge als Sonderausgaben von den steuerpflichtigen Einkünften abgezogen werden und ist eine Vorsorgepauschale als Freibetrag in die Lohnsteuer eingerechnet, aber dies deckt nur einen Teil der Versicherungsbeiträge. Für einen Lohn von 2000 DM beträgt die Vorsorgepauschale 262 DM, die Versicherungsbeiträge ca. 330 DM. 12 Mrd. DM nimmt der Staatsapparat eingestandenermaßen durch Besteuerung der Beiträge zur Sozialversicherung ein. Sowieso wird die Vorsorgepauschale auch gewährt, wenn keine Versicherungsbeiträge gezahlt werden müssen, z.B. für Beamte. Beiträge der Kapitalisten zur Betriebsrentenversicherung müssen pauschal versteuert werden.

Das Verfassungsgericht mußte jetzt feststellen, für die unterschiedliche Besteuerung sprächen sachliche Gründe. Aber: „Eine verfassungsrechtliche Überprüfung des Umfangs der steuerlichen Begünstigung der Rentner gegenüber den pensionierten Beamten führt allerdings zu dem Ergebnis, daß diese inzwischen durch die veränderten Verhältnisse ein Ausmaß erreicht hat, das eine Korrektur notwendig macht." In den 60er Jahren sei die Besteuerung der Löhne und Pensionen so niedrig gewesen, daß die Tatsache, daß bei Renten nur der Ertragsteil besteuert wird, nicht weiter ins Gewicht fiel. Jetzt aber seien die Renten gestiegen, ohne entsprechend besteuert zu werden. Wahr ist, die Lohnsteuer setzt jetzt bei viel niedrigerem Lohn ein und die Progression auch. Dadurch tritt der Vorzug, daß nur ein Viertel oder ein Fünftel der Rente besteuert wird, drastisch hervor. Nicht die bestehenden Vorschriften zu Besteuerung der Renten haben „Ungleichheiten erzeugt", sondern diese Ungleichheit lassen das Ausmaß der gestiegenen Steuerlast auf den Lohn deutlich sichtbar werden.

„Der Gesetzgeber ist hiernach verpflichtet, eine Neuregelung in Angriff zu nehmen", verlangt das Verfassungsgericht und legt auch die Richtung fest. „Der Gesetzgeber muß einerseits darauf achten, die entstandenen Ungleichheiten abzubauen, andererseits aber vermeiden, neue Benachteiligungen für andere zu schaffen." Eine Ausdehnung der für die Renten geltenden Regelung auf Pensionen komme daher, wegen Benachteiligung Gewerbetreibender usw., nicht in Frage. „Auch wird eine sachlich ungerechtfertigte steuerliche Benachteiligung der Erwerbstätigen zu vermeiden sein." Es sei zu berücksichtigen, daß die steuerliche Leistungsfähigkeit von Rentnern und Pensionären „vielfach weder durch Unterhaltslasten gegenüber Kindern noch durch Sozialversicherungsbeiträge gemindert werden."

Auf ihrem Parteitag im Dezember ist die SPD vor der Forderung nach Besteuerung der Renten gerade noch zurückgeschreckt, um dann einen Beitrag zur Krankenversicherung zu verlangen. Keineswegs geht es jetzt nur um Besteuerung hoher Renten. Nach dem vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut vorgelegten Modell wäre für eine Rente von 830 DM 53 DM Steuer zu zahlen, bei 1630 DM Rente 240 DM Steuer. Es wäre ein fünfjähriger „Rentenstopp" erreicht.

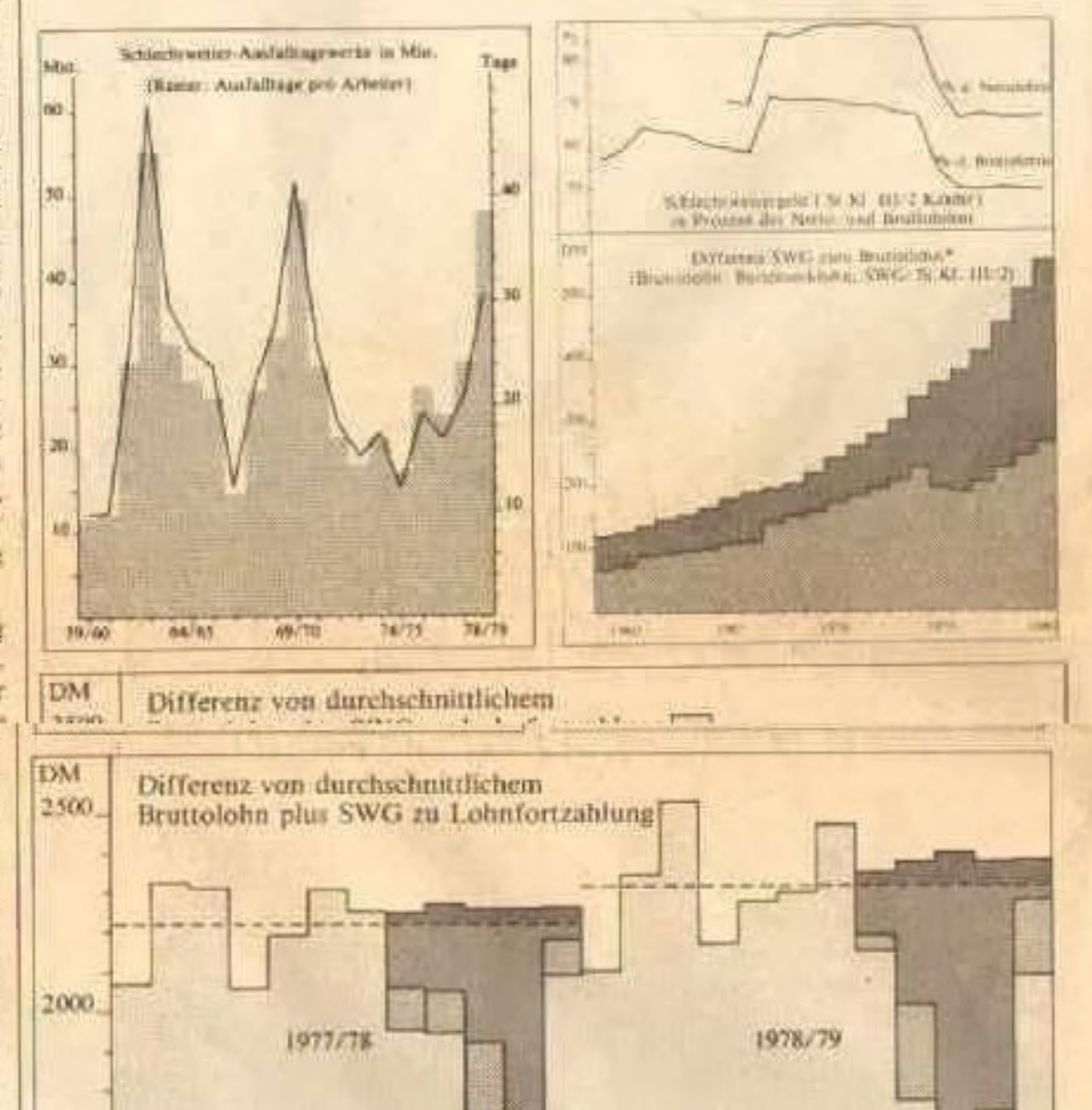
## Schlechtwettergeld bringt erhebliche Lohneinbußen

### Bau: Lohnfortzahlung bei Schlechtwettergeld dringend / BRTV kündbar zum Jahresende

*z.brp.* Zum Ende des Jahres ist der Bundesrahmentarifvertrag (BRTV) für die Bauwirtschaft kündbar. Damit ist es möglich, den jetzigen §4 Abs. 5 zu ändern, der festlegt, daß bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall der Lohnanspruch des Arbeiters entfällt. In der Zeit vom 1. April bis Ende Oktober erhalten die Bauarbeiter für wegen schlechtem Wetter ausgefallene Stunden keinen Lohn – in einzelnen Betriebsvereinbarungen haben die Arbeiter hier die Fortzahlung eines Teils des Lohns erreicht. Durchschnittlich fehlt so ein ganzer Wochenlohn im Sommer. Zu der „betriebsüblichen" längeren Arbeitszeit im Sommer (10 Stunden an 4 Tagen, 5,5 an einem Tag) erhöht sich der Zwang, über weitere Überstunden den Lohnausfall finanziell auszugleichen. Während der Wintermonate November bis Ende März bekommen die Bauarbeiter bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall ein Schlechtwettergeld (SWG) in Höhe des Kurzarbeitergeldes (66% vom Nettolohn) aus den Versicherungsbeiträgen der Arbeitslosenkasse. Die Baukapitalisten fahren mit dieser Regelung gut, denn sie sparen Kosten für Winterbauschutzmaßnahmen, mit denen die Baustellen wetter- und winterfest gemacht werden könnten, und sie lassen sich die Lohnkosten von den Arbeitern selbst aus der Arbeitslosenkasse zahlen. Seit Einführung der gesetzlichen SWG-Regelung 1959 bis 1979 immerhin rund 12,5 Mrd. DM, eine Summe, mit der die Baukapitalisten die Arbeitskraft aller Bauarbeiter von Januar bis Juni 1979 gekauft haben. Für die Arbeiter besteht während der SWG-Periode eine Art Bereitschaftszeit, sie müssen bei schlechtem Wetter drei Stunden auf der Baustelle auf Wetterbesserung warten und ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten zur Verfügung halten. Die Lohneinbußen sind erheblich und durch die Bindung an den Nettolohn direkt von der Höhe der Besteuerung abhängig, zudem wirken sie wegen geringerer Rentenbeiträge bis zur Rentenzahlung hin.

Von Anfang an ist diese Regelung auf Kritik der Bauarbeiter gestoßen. Auf dem Gewerkschaftstag 1953 war gefordert worden eine Regelung, die voll zu Lasten der Kapitalisten geht, in die alle einbezogen sind und die den Lohn sichert. Auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden im vorigen Jahr war der jetzige §4 BRTV und die Schlechtwetterregelung ein wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung. Neben Forderungen nach Verlängerung des SWG-Zeitraumes bis Ende April, Wiedereinführung der mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1976 gestrichenen 0,30 DM-Zulage, keine Anrechnung der SWG-Ausfallstunden auf Überstunden, Zahlung des SWG auch bei mißglückter Baustellenanfahrt wurden drei verschiedene Möglichkeiten diskutiert, den enormen Lohnausfall auszugleichen: höhere Stundenlöhne, Jahresgarantielohn und Lohnfortzahlung.

Über höhere Stundenlöhne den Lohnausfall auszugleichen, würde zu einer Zementierung der Saisonarbeit führen, zu noch mehr Überstunden im Sommer. Der Jahresgarantielohn kann nur ein Jahresmindestlohn sein, bei dem die tarifliche Zahlung über 12 Monate in der jeweiligen Lohngruppe abgesichert wird. Er würde einen Teilausgleich für diejenigen bedeuten, die nur den nackten Tariflohn erhalten und im Sommer nicht so viel verdienen. Bei hohem Effektivlohn wird er bedeutungslos. Er ist untauglich, weil er für die Masse der Bauarbeiter nach wie vor Lohneinbußen bedeutet. Anders bei der Lohnfortzahlung. Sie kann bei jedem Arbeiter seinen Effektivlohn auch in der SWG-Zeit sichern, wobei das Ziel sein muß, daß die Baukapitalisten sämtliche Lohnausfälle wegen schlechtem Wetter zahlen müssen und sich nicht einen Teil der Lohnkosten von den Arbeitern über das SWG zahlen lassen. Als Schritt dahin ist es möglich, daß die Kapitalisten die Differenz zwischen Bruttolohn plus SWG zum tatsächlichen effektiven Lohn zahlen müssen. In dem Schaubild, das nur die durchschnittlichen Bruttomonatslöhne und das durchschnittlich gezahlte SWG darstellt, beträgt der durchschnittliche Bruttomonatslohn für die Monate April – Oktober 1978 2313,30 DM. Diese Summe würde bei der Lohnfortzahlung der Bauarbeiter auch in der Schlechtwetterperiode erhalten müssen; im November 1978 müßten ihm 121 DM, im Dezember 299 DM, Januar 1979 641 DM, Februar 572 DM und im März 34 DM zusätzlich zum Bruttolohn plus SWG von den Kapitalisten gezahlt werden. Etwas höher liegt die Lohnfortzahlung, wenn sie auf die jeweils drei letzten Monate berechnet wird. Bei der Lohnfortzahlung erhöht sich der Jahreslohn 1977/78 um durchschnittlich 5,9%, 1978/79 um 6,8% (bei Lohnfortzahlung bezogen auf die letzten drei Monate: 1977/78 um 6,9%, 1978/79 um 8,1%). Diese Summe müssen die Kapitalisten aufbringen. Denkbar dazu ist ein Verfahren wie beim Lohnausgleich, den die Bauarbeiter für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr bekommen: daß die Kapitalisten monatlich einen bestimmten Prozentsatz von der Bruttolohnsummme aller bei ihnen beschäftigten Arbeiter an eine von der Gewerkschaft verwaltete Kasse zwangsweise abführen müssen, aus der dann die Lohnfortzahlung gezahlt wird. Das hätte den Vorteil, daß der Druck der Baukapitalisten auf die Arbeiter – sie bei jedem Wetter und unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen zur Arbeit zu zwingen, um den Lohnausgleich möglichst gering zu halten – gemildert wird.




* Helles Raster: SWG, dunkles Raster: Differenz zum Bruttolohn. Schaubild unten: Gestrichelte Linie gibt den Durchschnittslohn April – Oktober an.



*z.scc.* **Wer die Verantwortung dafür trägt, daß der unter liberianischer Flagge fahrende Tanker „Energy Concentration" Ende Juli bei Löscharbeiten im Rotterdamer Hafen in der Mitte geborsten war, war für die Bourgeois keine Frage:** Am 7.8. verurteilte ein Gericht Kapitän und Ersten Steuermann zu jeweils vier Monaten Gefängnis. Bei einer Zwischenlöschung in Le Havre habe der Erste Steuermann den Auftrag, Öl in den entladenen mittleren Tank nachzupumpen, vergessen, der Kapitän die Durchführung nicht kontrolliert. „Menschliches Versagen" also? Von wegen! Tatsache ist: Ebenso wie die meisten Tanker war die „Energy Concentration" nicht mit dem für die Berechnung von Gewicht und Spannung unumgänglichen Computer ausgerüstet; den Handrechner konnte der chinesische Erste Steuermann nicht bedienen – die Bedienungsanleitung war in einer nordischen Sprache abgefaßt. Und vor allem: Zu dem Zeitpunkt, wo ihm der Auftrag erteilt wurde, war er 41 Stunden ununterbrochen im Dienst und ohne Schlaf. Wie allgemein auf den Tankern war er allein sowohl für die Nautik als auch für die Berechnungen im Zusammenhang mit der Be- und Entladung zuständig, Aufgaben von einem Umfang, den nur zwei ausgebildete Steuerleute bewältigen können, wie ein liberianischer Inspektor enthüllte. Das hohe Gericht blieb ungerührt, denn wie hätte es sich auch rühren lassen können: Auf den niederländischen Tankern sind Arbeitszeiten von 90 Stunden die Woche gang und gäbe; mit der Verurteilung wurde den Reedereien der Freibrief für weiterhin schrankenlose Ausbeutung erteilt.

*z.pel.* **Die Schlacht sei verloren, stellte der Verband der spanischen Hafenkapitalisten am 5.8. fest.** Er verband diese Feststellung mit scharfer Kritik an der spanischen Regierung, die unfähig gewesen sei, die Bedingungen zu garantieren, daß in den spanischen Häfen gearbeitet werden konnte. Tatsächlich hatten bis zu diesem Tag etwa 400 der knapp 800 Kapitalisten in den spanischen Seehäfen den von den Gewerkschaften CCOO (Arbeiterkommissionen) und Koordination der Hafenarbeiter vorgelegten gesamtstaatlichen Tarifvertrag unterzeichnet und ihre Forderung nach vorheriger Privatisierung der staatlichen „Organisation der Hafenarbeit" (OTP) fallengelassen (s. dazu KVZ 31/80, S. 10). Weitere Firmen hatten Verhandlungen aufgenommen. Am 7.8. wurde außer in den allerdings bedeutenden Häfen Barcelonas, Alicantes, Vigos und der Kanarischen Inseln wieder gearbeitet. In diesen Häfen haben die Stauer den Druck auf die Kapitalisten verstärkt. In Santa Cruz (Teneriffa) traten am 5.8. die Arbeiter der Branchen Bau, Hotel, Nahrungsmittel und Transport in den Solidaritätsstreik. Großgrundbesitzer und Großbauern, besorgt über die Blockade ihrer Waren, forderten die Hafenkapitalisten zu Verhandlungen auf. Diese können ihre Aussperrungsmaßnahmen immer weniger aufrechterhalten und finden nach dem Tod der 16jährigen Tochter eines Hafenarbeiters, die bei der Blockierung des Hafens von Las Palmas von einem Auto umgefahren worden war, auch unter ihren Klassengenossen wenig offene Unterstützung.

*z.gkr.* **Rund 2000 Ölarbeiter Norwegens streiken inzwischen 4 Wochen.** Sie arbeiten auf insgesamt 31 Bohrschiffen und haben mit ihrem Streik einen Großteil der Erdölsuche in der Nordsee zum Stillstand gebracht. Sie fordern eine Annäherung der Löhne an die der Arbeiter auf den Ölplattformen, deren Streik vor knapp drei Wochen durch Zwangsschlichtung beendet worden war. Die Forderungen liegen bei 30% Lohnerhöhung und Maßnahmen, die dem besonders raschen Verschleiß der Arbeitskraft Schranken setzen. Das Angebot der Kapitalisten steht bei einem Umfang von 10,3%. Sie rufen nach dem staatlichen Zwangsschlichter, der entschiedene Widerstand der Gewerkschaften hatten dessen Einsetzung bisher verhindert.

*z.scc.* **Seit dem 10. Juni streiken die Offiziere der staatlichen ghanesischen Reederei Black Star für Lohnerhöhungen zwischen 70 und 100% und 100 Tage Urlaub für ein Jahr auf See.** Obwohl der Streik offiziell am 10. Juli – ohne Ergebnis – beendet wurde, fährt bis heute kein Schiff. Die Regierung, die die Leitung der Reederei inzwischen selbst übernommen hat, gerät unter starken Druck: Im Hafen von Akkra stapeln sich die Kakaofrüchte. Ghana ist der größte Kakaoexporteur der Welt, Kakao macht über 50% seiner Exporte aus, und der gegenwärtige tiefe Fall der Kakaopreise steigert den Druck der Imperialisten und verschärft die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Versuch, den Streik durch Entlassung der Offiziere zu brechen, scheiterte – alle Offiziere mußten wiedereingestellt werden.

*z.rül.* **Über 100000 Lohnabhängige beteiligten sich nach Angaben der Gewerkschaften an den Streiks der letzten Wochen in Sri Lanka.** Ihre wichtigsten Forderungen: Lohnerhöhungen, Gewerkschaftsfreiheit und die Wiedereinführung der Nahrungsmittelsubventionen (s. KVZ 31/80, S. 10). Die Regierung hatte die Subventionen erst kürzlich auf Druck der imperialistischen Gläubiger aufgehoben. Die Inflation stieg dadurch auf 30%. Entsprechend aufgeschreckt sind die Imperialisten jetzt über die Streiks. Die Regierung reagierte mit harter Unterdrückung. 40000 Streikende wurden entlassen.

## Die Aktion Schichtdienst der Deutschen Postgewerkschaft geht weiter

*z.loc.* Am 27. Juni hat der Hauptvorstand der DPG die Tarifvertragsbestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten bei der Post gekündigt, da das BPM am 23. Juni nicht bereit war, ein neues Angebot zu den Forderungen nach 1½-facher Zeitanrechnung für Schichtdienstleistende vorzulegen. Am 23. Juni gab das BPM bekannt, daß es erst nach den Bundestagswahlen zu neuen Verhandlungen bereit ist und nur im Gesamtverband des öffentlichen Dienstes. Bis zum 23. Juni war von dem BPM folgendes Angebot vorgelegt worden: Ein 10%-Zeitzuschlag für Schichtdienstleistende oder die Einrichtung von Freizeitkonten und das Angebot, die Beschäftigten, die 20 Jahre Schichtarbeit geleistet haben, mit 60 Jahren in Rente gehen zu lassen, ohne den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit. Weil dies unzureichende Angebote sind und mehr Forderungen auf dem Tisch liegen, sind die Tarifverträge über die Arbeitszeit fristgerecht zum 30.9.1980 gekündigt worden. Ab dem 30.9. besteht keine Friedenspflicht mehr.

Diese Zeit soll zu weiteren Aktionen und Kampfmaßnahmen genutzt werden. Alle Personalräte der DPG sind aufgefordert, keinen Maßnahmen der Verwaltung zuzustimmen, die die Situation der Schichtdienstleistenden weiter verschlechtern (z.B. neue Dienststundenpläne, wo die Pausen nicht mehr auf die Arbeitszeit angerechnet werden). Gegen die Politik des BPM richten sich die zahlreichen Aktionen in Form von Infoständen, Protestbriefen an das Familien- und Gesundheitsministerium, sowie Demonstrationen. Die Forderung nach 1½-facher Zeitanrechnung findet die Unterstützung der Beschäftigten. So demonstrierten am 29.11.79 in Saarbrücken 350, am 15.12.79 in München 300, am 27.3.80 in Frankfurt 500, und am 21.5.80 in Düsseldorf 500. Über 10000 Postkarten gegen den Schichtdienst haben Beschäftigte in München an Gscheidle geschickt. Die Forderungen der DPG bleiben bestehen: 1½-fache Anrechnung der Arbeitszeit; – Anerkennung der Zeiten von 20 Uhr bis 6 Uhr als Nachtdienstschicht; – Einführung weiterer Pausen und Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit; – vorbeugende arbeitsmedizinische Betreuung und Ausbau betrieblicher Sozialleistungen. Ebenfalls wurde von der Postgewerkschaft das Angebot des BPM zurückgewiesen, für die Beschäftigten im Schalterdienst einen Zeitzuschlag von bis zu 5 Prozent des Zeitbedarfs für Kundenbedienung zu gewähren. Gefordert wird ein höherer Zeitzuschlag für Kundenbedienung und die Erhöhung der Erholungszeiten für die Schalterbeamten. Solange wie ein gesetzliches Verbot der Nacht- und Schichtarbeit nicht durchgesetzt ist, ist es richtig für die Forderungen einzutreten, die der Ruinierung der Arbeitskraft Schranken setzen und die von der Dienstaufsicht so teuer wie möglich bezahlt werden müssen.

## Gewerkschaftstag der GdED: Der Kampf gegen die Rationalisierungen ist nicht zu Ende

*z.gih.* Vom 8. bis 12. September findet in Westberlin der GdED-Gewerkschaftstag statt. In einer Stellungnahme der GdED zu „wichtigen aktuellen Fragen" auf dem 2. außerordentlichen Gewerkschaftstag im März 1979 heißt es: „Von 1974 bis Ende 1978 hat die DB ihren Personalbestand um 75000 Kräfte verringert. Die Zahl der Ausbildungsplätze wurde in der gleichen Zeit halbiert und beträgt nur noch 13000. Die GdED stellt fest: Dieser rigorose Die GdED stellt fest: Dieser rigorose Personalabbau hat für die Eisenbahner die Grenze des Zumutbaren überschritten und in mehreren Bereichen bereits wieder zu empfindlichem Personalmangel geführt ... Der Verzicht auf Neueinstellung über Jahre hinweg führt zu einer Verschlechterung des Altersaufbaus, einer Überforderung des Personals ... Die GdED hält es ... für dringend geboten, den Einstellungsstopp sofort aufzuheben ..."

Nach mehreren Verhandlungen konnte der Hauptvorstand Anfang 1980 ein Zwischenergebnis melden: „1980 werden etwa 14000 neue Dienstkräfte eingestellt und 4200 Nachwuchskräfte von der DB übernommen." (Geschäftsbericht 1976–1979) Trotzdem sind weitere Stillegungen geplant und bereits beschlossen. In Trier soll das Ausbesserungswerk geschlossen werden. Davon sind 500 Beschäftigte betroffen. Weitere 200 Bundesbahnbeschäftigte sollen in Rheine entlassen werden. Bereits von 1977 auf 1978 war es der Bundesbahndirektion hier gelungen, durch Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen die Beschäftigten im Dienststellenbereich Rheine von 1400 auf 750 zu reduzieren.

Um den Kampf gegen die Rationalisierungen weiter führen zu können und gegen die jetzt unerträglichen Arbeitsbedingungen liegt dem Gewerkschaftstag eine Entschließung zur Arbeitszeit, zum Schicht-, Wechsel- und Nachtdienst vor: „ – Einführung einer mit dienst vor: „ – Einführung einer mit der Fünf-Tage-Woche vergleichbaren Regelung – Zahlenmäßige Begrenzung der an Samstagen und Sonntagen zu leistenden Schichten und Gewährung freier Wochenenden – Zahlenmäßige Begrenzung der Anzahl der Dienstschichten, die ganz oder teilweise in die Zeit von 20.00 bis 6.00 Uhr fallen ... – Ausgleich nicht vermeidbarer Mehrleistungsstunden nur durch Freizeit. Für die Nachtzeit (20.00 Uhr bis 6.00 Uhr) geleistete Mehrarbeit ist der Freizeitausgleich durch Befreiung von einer ebenfalls in der Nachtzeit liegenden Dienstschicht zu gewähren – Gewährung von Pausen, die auf die Arbeitszeit anzurechnen sind ... – Mehrfachanrechnung der Arbeitszeit zu ungünstigen Zeiten. Als solche zählen die Nachtarbeit (20.00 bis 6.00 Uhr), die Wochenenden und die Wochenfeiertage – Volle Anrechnung der Arbeitsunterbrechnungen innerhalb der in der Nacht (20.00 bis 6.00 Uhr), an Wochenenden und an Wochenfeiertagen zu leistenden Dienstschichten als Arbeitszeit ..."

## Japanisches Automobil„wunder"?

### Modernste Produktionsanlagen, abhängige Zulieferanten, extreme Arbeitshetze

*z.wos./krk.* Henry Ford II. und der Graf Lambsdorff stimmten bei ihrem Treffen ein gemeinsames Klagelied an: der Konkurrenzdruck japanischer Automobilhersteller sei unerträglich. Für den „Spiegel" ist der Siegeszug japanischer Autos gar ein „Wunder", über dessen westdeutsche Verwirklichungsmöglichkeiten der Graf peinlichst befragt wurde. Kräftig sind sie dabei, den Mythos Japan aufzubauen: der Chauvinismus war schon immer die beste Grundlage, wenn man auf die eigene Arbeiterklasse loszuschlagen gedachte.

Es ist aber Tatsache: im 1. Halbjahr hat die japanische Automobilindustrie zum ersten Mal den bisher Weltgrößten, die USA, überrundet. 3,475 Mio. japanischer Kraftwagen standen 3,425 amerikanischen gegenüber. Die japanischen Automobilkonzerne rückten bis an die Spitze vor: während 1978 noch GM und Ford führten, konnten 1980 Toyota und Nissan (Datsun) Ford an die vierte Stelle verdrängen. Bei einem um etliches kleineren Binnenmarkt wird Japan 1980 um rund 100000 Autos mehr herstellen als die USA, und ein hoher Anteil der Produktion geht ins Ausland: von den 3,2 Mio. Toyotas werden 1,5 Mio. exportiert, von 2,5 Mio. Nissans 1,2 Mio. Der Hauptimporteur sind die USA, gefolgt von Großbritannien und der BRD.

Um ein Wunder – gar etwa der japanischen Volksnatur – geht es nicht. Die japanischen Wagen haben einen – gerade für arbeitende Menschen – hohen Gebrauchswert. Sie sind einfach und verhältnismäßig widerstandsfähig gebaut und haben einen niedrigen Benzinverbrauch. Dies ist ein Grund ihres Erfolges gerade auf dem US-Markt. Das Entscheidende jedoch ist: die japanischen Konzerne können im Preis die Konkurrenz unterbieten: ein Toyota Corolla, 1,3 l, 60 PS, kostet in der BRD 10640 DM, ein Golf derselben Größe und Stärke 11700; ein Toyota Celica Liftback 16250 DM, ein Ford Capri (beide 2 l) dagegen 17700.

Die Konkurrenzvorteile der japanischen Monopole kann man auf die schen Monopole kann man auf die Modernisierung des Produktionsapparates, die Machtstellung den Zulieferern gegenüber, und auf die sich auch aus diesen Faktoren ergebende höhere Ausbeutungsrate der japanischen Arbeiter zurückführen. 70% der Teile eines Autos lassen die Monopole von den Zulieferern herstellen (BRD: 30%). Dort arbeiten hauptsächlich vorher bei den Monopolen Beschäftigte, sowohl im Management als auch in der Produktion, die genau die erforderlichen Kenntnisse haben, mit 55 aber rausgesetzt wurden. Die Arbeiter müssen zur Betriebsrente hinzuverdienen. Durch Druck auf pünktliche Lieferung entfallen für die Konzerne auch Lagerkosten. Der hohe Zulieferanteil an der Produktion macht fortschreitende Automatisierung in den Hauptwerken selber möglich, wo fast nur noch montiert wird. Daher ist die Ausbeutungsrate dort äußerst hoch.

1979 betrug die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit (Pausen abgerechnet) 183,7 Std., der entsprechende Lohn 11490 DM. (In den Zulieferbetrieben wird wesentlich schlechter gezahlt.) Die Kapitalisten stopfen jede Pore im Arbeitsprozeß. Ab 1975 haben sie wieder mehr Arbeiter eingestellt, ihre Anlageinvestitionen gewaltig ausgedehnt, gleichzeitig aber die für die Herstellung eines PKW notwendige Arbeitszeit erheblich heruntergedrückt. (Bei Index 1973 = 100: 1975 = 92,0; 1976 = 83,2; 1977 = 82,7) Entsprechend die Produktionskosten. Seitdem warfen sie auch an Stelle von Saison- und halbausgebildeten wieder mehr „Stamm"-Arbeiter an die Bänder. Durch „Job Rotation" schufen sie sich qualifizierte *und* flexibel einsetzbare Arbeitskräfte. Ergänzt wurde diese „Personaleinsatzpolitik" durch Kampagnen, die möglichst von den Belegschaften selbst getragen werden sollten, z.B. „zero defect" (Nullfehler), „QC" (Qualitätskontrolle). Nissan stellte 1978 den Leitsatz auf: „Das ganze Unternehmen konsequent für die 3 P-Bewegung: productivity, participation, progress!"

Um die Konkurrenz zwischen den Arbeitern oder Arbeiterkolonnen zu schüren, bauen die Monopole das übrigens normierte Vorschlagswesen aus. In der Murayama-Fabrik von Nissan wollen die Kolonnenführer die Arbeiter ködern: „Wenn du einen Vorschlag bringst, mit dem wir die Beschäftigtenzahl um einen Mann vermindern können, bekommst du eine Prämie von (umgerechnet) 300 DM!" Dort nennt man die Arbeiter mit den meisten Vorschlägen „Vorschlagskönige". Sie machen sich so gerade die im Kollektiv reiche, da organisierte lebendige Produktivkraft Arbeit für ihre Zwecke zunutze. Und mit Verhaltensmaßregeln fürs Privatleben setzen sie nach: „Laßt es nicht zu spät werden in der Nacht!", „Trinkt nicht zuviel Sake (Reiswein)!"

Klar ist, sie können diese dauernde Gängelung der Arbeiter nur durchsetzen, solange sie die „Garantie" der lebenslangen Beschäftigung bieten und die Gewerkschaften für ihre Ziele einspannen können. Zwar sind die japanischen Automobilarbeiter *branchenmäßig* in der „Allgemeinen Automobilarbeitergewerkschaft" zusammengefaßt, organisiert sind sie aber nach wie vor auf *Firmenebene*. Nach dem Verständnis „Es ist die Gewerkschaft, die die Firma trägt", führt der ehemalige Vorsitzende der Nissan-Gewerkschaft (72800 Mitglieder), Shioji, jetzt den Branchenverband, indem er ihn an den Unternehmensentscheidungen der Kapitalisten beteiligen will. Gegenwärtig z.B. spricht er sich für die Errichtung von Produktionsstätten in den USA aus und will mit der Einladung an den Vorsitzenden der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft UAW, Fraser, Druck auf die Kapitalisten und die Regierung ausüben. Bis 1975 hat die Nissan-Gewerkschaft ihre klassenversöhnlerische Politik darauf aufgebaut, daß sie erstens den Lebensstandard der Arbeiter verbessern wollte, indem sie dafür Sorge trägt, daß der „Kuchen" der Unternehmensgewinne sich vergrößert und das Stück für die Arbeiter dementsprechend; und zweitens für den Produktionsfortschritt den Kapitalisten ihre vollständige Kooperation angeboten hat. Zwar sind bis 1978 für die Arbeiter jährliche Lohnerhöhungen herausgekommen, aber die Kooperation der Firmengewerkschaften machte sie andererseits völlig passiv gegenüber der Steigerung der Arbeitsintensität. Von diesen Gewerkschaften hören die Arbeiter nur während der jährlichen „Lohnrunde". Daher entwickeln sich notwendig klassenbewußte Zusammenschlüsse, zunächst, weil nicht anders möglich, wiederum auf Betriebsebene. Das patriarchalische „System wechselseitigen Vertrauens zwischen Arbeitern und Unternehmern" verträgt längerfristig keine Krise. Wieso es unter den japanischen Arbeitern überhaupt Wirkung hat, ist in der Geschichte des japanischen Kapitalismus begründet, der nicht durch eine bürgerliche Revolution erkämpft wurde, sodaß nicht alle Fesseln der alten Ordnung durch die Volksmassen selbsttätig gesprengt wurden.



Gegen Angriffe auf klassenbewußte Gewerkschaften – Demonstration von Beschäftigten des Handelskonzerns Marubeni

---

die Kassen der Gewerkschaften beschlagnahmt. Der Premierminister kündigte ein gesetzliches Verbot aller Streiks an. Bereits Mitte Juli hatte die Regierung ein Streikverbot über den gesamten öffentlichen Dienst verhängt, die Ausweitung der Streiks damit aber nicht verhindern können.

*z.frb. (Xinhua).* **In Mexiko haben die Arbeiter ihre Streiks für höhere Löhne ausgeweitet.** 5400 Arbeiter der in Besitz der US-Imperialisten befindlichen Ford-Automobil-Werke in Mexiko streiken seit Anfang August, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Der Streik wurde aufgenommen, nachdem die langwierigen Verhandlungen gescheitert waren. Die Gewerkschaft hatte ihre Forderungen von 50 Prozent Lohnerhöhung auf 38 Prozent zurückgenommen, die Konzernleitung wollte aber über 24 Prozent nicht hinausgehen. Mehrere Werke im ganzen Land liegen still, einige der Angestellten haben sich dem Streik der Arbeiter angeschlossen. Der Streik von Arbeitern der Japan-Airline- und der belgischen Sabena-Agenturen, der vor zwei Monaten begann, wird fortgesetzt. Sie fordern höherer Löhne und bessere Sozialleistungen. In den letzten Monaten sind große Massen der mexikanischen Arbeiter und der Lehrer in den Streik getreten. In den ersten fünf Monaten des Jahres sind die Preise für Lebensmittel um 26,2 Prozent gestiegen.

*z.rül.* **Die ruhige Entschlossenheit, mit der die 39000 Kupferarbeiter in den USA ihren vor fünf Wochen begonnenen Streik fortführen, wird den Kapitalisten langsam unbehaglich.** Seit 1. Juli sind sämtliche US-Werke von acht Kupfergesellschaften durch den Streik lahmgelegt, darunter Kennecott Copper Corp., Anaconda Co., Asarco Inc. (s. KVZ 28/80, S. 10). Hatten die Kapitalisten anfangs noch getönt, sie könnten einen Streik den ganzen Sommer hindurch aushalten, so sind sie inzwischen merklich stiller geworden. Asarco kündigte bereits an, daß seine Vorräte zur Neige gingen. Für die anderen Kapitalisten sieht es nicht viel anders aus. In dieser Lage haben die Kupferarbeiter ihren Streik ausgeweitet: Die Belegschaften zweier weiterer Werke, deren Tarifverträge am 31.7. ausliefen, schlossen sich bereits einen Tag später dem Streik an. Die Finanzbourgeoisie befürchtet, daß bald die gesamte US-Kupferproduktion von 100000 t im Monat lahmgelegt ist. Die 26 Gewerkschaften der Kupferarbeiter können einen längeren Streik durchstehen: Die Stahlarbeitergewerkschaft USW, in der 80% der Kupferarbeiter organisiert sind, verfügt über große Streikkassen.

*z.inl.Paris.* **Der französische Arbeitsminister hat jetzt persönlich die Kündigung von Michel Centano, CGT-Gewerkschaftssekretär bei Renault-Billancourt, gebilligt.** Damit wurde die Entscheidung der unteren staatlichen Instanzen korrigiert: Die Arbeitsinspektion hatte die geforderte Kündigung, wegen Festsetzung eines Direktors im Streik der Arbeiter an den Pressen 1977, bereits abgelehnt. Der staatliche Automobilkonzern versucht, die Gewerkschaften im Betrieb zu schwächen, um seine Rationalisierungen leichter durchzusetzen – in Billancourt z.B. sollen ab diesem Sommer 5000 über Frühverrentung entlassen werden. Aus Furcht vor den Kämpfen der Arbeiter gegen diese Angriffe wurde Centano genau einen Tag vor den Betriebsferien gekündigt. Mit Protestbriefen bereitet die CGT Aktionen im September vor, am 5.9. ist Kundgebung in Billancourt.

*z.anb.* **Zentrale Forderung der schweizerischen Gewerkschaft Druck und Papier für die Neuverhandlungen des Gesamtarbeitsvertrags (s. KVZ 25/80) ist dessen branchenweite Gültigkeit und die Beschränkung der Laufzeit auf 3 Jahre.** In bezug auf die Anhebung der Mindestlöhne, 13. Monatsgehalt, 4 Wochen Urlaub, Schutz der Vertrauensleute vor Disziplinierung hatten die Kapitalisten bereits nachgeben müssen, versuchen aber den Anwendungsbereich auf die „Berufszugehörigkeit" einzugrenzen, um freie Hand zu behalten bei der Einreißung des Facharbeiterstandards durch Einstellung ungelernter Hilfskräfte aus anderen Bereichen. Im Zuge der Einführung der neuen Technik sind inzwischen bereits 28% der 42560 Beschäftigten Frauen und 20% ausländische Arbeiter. Ihr Bruttoeffektivlohn liegt mit 1776 Sfr. bei 56% des Facharbeiterlohns. In der Metallindustrie bekämen sie dagegen 65%. Die Gewerkschaft verlangt die ausdrückliche Definition des GAV als Branchentarifvertrag für alle Beschäftigten einschließlich der Lehrlinge.

*z.hku.* **Nur Werftindustrie und Bergbau sind jetzt noch von der Streikbewegung in Polen ausgenommen, die durch die Erhöhung der Fleischpreise am 1. Juli ausgelöst worden ist.** Viele Belegschaften haben Lohnzuschläge erkämpft, die ihnen die Betriebe aufgrund von Sondervollmachten zahlen; da es aber weder tarifliche noch gesetzliche Vereinbarungen gibt, ist nach wie vor die Mehrheit der Arbeiter ohne Ausgleich für die Teuerung. Nach Angaben des KOR haben in den letzten Tagen u.a. die Belegschaften folgender Betriebe gestreikt: Straßenbahnfahrer von Gdansk/Gdynia/Zoppot; Hafenarbeiter in Gdansk; Abteilungen der Cegielski-Werke in Poznań; das SHL-Autowerk in Kielce (gegen eine Erhöhung von Arbeitsnormen); ein Preßwerk bei Warschau (für die Wiedereinführung von Exportprämien); 20000 Arbeiter des Hubschrauberwerkes von Swidnik (um die Einhaltung der Zusagen zu erzwingen); 10000 Arbeiter der Textilindustrie von Lodz. – Die Taktik der PVAP zielt noch auf Eindämmung der Streiks durch Isolierung und Demonstration von Gesprächsbereitschaft; so hat sie in Breslau ein „Streikverhütungskomitee" gebildet, das bei den „geringsten Anzeichen von Unzufriedenheit" Verhandlungen mit den Gewerkschaften einleiten soll. Ihre Propaganda konzentriert sie auf die Behauptung, den außerplanmäßigen Lohnerhöhungen für einige werde zwangsläufig eine neue Teuerung für *alle* folgen.

## Erstmals Hochschuleingangstest bei den Medizinstudenten

*z.tid.* Erstmalig wird am 12. August ein Hochschuleingangstest für Studienbewerber in Human-, Zahn- und Tiermedizin durchgeführt. In Verbindung von TMS (Test für medizinische Studiengänge) und Abiturnote soll die Zulassung für 30% der Studienplätze geregelt werden. 6000 Studienbewerber „dürfen" an dem Testverfahren teilnehmen. Bewerben sich mehr, wird ausgelost. 1200 werden von den 6000 einen Studienplatz bekommen, und zwar nach der Gewichtung der Abiturnote : Testverfahren 55 : 45. Entwickelt wurde der Test vom Institut für Test-und Begabungsforschung, im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder. Vorbild für den TMS war der amerikanische MCAT (Medical College Admission Test). Zwei Untersuchungsteams und 100 Vertreter des Fachs Medizin erarbeiteten ein „Anforderungsprofil", d.h. sie beschrieben diejenigen Fähigkeiten, über die der angehende Medizinstudent verfügen soll, „um sein Studium mit möglichst großen Erfolgsaussichten in Angriff nehmen zu können". Direkt soll durch den Test gemessen werden: „gutes Gedächtnis, räumliches Vorstellungsvermögen, eine differenzierte visuelle Wahrnehmung, die Fähigkeit zu sorgfältigem konzentriertem Arbeiten, ein Gefühl für feine sprachliche Bedeutungsunterschiede, naturwissenschaftliches Grundverständnis", indirekt sind noch weitere Eigenschaften des Bewerbers aus dem Test zu erfahren: „spezifische Interessen und Neigungen, Fleiß und Durchhaltevermögen, bestimmte Einstellungen zur wissenschaftlichen Arbeit, Fähigkeit zur Zusammenarbeit, emotionale Stabilität, Verantwortungsbereitschaft usw."

Der Test besteht aus 13 Untertests und dauert einen ganzen Tag. Reisekosten müssen die Teilnehmer selbst tragen. Themen der Untertests sind beispielsweise: Beurteilung formalisierter Informationen, Figuren zusammensetzen, konzentriertes und sorgfältiges Arbeiten, Textverständnis, Bilderordnen. Es werden in jedem Test ca. 5 „Lösungsvorschläge" vorgegeben; der „richtige" muß angekreuzt werden.

Drei Jahre lang wird dieses Testverfahren erprobt und weiterentwickelt. Dann soll die Kombination von Testergebnis/Abiturnote für die Vergabe von 75% der Studienplätze entscheiden. Die „Altwarter-Quote" entfällt dann ganz, die restlichen 25% der Studienplätze werden auf Ausländer und sogenannte Härtefälle verteilt. Für die Bourgeoisie stellt dieses TMS ein rationelles, bundesweites, zentral lenkbares Instrument der Auslese und Kontrolle von Studienbewerbern dar. Die uneffektive Warteliste wird abgeschafft, die fachliche und politische Eignung messbar gemacht. Da „einige mit dem TMS geprüften Eigenschaften und Fähigkeiten natürlich auch in anderen Fachbereichen von Bedeutung sind" wird die Anwendung des TMS in anderen Fachbereichen nicht lange auf sich warten lassen.

## Arbeitslosigkeit bei Akademikern deutlich niedriger als im Schnitt

*z.he.* Seit 1973 hat sich die Zahl der arbeitslosen Hoch- und Fachhochschulabsolventen zwar auf rund 36000 (Sept. 79) verdreieinhalbfacht, aber trotzdem liegt die Arbeitslosenquote bei den Akademikern mit 2% deutlich niedriger als die aller Lohnabhängigen. Die reine Betrachtung des Durchschnitts verzerrt das Bild. Während Ingenieure, Physiker, Mathematiker und etwas weniger auch Juristen wieder gesucht werden, besonders wenn sie gute Examina und Berufspraxis vorweisen können, sind die Aussichten bei Soziologen, Politologen, den sog. sozialpflegerischen Berufen, den Psychologen und den Lehrern, einen Arbeitsplatz nach dem Examen oder als über 40jähriger zu finden, ausgesprochen schlecht. Über die tatsächliche Zahl an arbeitslo-

zu finden, ausgesprochen schlecht. Über die tatsächliche Zahl an arbeitslo-sen Lehrern gibt es ständigen Streit zwischen GEW, Bildungsministerien und der Bundesanstalt für Arbeit. Die Kultusministerkonferenz stützt sich bei ihrer Angabe von rund 8000 arbeitslosen Lehrern auf die Zahlen aus Nürnberg und erfaßt dabei natürlich nur die, die sich bei den Arbeitsämtern gemeldet haben. Die GEW geht richtigerweise von den abgelehnten Bewerbern aus. Danach gab es zum Schuljahresbeginn 1979/80 (September) 17600 Abgelehnte nach dem 1. oder 2. Examen, dazu 30000 Kurzarbeiter und mindestens 21000 Stundenlöhner, d.h. es war jeder 10. Lehrer arbeitslos oder zur Kurzarbeit gezwungen. Diejenigen Lehrer, die auf einen anderen Beruf umgestiegen sind, sind dabei noch nicht einmal erfaßt.

Obwohl die Reservearmee an Akademikern in den naturwissenschaftlichen Bereichen – außer in Biologie, wo sich der Einfluß der „Grünen" niederschlägt – relativ klein ist, hat das doch zu einer deutlichen Verschärfung der Konkurrenz um die Arbeitsplätze geführt, was sich natürlich an den Hoch- und Fachhochschulen auf das Verhalten der Studenten den Prüfungen gegenüber auswirkt und den politischen Zusammenschluß gegen Prüfungsverschärfungen und andere Maßnahmen der Unterdrückung immer

fungsverschärfungen und andere Maßnahmen der Unterdrückung immer wieder untergräbt. Ein Problem der Studenten ist es deshalb, ob sie ihre Arbeitskraft nach Abschluß des Studiums entsprechend ihrer Qualifikation werden verkaufen können. In Forschung und Entwicklung kommen die wenigsten unter, die meisten landen in Vertrieb, Verwaltung oder Produktionsüberwachung. Für einige beginnt der erste Kontakt mit dem Lohnabhängigendasein gleich in der Reservearmee. Davor schützt auch nicht ein noch so genaues Beobachten des Arbeitsmarktes.

## Frankreich: Uniwechsel oder Studienabbruch Ministerium streicht Studiengänge

*z.inl.Paris.* Die Studenten in Amiens, die sich auf ein Lehrerexamen in Physik, ein Diplom in Philosophie oder Psychologie oder den Abschluß eines Aufbaustudiums in Pharmazie vorbereiten – sie alle müssen nach Rückkehr aus den Semesterferien im September die Universität wechseln, denn diese Studiengänge sind in Amiens ab dem Studienjahr 80/81 gestrichen.

Das Universitätsministerium hat die Ferien genutzt, um diesen neuen Angriffsplan auf die Studenten bekanntzugeben. Vor allem an den kleineren Provinzuniversitäten wurden die Studiengänge zusammengestrichen. Das Verfahren läuft so: Alle fünf Jahre „ermächtigt" das Ministerium die Universitäten zur Prüfungsabnahme in den einzelnen Fächern. Jetzt wurde die neue Liste an die Rektoren geschickt, in der die Prüfungserlaubnis im 2. Zyklus (Lehrerexamen, Diplom) und 3. Zyklus (Aufbaustudium, Promotion) erheblich eingeschränkt wurde. Was nicht mehr geprüft werden darf, wird folglich nicht mehr gelehrt, der Studiengang ist gestrichen. 40% der Abschlüsse im 3. Zyklus sollen so liquidiert werden.

In Amiens stehen im September 700 Studenten vor der Frage Uniwechsel oder Studienabbruch. Und in ganz Frankreich Zehntausende. Von 855000 Studenten 1978/79 bekamen ganze 9,5% eine Studienbeihilfe von durchschnittlich 2050 DM *pro Jahr*. Die Arbeitskraft der Studenten wird doppelt vernutzt: im Studium und bei der Lohnarbeit neben dem Studium. Uniwechsel bedeutet zwangsweise auch Arbeitsplatzwechsel, und ohne neue Arbeit ist das weitere Studium nicht möglich. Diese „natürliche Auslese" läßt den Bourgeoisnachwuchs unberührt.

Gegen diese Maßnahme zur verstärkten Aussiebung, Senkung der Studentenzahlen und Schaffung von Eliteuniversitäten wehrt sich nicht nur die Studentengewerkschaft UNEF, die für Semesterbeginn zur Besetzung der betroffenen Unis aufruft. Auch das Lehrpersonal und die Rektoren sind dagegen. Mit „Hebung des Ausbildungsniveaus" hatte das Ministerium den Angriff begründet. Gerade das sehen diese Kritiker jetzt samt der französischen Wissenschaft gefährdet. Mit solchen Schlenkern werden die Studenten, die den Kampf führen müssen, nicht siegreich sein können. Die UNEF fordert bis zu Semesterbeginn, daß die Universitäten weiter Einschreibungen in den gestrichenen Studiengängen zulassen.

## Palästinensische Universitäten: Bastionen im Kampf für ein freies Palästina

*z.pel.* März 1979: Die palästinensischen Volksmassen treten gegen das Camp-David-Abkommen in den Generalstreik, der Streik erfaßt ebenfalls den Großteil der Schulen und die palästinensischen Universitäten von Ramallah (Bir Zeit), Nablus und Bethlehem. Am 17.3. besetzt die israelische Armee zum ersten Mal die Universität von Nablus. Als die Studenten von Bir Zeit Anfang Mai die Zionisten bei erneuten Landrauboperationen angreifen, Barrikaden errichten und die palästinensische Flagge hissen, erhält die Armee wiederum Einsatzbefehl. Mehrere Studenten werden in den Kämpfen schwer verletzt, weit über hundert verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Die Militärverwaltung läßt die Universität von Bir Zeit am 2.5., die von Bethlehem am 3.5. schließen, Tausende von Schülern werden für Wochen aus den Schulen vertrieben, die Wiedereröffnung von Bir Zeit kann erst nach mehreren Monaten erzwungen werden.

Der Kampf der studierenden Jugend Palästinas für die Errichtung eines unabhängigen Staates und für eine Ausbildung, die der Verwirklichung dieses Zieles nutzen kann, ist heute keineswegs erloschen, wenn auch Massenaktionen solchen Ausmaßes nicht mehr durchgeführt werden konnten. Dabei sind die drei genannten Universitäten in den nach 1967 besetzten Gebieten des Westjordanlandes mehr und mehr zu Zentren dieses Kampfes geworden. 3500 Studenten sind hier heute eingeschrieben, davon 1400 an der Universität von Bir Zeit, die sich gegenwärtig in vier Fakultäten – Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Ökonomie und Technik – gliedert. Bis 1986 sollen Medizin und Agronomie hinzukommen, die Studentenzahl auf 4500 erhöht werden. Daneben haben etwa 1000 Palästinenser Zugang zu den sechs israelischen Universitäten in den seit 1947 besetzten Gebieten, etwa 1500 studieren im Ausland.

Im Gegensatz zu den israelischen Universität[illegible] die drei Hochschulen im Westjordanland keinerlei finanzielle Unterstützung durch den Kolonialstaat. Sie sind privat und müssen aus Studiengeldern, die etwa 20% der Kosten abdecken, sowie durch Unterstützung Dritter finanziert werden. Die Studiendauer beträgt in der Regel vier Jahre, der Unterricht wird in arabisch und englisch (v.a. in den naturwissenschaftlichen Fächern) erteilt. Er ist stark auf die praktischen Erfordernisse des palästinensischen Befreiungskampfes zugeschnitten, d.h. auf die Ausbildung von Lehrern für die palästinensischen Schulen, von Verwaltungsfachkräften für die Gemeinden wie für die Flüchtlingslager, von Ärzten für das palästinensische Rote Kreuz. Dabei erhalten Forschungen und Untersuchungen zur Geschichte und Kultur der palästinensischen Nation besonderes Gewicht. Die Kämpfe gegen den zionistischen Staatsapparat vom Frühjahr 1979 konnten deshalb eine solche Breite und Wucht entwickeln, weil die Studenten in jeder Phase mit den Volksmassen verbunden waren und von ihnen geschützt wurden. Diese Verbindung findet neben den gemeinsamen Kampfaktionen ihren augenfälligsten Ausdruck in der regelmäßigen Teilnahme der Universitätsmitglieder an Alphabetisierungskampagnen, Ackerbauarbeiten, Hygienemaßnahmen oder in direkt angeforderten Untersuchungen für die Gemeinden und Lager.

Dem Nutzen der Universitäten für das palästinensische Volk entspricht die Heftigkeit der Angriffe der zionistischen Besatzer. Die dabei angewandten Methoden sind die der finanziellen Aushungerung und der ideologischen und politischen Austrocknung. Was heißt das? Zum Beispiel, daß jegliche Einfuhr von Pädagogik- oder Forschungsmaterial mit hohen Zöllen belegt wird, soweit sie überhaupt vom zuständigen Ministerium erlaubt wird. Daß jeder Austausch von Publikationen oder Forschungsergebnissen mit arabischen Universitäten verboten ist, ebenso wie der Kauf von internationalen Publikationen in arabischer Sprache. Daß keine sozialwissenschaftliche Umfrage, keine Ausgrabung ohne Erlaubnis und Kontrolle der Militärbehörden stattfinden kann.

Der Angriff setzt aber nicht erst auf der Ebene der Hochschule an. War die Schulausbildung vor 1967 obligatorisch und kostenlos, werden heute hohe Zahlungen für Einschulung und Examen erhoben. Lehrbücher und Programme sind zensiert, die Schulgebäude verrotten, die Lehrer sind schlecht ausgebildet. 47 Schüler ist die durchschnittliche Klassenbelegung. Die Verhältnisse sollen denen in den seit 1947 besetzten Gebieten angepaßt werden, wo ⅓ der Kinder im schulfähigen Alter keine Schule besucht und ihre Arbeitskraft von Großgrundbesitzern vernutzt wird. Die Schläge der Zionisten gegen die Universitäten sollen Reserven des palästinensischen Befreiungskampfes abschneiden und die nationale Identität der Palästinenser zerstören helfen. Deshalb kämpft das ganze palästinensische Volk für ihre Erhaltung.



Das erste Wort, das die palästinensische Jugend in der Grundschule schreiben lernt, lautet oft: Palästina.

## Ergebnisse der Studentenparlaments- und Senatsastawahlen im Sommersemester

| Hochschule | | Wahlbet. | RCDS | SLH | Rechte Listen | MSB | GO-Listen | SHB | LHV | Jusos | Basisgruppen | Fachs. u. Inst. Gr. | KHG/KSB | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Uni Hamburg | absolut | | 999 | 237 | | 1142 | | 983 | 615 | 1608 | | 26[2] | | 1227[1]/259[35] |
| | Vorj. | | 950 | – | | 1063 | | 900 | 878 | 1641 | | 102 | | – |
| | in % | ca. 25 | 14,0 | 3,3 | | 16,0 | | 13,8 | 8,6 | 22,3 | | 1,1 | | 17,2/3,6 |
| | Vorj. % | | 14,6 | – | | 16,3 | | 13,8 | 13,5 | 25,3 | | 1,6 | | –/– |
| FHSS Hamburg | in % | | | | | 44,1 | | | | 39,1 | | 2,8 | | |
| | Vorj. % | | | | | 42,4 | | | | 20,0 | | – | | |
| Uni Bremen | absolut | | 54 | | | 521 | | | | 293 | | 160[2] | | 55[3] |
| | Vorj. | | – | | | 609 | | | | 341 | | (123) | | – |
| | in % | | 3,6 | | | 48,0 | | | | 19,7 | | 24,2 | | - |
| | Vorj. | | – | | | 68,2 | | | | 19,2 | | – | | - |
| Uni Braunschweig | absolut | | 109 | | | | 257 | | | 54 | | 1864[2] | | 313 |
| | Vorj. | | 91 | | | | 359 | | | 120 | | 2090 | | 150 |
| | in % | | 4,0 | | | | 10,0 | | | 2,0 | | 72,0 | | 12,0 |
| | Vorj. | | 3,0 | | | | 13,0 | | | 4,0 | | 14,0 | | 6,0 |
| PH Braunschweig | absolut | | | | | | 20 | | | 77 | | 179 | | |
| | Vorj. | | | | | | 48 | | | 137 | | 243 | | |
| | in % | | | | | | 7,0 | | | 27,0 | | 63,0 | | |
| | Vorj. | | | | | | 10,0 | | | 29,0 | | 52,0 | | |
| U. Bielef. | in % | | 11,7 | | | 9,2 | 13,6 | | 6,2 | 18,2 | 21,6 | | | 3,9[4] |
| Uni Ddorf | absolut | 4405 | 1207 | | | | 1481[7] | | 121 | 484 | | 649[5] | | 280[3]/89[6] |
| | in % | 38,1 | 29,0 | | | 7,6 | 33,8 | | 2,8 | 11,0 | | 14,8 | | 6,4/2,0 |
| FH Aachen | absolut | 29,1% | 129 | | | 122 | | 576 | | | | | | 79[8]/185[10] |
| GHS Kassel | absolut | | | | | 113 | | 114 | | 296 | 840 | 119[11] | | 29[16] |
| | Vorj. | | | | | 113 | | 86 | | 305 | 728 | 208 | | 89 |
| Uni Gießen | absolut | | 1337 | | 83[12] | 230 | | | 477 | 1461 | 1229 | 137[15] | | 181[13] |
| | Vorj. | | 1536 | | – | 350 | | | 799 | 1498 | 869 | 246 | | – |
| Uni Marburg | absolut | | 933 | | 303[17] | 811 | | | | 942 | | | | 1320[14] |
| | Vorj. | | 968 | | 671 | 1021 | | | | 1051 | | | | – |
| Uni Frankfurt (urg.) | abs. | | 1248 | | 119[20] | 465 | | | 435 | 1268 | 2366 | | 102 | 36[15]/1015[18] |
| | Vorj. | | | | | | | | | | | | | |
| TU Darmstadt | absolut | | 510 | | 761[21] | 117 | | | | 915 | 657 | 128[22] | 28 | 93[23]/115[24] |
| | in % | | 501 | | 580 | 140 | | | | 963 | 775 | | 46 | – |
| Uni Heidelberg | absolut | | 2220 | 1972 | 3396[29] | 1243 | | | | 1462 | 2339[25] | 6453[26] | | 1233[27]/1235[27] |
| | in % | 16,0 | 10,5 | 9,3 | | 5,9 | | | | 6,9 | 11,4 | 30,6 | | 5,8/2,9 |
| Uni Stuttgart | absolut | | 1119[30] | | | | 1929 | | | | | 4683 | | |
| | in % | 13,0 | 13,7 | | | | 23,5 | | | | | 57,1 | | |
| Uni Freiburg | absolut | | 6608 | | 1505 | | 3250 | | 5367 | | | | | 9430[27] |
| | in % | | 25,0 | | 5,8 | | 12,4 | | 20,5 | | | | | 36,0 |
| Uni Tübingen | absolut | | | | 6784[30] | | | | 2039 | | | 15874 | | |
| | in % | | | | 27,5 | | | | 8,3 | | | 64,2 | | |
| Uni Konstanz | in % | | 17,3 | | | | | | | | | 82,5[31] | | |
| Uni Mannheim | absolut | | 3156 | | 2096[33] | | 2411 | | | | | | 244 | 2189[32] |
| | in % | 25,0 | 21,3 | | 20,8 | | 23,9 | | | | | | 2,4 | 22,7 |
| Uni Ulm | absolut | | 1026 | | | | | | | | | 2300 | | |
| | in % | | 31,0 | | | | | | | | | 69,0 | | |

z.sof. 1) Grüne 2) von KHG/KSB unterstützt 3) Undogmatische Pfadfinder 4) Anarchisten 5) Liberale Aktion 6) Die Dollen 7) UG Medizin, Phil. Fak., SHB, MSB 8) Fachschaftsliste 9) Frauengruppe 10) Unorganisierte 11) FB Technik 12) Demokratische Union Gießen 13) Bewaffnete Spaßguerilla 14) Grün, Bunte, Alternative Liste 15) Liste für den Zusammenschluß der Fachschaften und Fachbereichsgruppen (unterstützt vom KSB) 16) Liste für politischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß (unterstützt vom KSB) 17) ADU 18) Giraffen (unabhängig rechts) 19) Trotzkistische Liga Deutschlands 20) Christliche Union 21) Union Darmstädter Studenten 22) Sozialistische Hochschulinitiative 23) Ausländerausschuß 24) Überraschung 25) Lokomotive Chaos 26) Liste für Fachschaften und UStA 27) GEW 28) Grünes Hochschulforum 29) Aktion Demokratische Hochschule 30) RCDS und Unabhängige 31) Liste für UStA 32) Pfälzer Liste 33) SLH und LHV 35) Studenten des KB Hamburg. An den Universitäten in Baden-Württemberg wurden Senatsasten gewählt.

## „Arbeitszeitregelung für Soldaten, die an die Entwicklung im öffentlichen Dienst angepaßt ist."

*z.vol.* 1978 haben 95,1% der Soldaten über 40 Stunden in der Woche regelmäßig gearbeitet, davon 21,5% 40 bis 50 Stunden, 47,4% 50 bis 60 Stunden und 26,2% über 60 Stunden. Nicht erfaßt worden sind bei dieser Erhebung des Verteidigungsministeriums aller mündlich befohlener Dienst, wie z.B. Nachappelle, Überziehen des Dienstplans, bzw. solche Dienste, die „gewohnheitsmäßig" außerhalb der Dienstzeit stattfinden, z.B. das Revierreinigen. Mit der Durchführung der Heeresreform IV in diesem Jahr und der Durchsetzung der Ergebnisse der sogenannten „de-Maiziere-Kommission" wird dieser Raubbau der Arbeitskraft der Soldaten noch ausgedehnt. Die Steigerung der Kampfkraft der Bundeswehr für den imperialistischen Krieg durch die Heeresstrukturreform IV sieht eine durchschnittliche Verkleinerung der Kompanie um ⅓ vor. Das Verwaltungs- und Logistikpersonal der Kompanien wird beseitigt zugunsten der Zusammenfassung in der Stabskompanie des Bataillons. Allerdings fallen die Verwaltungs- und Logistikaufgaben nicht einfach weg. Die geringere Zahl der Soldaten pro Kompanie wird insbesondere bei den sogenannten Zusatzdiensten wie Wache, UvD und GvD, Revierreinigen eine erhebliche Erhöhung der Arbeitszeit bedeuten.

Seit der sprunghaften Steigerung der Arbeitszeit und -intensität durch die Verkürzung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate 1971 haben die Mannschaften, aber auch die Unteroffiziere und Truppenoffiziere die Forderung nach vollem Dienstausgleich und nach Schranken für die Ausdehnung der Arbeitszeit aufgestellt. Selbst der Bundeswehrverband, die Reservistenorganisation des Verteidigungsministeriums, hat Kundgebungen für Dienstausgleich durchführen müssen. Die Gewerkschaft ÖTV, in der Zeit- und Berufssoldaten organisiert sind, hat in ihren „Informationen für Soldaten" gefordert: „Eine Arbeitszeitregelung für die Soldaten, die an die Entwicklung im öffentlichen Dienst angepaßt ist."

Verteidigungsminister Apel hat zur Spaltung dieser Front angesetzt. Im Haushalt 80 hat er eine Pauschale „für zu hohe Dienstbelastung", was mehr als 56 Stunden/Woche bei ihm bedeutet, von 90 DM für Berufs- und Zeitsoldaten und 54 DM für Wehrpflichtige beschließen lassen. Er hat gleichzeitig in der Bundestagsdebatte festgestellt: „Dies ist keine Bezahlung von Überstunden ... die Bundeswehr läßt sich nicht mit dem öffentlichen Dienst vergleichen." Die Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/5, auf die er sich stützt, schreibt vor: „309. Der Auftrag der Bundeswehr verlangt ständige Einsatzbereitschaft; deshalb kann der Soldat jederzeit zum Dienst herangezogen werden ... Einen Ausgleich für Dienst an Sonn- und Feiertagen kann der nächste Disziplinarvorgesetzte gewähren, soweit es dienstlich möglich und im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft vertretbar ist. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht." Diese schrankenlose Verfügbarkeit der Soldaten will Apel gegen die Soldatenbewegung sichern. Zusätzlich zu der Pauschale hat der Generalinspekteur zu Beginn des Jahres einen Befehl zur ZDv 10/5 losgelassen, in dem er auf Spaltungsmöglichkeiten beim Dienstausgleich aufmerksam macht. Schon die Pauschale ist ein gewieftes Spaltungsinstrument: Nicht der einzelne Soldat, der mehr als 56 Stunden arbeitet, erhält sie, sondern nur Einheiten, die regelmäßig mehr als 56 Stunden Dienst tun. Der Schikanierung Einzelner durch Zusatzdienste etc. ist keinerlei Schranken gezogen. Wehrpflichtige erhalten sie während der ersten 6 Monate, wo die Zeitbelastung bei Grund- und Spezialausbildung besonders hoch ist, überhaupt nicht.

während der ersten 6 Monate, wo die Zeitbelastung bei Grund- und Spezialausbildung besonders hoch ist, überhaupt nicht.

Die Mannschaften und Unteroffiziere haben sich in den letzten Jahren einige „Gewohnheitsrechte" beim Dienstausgleich erkämpft: z.B. gibt es Punktsysteme für Dienstausgleich, wo man ab einer bestimmten Punktzahl einen Tag frei kriegt. Oder, in der Fernmeldekompanie 1 /620 war bisher jeder zweite Freitag 6 Stunden eher frei als Ausgleich. Eine erste Unterstützung dieser Kämpfe wäre sicherlich eine Zusammenfassung solcher erkämpfter Rechte, auf die sich die Vertrauensleute stützen können. Weiterhin kann der Vertrauensmann im Rahmen der Fürsorgepflicht (§35 Soldatengesetz) die langfristige Planung von Zusatzdiensten und Ausgleich verlangen, ebenso wie die Aufnahme solcher regelmäßigen Arbeiten wie Revierreinigen in den Dienstplan in der Dienstzeit. Zusammenfassen kann die Soldatenbewegung diese Kämpfe durch stundenmäßige Begrenzung der Tages- und Wochendienstzeit und Ausgleich für alles darüberhinaus. Bisher hat die ÖTV eine solche Festlegung abgelehnt, weil dies dem Auftrag der Bundeswehr widerspreche. Es entspricht aber den Interessen der Lohnabhängigen in der Armee, wenn ihre Arbeitskraft nicht verschlissen wird, insbesondere nicht in Vorbereitung des imperialistischen Kriegs. Eine Regelung wie z.B. im Zivildienstgesetz die Anbindung an den Bundesangestelltentarifvertrag (§32) oder wie sie der Arbeitskreis Wehrpflichtige des DGB in Hamburg vorschlägt, die 40-Stundenwoche, kann die Soldatenbewegung erkämpfen, günstig, wenn dies mit Klärung des imperialistischen Auftrags der Bundeswehr verbunden wird.

## Was soll während des Manövers „Spearpoint" geübt werden?

*r.mid.* Seit 1975 führt die NATO jedes Jahr die Manöverserie „Autumn Forge" durch. Neben großen Marineübungen zur Nordsee- und Atlantiksicherung sowie mehreren Heeresmanövern im gesamten Raum der europäischen NATO mit Schwerpunkt in der Bundesrepublik wird seit Jahren besonderer Wert auf die schnelle Heranführung großer Truppenteile aus den USA im Rahmen des Manövers „Reforger" (Return forces to Germany) gelegt. In den letzten Jahren wurden diese amerikanischen Truppen, deren Geräte in der Bundesrepublik eingelagert sind, direkt an den Landmanövern beteiligt. Die NATO plant im Krisenfalle die Heranführung von 30000 US-Soldaten in 30 Tagen.

Der Schwerpunkt der Manöver der letzten beiden Jahre lag im Einsatz der hochmechanisierten Panzer- und Panzerunterstützungsverbände und der Luftwaffe entsprechend des NATO-Konzeptes der „Vorneverteidigung", wonach eine Verteidigung in einer geringen Operationstiefe von 50 bis 100 Kilometern gelingen soll, von der dann auch ein Vorstoß auf das Gebiet des Gegners möglich sein soll. Diese Konzeption hat allerdings nur eine Realisierungschance, wenn es den westlichen Imperialisten gelingt so schnell wie möglich Truppen aus den USA und Großbritannien nachzuführen, die die mit Sicherheit hohen Verluste der ersten Tage ausgleichen können.

Das Manöver „Spearpoint", das dieses Jahr unter Leitung der britischen Rheinarmee durchgeführt wird, hat als wesentliche Komponente die schnelle Heranführung von 20000 britischen Reservisten mit Schiffen und mit der Bahn. (Manöverbezeichnung „Crusader" = Kreuzfahrer) Zwar sieht die NATO-Planung eine solche Maßnahme schon länger für den Krisenfall vor, aber bisher haben es die westlichen Imperialisten nicht für nötig erachtet, diesen Vorgang zu üben. Das deutet darauf hin, daß sich ihre Lageeinschätzung geändert hat. So schreiben



die Briten in ihrem Weißbuch 79, daß die britische Rheinarmee „einen kritischen Grenzsektor, durch den einer der Hauptstöße des Warschauer Paktes zu erwarten ist," zu verteidigen hat.

An dem Manöver beteiligen sich fünf britische Panzerdivisionen, eine amerikanische Division und eine Panzerbrigade der Bundeswehr. Die Truppen werden in dem Gebiet zwischen den Städten Hannover, Braunschweig und Hildesheim in Stellung gehen. Dieses Gebiet eignet sich hervoragend für großangelegte Panzergefechte. Weder große Waldgebiete noch Erhebungen stehen der Entfaltung der Panzerwaffe entgegen. Die britische Rheinarmee plant alleine den Einsatz von 600 Chieftain Panzern. Die natürliche Grenze des Manöverraumes bilden im Süden die beginnenden Mittelgebirge und im Norden der Mittellandkanal, der mit Sicherheit mit in die Übung einbezogen werden wird.

Ein weiterer Schwerpunkt des Manövers „Spearpoint" wird der Schutz von Industrie- und Militäranlagen vor Sabotage sein. Dieser „Aspekt" wird von Teilen der britischen Rheinarmee regelmäßig in Nordirland „geübt". Nach Angaben der britischen Rheinarmee befinden sich bis zu 4000 Soldaten der Rheinarmee im Bürgerkriegseinsatz in Nordirland. Die Imperialisten üben mit diesem Manöver nicht nur den Krieg mit dem Sozialimperialismus, sondern auch den Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

## Aufruf der amerikanischen Soldatengruppe „FighT bAck" gegen die NATO-Herbstmanöver

*z.gea.* Zwei Aufrufe zum Kampf gegen die Herbstmanöver der NATO hat „FighT bAck" Ende Juni veröffentlicht. „FighT bAck" ist eine Gruppe amerikanischer Soldaten, die in den US-Kasernen in Westdeutschland arbeiten und eine zweimonatige Zeitung gleichen Namens herausgeben, die vor allem in Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe vertrieben wird. Auszüge aus dem Aufruf vom 29. Juni 1980:

Karlsruhe vertrieben wird. Auszüge aus dem Aufruf vom 29. Juni 1980:

„Jeder, der nicht blind ist, sieht, daß beide imperialistischen Blöcke sich immer intensiver auf einen Krieg vorbereiten. Ständig werden neue und zerstörerischere Waffen von beiden Seiten entwickelt. Während der US Kongreß – trotz massenhafter Proteste der amerikanischen Jugend – die Wehrerfassung verabschiedet, drängen die NATO Offiziere auf die Stationierung von Pershing II und die neuen cruise missiles in Europa und Politiker wie Helmut Schmidt vergleichen die heutige Weltlage mit der im August 1914.

Heute, 1980, bereitet die NATO das größte ‚Autumn Forge' Manöver in der Geschichte der Allianz vor.
1) Das Manöver beinhaltet die bisher größte Truppenverschiebung der amerikanischen Reservekräfte von Nordamerika nach Europa. 2) Es ist eine große amphibische Invasion von England auf das europäische Festland geplant. 3) Der Mittelpunkt der Manöver wird die norddeutsche Tiefebene sein, die von den NATO Planern als der wahrscheinlichste Angriffspunkt einer sowjetischen Attacke in Europa eingeschätzt wird, und zudem als die schwächste Stelle innerhalb der NATO Verteidigungslinie angesehen wird.

Verteidigungslinie angesehen wird.

Obwohl wir nicht glauben, daß eine breite Anti-Kriegsbewegung allein den kommenden Krieg verhindern kann, denken wir, daß eine laute und klare Botschaft gegen die imperialistische Kriegshetze ein wichtiger Schritt zum Aufbau einer revolutionären Bewegung ist, die den Krieg verhindern kann. Eine Sache muß verdeutlicht werden: daß diese Herren gezwungen sind, als ein Teil ihrer politischen Vorbereitung für den Krieg, Millionen von Menschen, und zwar genau dieselben die sie tagtäglich ausbeuten und unterdrücken, in die Arena ihrer schmutzigen Machenschaften zu treiben, sie aufzuhetzen, zu morden und zu sterben für einen reaktionären Krieg zur Verteidigung des ‚Vaterlands'.

Aber dadurch werden sich auch uns die Möglichkeit geben, Millionen mit der anderen politischen Botschaft zu erreichen. Und in dieser Situation wird nur eine klare Stellungnahme über die wirklichen Ursachen eines solchen Krieges und ein Aufruf an die Truppen und Völker der Welt, den Machenschaften der Herrschenden zu widerstehen, die Voraussetzung schaffen für eine entscheidende Veränderung des Laufs der Geschichte – entweder vor dem Ausbruch des Krieges oder sogar während des Krieges.

Aus diesen Gründen macht FighT

Aus diesen Gründen macht FighT
bAck, die revolutionäre Stimme der GIs in Europa, diesen Aufruf an Dutzende von anti-militärischen, anti-imperialistischen, revolutionären und fortschrittlichen Personen und Organisationen in ganz Europa und den USA, sich uns anzuschließen, direkten Widerstand gegen die Manöver der NATO in diesem Jahr zu leisten unter den folgenden Parolen: – Kampf dem Herbstmanöver der NATO, der Generalprobe für den III. Weltkrieg! – Nieder mit der NATO! – Nieder mit den US/Sowjet und allen imperialistischen Kriegsvorbereitungen!"

Im Raum Hannover haben sich sechs Gruppen zusammengeschlossen, die gemeinsam mit „FighT bAck" einen Nachrichtendienst herausgeben und zu einem Vorbereitungskongreß vom 22. – 24. August in Hannover gegen die Herbstmanöver aufrufen.

# Sowjetunion verschafft sich Luft- und Flottenbasen in Vietnam

### Gespannte Lage im Südchinesischen Meer / Konfrontation beider Supermächte im Indik

*z.gek.* Alle Anzeichen sprechen dafür, daß in der politischen und militärischen Lage in Ostasien eine neuerliche einschneidende Verschärfung eingetreten ist. Sowohl die VR China als Sprecher der Asean-Staaten, das japanische Verteidigungsministerium und das Oberkommando der 7. US-(Pazifik-) Flotte haben erklärt, sie gingen nunmehr davon aus, daß sich die Sowjetunion in den vietnamesischen Häfen Danang und Cam Ranh regelrechte Militärstützpunkte verschafft habe. Noch mehr: mit dem Abkommen über die Abtretung aller Rechte auf die Exploration und Ausbeutung von Erdgas und Erdöl im vietnamesischen Festlandsockel, das bei dem Treffen zwischen den Staats- und Militärführern der SU und Vietnams am 3. Juli in Moskau unterzeichnet wurde, hat Vietnam zugleich seine Territorialansprüche auf die Xisha- und Nansha-Inseln, die zur VR China gehören, sowie auf andere Inseln, die zwischen Vietnam und Malaysia bzw. Indonesien umstritten sind, bekräftigt. Die VR China hat daraufhin erklärt, ihre Marine „verfolge aufmerksam die instabile militärische Situation im Golf" (Golf von Tonkin oder Südchinesisches Meer), und sei „zu jeder Zeit bereit, es mit Invasoren aufzunehmen".

Die Anlage eigener Militärstützpunkte der Sowjetunion in Vietnam, über die Aufrüstung dieser regionalen Hegemonialmacht selbst hinaus, steht schon auf der festen Grundlage eines außerordentlich raschen militärischen Aufbaus des Sozialimperialismus in Ostasien. Im Lauf der letzten 2 Jahre vor allem sind in monatlich wachsender Zahl Mittelstreckenraketen SS-20 sowie Backfire-Mittelstreckenbomber in den Fernostgebieten der Sowjetunion stationiert worden. Hier hat die Sowjetunion ein Fünftel ihrer Landstreitkräfte, aber ¼ ihrer Luftwaffe und ⅓ ihrer Marine stationiert. Der Konzentrationspunkt des Flottenaufbaus ist eben das südchinesische Meer. Noch vor 2 Jahren kreuzten dort – abgesehen von den Küstenwachen der Anrainerstaaten – fast ausschließlich Kontingente der (nach dem Abzug aus Vietnam von 90 auf 58 Schiffe reduzierten) Pazifik-Flotte der USA, mit den Flugzeugträgern „Nimitz" oder „Coral Sea" als Flaggschiff.

Die sowjetische Pazifikflotte ist ihr – mit dem kleineren aber moderneren Flugzeug- und Helikopterträger „Minsk" und 24 Raketenkreuzern – inzwischen fast gleichwertig; und speziell im Südchinesischen Meer sind regelmäßig 20 – 25 Überwasserschiffe stationiert, was schon bisher nur durch regelmäßiges Anlaufen der vietnamesischen Häfen möglich war. Christel Pilz, die den Vietnamkrieg sozusagen auf der Seite der Amerikaner mitgemacht hat, gibt in der ‚Welt' vom 1.8.1980 folgende neiderfüllte Beschreibung: „Mit Cam Ranh Bay erwerben die Sowjets den besten natürlichen Tiefseehafen Südostasiens. Seine 20 Kilometer lange und bis zu sechs Kilometer breite Bucht wird von einer hügeligen Landzunge so sicher gegen das Südchinesische Meer abgeschirmt, daß der Hafen selbst während der Taifunzeit benutzbar ist. In seiner von weißen Sandstränden umrahmten Bucht können an die hundert Kriegsschiffe ankern. Während des Vietnamkrieges diente Cam-Ranh-Bay als logistisches Hauptquartier der Amerikaner. Das Gelände war eine der geschäftigsten Flotten-, Luftwaffen- und Heeresbasen der Welt. Vor ihrem Rückzug im Jahr 1973 machten die Amerikaner die riesigen Rollfelder und die wichtigsten militärischen Bauten unbrauchbar. Ein Teil der Hafenanlagen, Maschinenhallen, Öltanklager, Truppenquartiere und andere Installationen aber überließen sie ihren damaligen Alliierten in Saigon. Cam-Ranh-Bay und der kleinere, 450 km nördlich gelegene Luftwaffen- und Flottenstützpunkt Danang bieten den Sowjets deshalb nahezu bezugsfertige Basen."

Wer den Pazifik beherrscht, beherrscht im großen und ganzen auch den Indik, in dem sich seit der Iran- und Afghanistan-Krise zwei etwa gleichgroße Flotten beider Supermächte kampfbereit gegenüberstehen. Durch den Indik verläuft die Ölroute, hier ist das direkte Vorfeld des Kampfs um Europa. Gegenüber der äußerst langwierigen Logistik der US-Flotte und -Luftwaffe hat die Sowjetunion schon jetzt den Vorteil, mit der Luftwaffe und Luftlandetruppen vom eigenen Territorium aus agieren zu können (in erster Linie von den Basen der 5 Luftlandedivisionen im Kaukasus); der Vorstoß nach Afghanistan hat zusätzliche Möglichkeiten geschaffen. Die Installation in den vietnamesischen Häfen würde die zwischen Wladiwostok und der Flottenbasis Aden hergestellte strategische Verbindungslinie – mit der Luftdeckung zusammen – fast unzerreißbar machen.

Die US-Imperialisten sind fieberhaft bemüht, ihren ursprünglichen Vorsprung zu verteidigen. 13 Kampfschiffe wurden zu einem „Freundschaftsbesuch" nach Thailand geschickt, Diego Garcia im Indik wird mit 1 Mrd. $ als logistische Drehscheibe hergerichtet; die 7. Amphibische Marine-Brigade in den USA, die erste der geplanten „Eingreiftruppen" für Übersee, ist für kampfbereit erklärt. Mit Ägypten sind intensive Verhandlungen über Luftstützpunkte im Gang. Die Sowjetunion hat verhandelt mit Syrien, dem sogar Mitgliedschaft im Warschauer Pakt angeboten worden sein soll. Beide Supermächte richten sich auf einen Schlagabtausch in dieser Region ein.



Ein 6000 t-Raketenkreuzer der sowjetischen Flotte passiert, begleitet von 7 anderen Kriegsschiffen, die Tsushima-Straße zwischen Japan und Korea, 2.4.1980

## Mexiko: Schwere Verluste für Zitrusbauern durch Importsperre der US-Imperialisten

*z.rül.* Die US-Nahrungsmittelmonopole haben der langen Liste ihrer schmutzigen Tricks gegen die Bauern und Staaten der Dritten Welt in den letzten Monaten ein neues Kapitel hinzugefügt. Leidtragende waren diesmal die mexikanischen Bauern, die im Norden ihres Landes seit etwa 20 Jahren Zitrusfrüchte für den US-Markt anbauen.

Der Vorgang selbst: Ende April entdeckten Beamte des kalifornischen Landwirtschaftsministeriums unter den mexikanischen Zitrusfrüchtelieferungen auf einmal eine Seuche. „Mexikanische" Fruchtfliegen hätten die Früchte verdorben, der Import müsse sofort gestoppt werden. Gesagt, getan. Am 28. April verhängte Kalifornien eine Importsperre für mexikanische Zitrusfrüchte. Der Hauptkonkurrent für die *gerade geernteten* kalifornischen Zitrusfrüchte war aus dem Markt. Ursache der Seuche? *Herkunft?* Kein Wort – bis auf einmal im Juni in Kalifornien selbst die Fruchtfliegen „auftauchten". Am 11. Juli verhängte die mexikanische Regierung nun ihrerseits eine Importsperre für *kalifornische* Zitrusfrüchte. Immer noch keine Reaktion von Seiten der US-Nahrungsmittelmonopole. Die sahen lieber zu, daß sie ihre Ernte loswurden. Erst als die japanischen Imperialisten, einer der Hauptabnehmer kalifornischer Zitrusfrüchte, mit einer Importsperre für *kalifornische* Zitrusfrüchte drohten, begann der tatsächliche Vorgang durchzusickern. Am 28. Juli, nachdem die kalifornischen Zitrusfrüchte verkauft waren und die mexikanischen Bauern den Schaden hatten, gab das kalifornische Landwirtschaftsministerium schließlich die Herkunft der Seuche bekannt: Die Fruchtfliegen seien von Hawaii aus nach *Kalifornien* eingeschleppt worden und hätten sich von dort aus weiterverbreitet. In Kalifornien sei inzwischen ein Gebiet von 340 $km^2$ befallen, das ab sofort unter Quarantäne gestellt werde.



USA: Mexikanische Salatpflücker

## Kalifornien, USA: 2000 Landarbeiter streiken für Lohnerhöhung und gewerkschaftliche Rechte

*z.rül.* Seit mehr als zwei Wochen streiken in Kalifornien 1200 Landarbeiter. Ihre Forderungen: Lohnerhöhung, bessere Arbeitsbedingungen und Anerkennung ihrer Gewerkschaft UFW durch die Kapitalisten. Die vorwiegend mexikanischen Arbeiter werden auf vier riesigen Knoblauch-Plantagen von zusammen 600 Hektar Land ausgebeutet. Obwohl fast alle Arbeiter in der Landarbeitergewerkschaft UFW organisiert sind, erkennen die Kapitalisten bisher ihre Gewerkschaft nicht an, konnten die Arbeiter keinen Tarifvertrag durchsetzen.

Ausbeutung zu elendsten Löhnen und Arbeitsbedingungen, das kenn-

Ausbeutung zu elendsten Löhnen und Arbeitsbedingungen, das kennzeichnet noch heute die Lage der meisten der etwa eine Million Landarbeiter in Kalifornien. Nur etwa 30000 sind in der UFW organisiert und konnten Tarifverträge mit den Kapitalisten durchsetzen. Die übrigen werden zumeist von Sklavenhändler-Firmen als Saisonarbeiter für durchschnittlich 134 Tage im Jahr angeheuert und auf den riesigen Obst- und Gemüseplantagen von Firmen wie United Brands, United Fruits, Del Monte, Coca-Cola oder Nestle ausgebeutet.

Viele der Landarbeiter werden jedes Jahr von „Schmugglerfirmen" illegal aus Mexiko über die Grenze gebracht; nachdem diese ihre „Reisegebühren" eingestrichen haben, werden die Arbeiter von den Kapitalisten zu zehn-, zwölfstündiger härtester Arbeit auf den Feldern gezwungen, für 2 bis 3 $ pro Stunde. Die Kapitalisten pferchen sie in elenden Hütten ein und ziehen ihnen über „Miete" und „Verpflegungskosten" den größten Teil des Lohnes wieder ab. Noch Ende der 60er Jahre wurden auf den Feldern des „sonnigen und reichen" Kalifornien eine Viertelmillion Kinder unter 16 Jahren ausgebeutet.

1971 verdiente ein „Campesino", ein mexikanischer Wanderarbeiter, durchschnittlich 1,48 $ pro Stunde,

1971 verdiente ein „Campesino", ein mexikanischer Wanderarbeiter, durchschnittlich 1,48 $ pro Stunde, weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Industriearbeiterlohns. Seitdem haben die Campesinos große Kämpfe gegen die Kapitalisten geführt, aber ihr Lohnniveau liegt heute nicht viel höher als vor zehn Jahren. Trotz dieser schwierigen Bedingungen haben die Arbeiter auf den Knoblauchfarmen gute Aussichten, die Kapitalisten zu schlagen: Ihr Streik fällt mitten in die Erntezeit, die bestreikten Farmen liefern 90% der US-Knoblauchernte. 800 Landarbeiter auf 15 umliegenden Farmen schlossen sich Ende Juli ihrem Streik an.

## Massive Preiseinbrüche auf dem Weltkaffeemarkt keine Frage von Naturereignissen

*z.ans.* Ende Juli notieren die Börsen den niedrigsten Weltmarktpreis für Kaffee seit vier Jahren. Ein Kaffeeproduzent aus Zaire: Der Preis für Robusta-Kaffee sei „eine Beleidigung für die afrikanischen Bauern", ein „Ausverkauf katastrophalen Ausmaßes". Für einen Großteil der kaffeeproduzierenden Länder ist dieses an zweiter Stelle des Welthandels stehende Produkt wichtigstes Exportgut. Die ersten Kaffeeproduzenten Brasilien, Kolumbien und die Elfenbeinküste realisieren 25%, 70% bzw. 35% ihrer gesamten Exporterlöse über den Kaffeeverkauf.

Die Weiterverarbeitung und der Welthandel werden jedoch durch imperialistische Monopole beherrscht, die somit die Preispolitik bestimmen. In Erwartung möglicher für die Kaffeernte verheerender Frosteinbrüche in Brasilien haben die EG- und US-amerikanischen Röster bei leicht steigenden Preisen im ersten Quartal 1980 große, bis Ende Dezember reichende Lager angelegt: So z.B. die US-Röster 2861000 Sack, 276000 mehr als 1979. Weidlich haben die imperialistischen Monopole dabei davon profitiert, daß Brasilien, um sein Exportziel 1980 zu erreichen, zu Preisanreizen gezwungen war: Ab Dezember Mengenrabatte, ab Februar Senkung der Mindestpreise und der Exportsteuer. Andere lateinamerikanische Länder senkten bereits vorher ihre Mindestpreise.

Als die Fröste in Brasilien Juni/Juli nicht eintreten, Indonesien zudem eine sehr gute Ernte hat, stürzen die Preise rapide. Anfang Juli stoppen die lateinamerikanischen Länder ihre Exporte, die afrikanischen Länder erklären, erst wieder bei steigenden Preisen zu verkaufen. Mit Aufkäufen versuchen die lateinamerikanischen Länder, den Preissturz aufzuhalten. Hämisch ob der geglückten Spaltung der Produzenten vermerkt die „New York Times": Indonesien als „eifriger Verkäufer" nütze diesem Ziel nicht gerade. Mexiko und Venezuela haben für weitere Preisstützungsmaßnahmen jetzt 200 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt.

Die westafrikanischen und die lateinamerikanischen Länder kämpfen für die Erhöhung der Interventionspreise und die Schaffung von Ausgleichslagern. Im Mai haben sich die lateinamerikanischen Länder in Pan Café zusammengeschlossen.



## Kapitalistische Abfall„beseitigung" verwandelt halb Niederlande in eine Gifthalde

*z.sce.* Fährt man von Norden nach Lekkerkerk ein, bietet das Städtchen, noch im Einzugsgebiet von Rotterdam gelegen, mit seinen kleinen Ein- oder Zweifamilienhäusern und den überaus gepflegten, fast schon peinlich sauberen Vorgärten ein Bild wie hundert andere Städte in den Niederlanden auch. Vor allem Angestellte und Beamte, so scheint es, sind hieraus gezogen, um der Enge, dem Gestank, dem Lärm und dem Mietwucher in Rotterdam zu entkommen. In Lekkerkerk-West ist in den letzten Jahren ein neues Wohngebiet entstanden. Heute ist Lekkerkerk-West von seinen Bewohnern evakuiert und durch einen hohen, mit Stacheldraht umspannten Bauzaun vollständig abgeriegelt: Der ganze Stadtteil wurde auf einer einzigen Giftmüllhalde errichtet.

Im April diesen Jahres wurden die Beschwerden der Bewohner über einen immer unerträglicheren Gestank und über faulende Böden und Wände so drängend, daß Regierung und Gemeindeverwaltung endlich eine Untersuchung einleiten mußten: Auf einem Prüfgelände von 50 $m^2$ fanden Bauarbeiter 42 durchgerostete Fässer v.a. mit Toluol (Methylbenzol), Xylol und Äthanol. Die chemischen Giftstoffe, die vorwiegend als Lösungsmittel verwandt werden, hatten Trinkwasser- und Gasleitungsnetze bereits so zerfressen, daß diese sofort abgestellt werden mußten. Hatte die Regierung noch 14 Tage zuvor das Grundwasser für „völlig in Ordnung" befunden, konnte sie nun die Ergebnisse einer neuerlichen Probe nicht mehr verschweigen: Die Giftwerte übertrafen die gesetzlichen Höchstwerte um ein Vielfaches. Nicht nur das Grundwasser, der gesamte Boden erwies sich als dermaßen verseucht, daß 271 Familien in kürzester Frist evakuiert und in Baracken und Wohnwagen am Stadtrand einquartiert wurden.

Wo noch vor wenigen Wochen die Grundschule stand – sie mußte abgerissen werden –, fördert heute ein Bagger schwarzen, schlammigen, übel stinkenden Boden aus mehreren Metern Tiefe zutage und belädt Lastwagen für Lastwagen. Nachdem bereits im Juni die Straßen aufgerissen, Bäu-

tern Tiefe zutage und belädt Lastwagen für Lastwagen. Nachdem bereits im Juni die Straßen aufgerissen,

Bäume und Gärten gerodet worden waren, haben am 4. August Dutzende von Bauarbeiter in Spezialanzügen und mit Gasmasken ausgerüstet damit begonnen, rund 75000 t Erde abzutragen. Mindestens 5000 alte Fässer mit chemischem Abfall werden auf den rund vier Hektar vermutet. Die Giftbeseitigungsarbeiten in Lekkerkerk kosten die niederländischen Lohnabhängigen mindestens 70 Mio. Gulden an Steuern. Die gesundheitlichen Kosten für die knapp 900 Bewohner von Lekkerkerk-West sind noch überhaupt nicht abzusehen.

Erwiesen ist, daß Toluol, das in reichen Mengen gefunden wurde, über die Atemwege das zentrale Nervensystem angreift. Häufig ist Toluol durch Benzol verdreckt, und auch in Lekkerkerk wiesen die ersten Proben Spuren von Benzol auf. Der Kontakt mit Benzol ruft Rauschzustände, Übelkeit, Erbrechen, Reizungen der Haut und der Atemwege hervor, bei chronischer Vergiftung kommt es zu nachhaltigen Leber-, Nieren-, Knochenmark-, Blut- und Gefäßschäden mit möglicher Todesfolge. Eine einzige medizinische Untersuchung hat die Regierung in Lekkerkerk bisher durchführen lassen, angeblich ohne Ergebnis. Weitere Untersuchungen seien „unnötig", erklärt sie; aber die betroffenen Bewohner sind immer weniger bereit, sich beschwichtigen zu lassen. Sie fordern jetzt regelmäßige Untersuchung auf Kosten des Staates, und dies umso dringender, als in der letzten Woche auch noch Spuren des hochgiftigen PCB, dessen krebserregende Wirkung unbestritten ist, und von Fenol, das schwere Nierenschäden hervorrufen und zum Tode führen kann, gefunden wurden.

Verursacht hat die Lekkerkerker Giftmüllhalde ein Rotterdamer Chemiekapitalist, der seine chemischen Abfälle jahrelang auf „freiem Feld" hat abladen lassen. Vor strafrechtlicher Verfolgung ist er sicher: Der Tatbestand der „Verunreinigung" ist nach zwei Jahren verjährt. Ansonsten befindet er sich in zahlreicher Gesellschaft.

Seit den Lekkerkerker Giftmüllfunden sind nämlich mindestens 30 andere Fälle von überwiegend „wilden" Gifthalden aufgetreten, die meisten wurden durch ehemalige Lohnabhängige der verantwortlichen Kapitalisten aufgedeckt. Um nur einige wenige zu nennen: In Utrecht, wo Freitag letzter Woche der fünfte Gift„fund" innerhalb weniger Wochen bekannt wurde, lagerten unter einem Kinderspielplatz in einem öffentlichen Park seit Jahren mehrere zehntausend Liter Toluol, Benzol, Fenol und Schwefelsäure. In Arnhem wurden nach dem Tod von drei Kindern, die auf einem Betriebsgelände gespielt hatten, ebendort radioaktive Abfälle sichergestellt. In Amsterdam fanden sich mitten in einem Wohngebiet u.a. rund 100 Fässer PCB. In einem Rotterdamer Wohngebiet wurden in Boden und Grundwasser hohe Konzentrationen u.a. von Benzol und Toluol entdeckt. Ursache: eine „illegale" Gifthalde. In Oldenzal müssen 10000 $m^3$ verseuchter Erde – uralte Fässer mit einer Chlorverbindung waren durchgerostet – abgetragen werden, angesichts der Kosten von rund 6 Mio. hfl steht die Gemeinde vor dem Bankrott. In Bavel förderte eine von der Gemeinde durchgeführte Untersuchung auf fünf öffentlichen Müllhalden Fässer mit Toluol, auf dreien Fässer mit Benzol zutage. Und, und, und. In fast allen Fällen sind die verantwortlichen Kapitalisten bekannt, bleiben sie unbehelligt, müssen sie nicht einmal für die Kosten aufkommen.

waren durchgerostet – abgetragen werden, angesichts der Kosten von

Der Direktor des Umweltschutzinstituts der Amsterdamer Universität macht keinen Hehl daraus, daß „der Boden in den Niederlanden in den letzten Jahren stark verwahrlost ist". „Soweit die Kosten für die Chemieindustrie betroffen sind, ist klar, daß die Beseitigung von Abfall auf Land die wirtschaftlichste Option darstellt, und tatsächlich wird diese Methode für den größten Teil des Industriemülls in der EG weiterhin angewandt", hatte kürzlich eine von der EG-Kommission organisierte „Europäische Konferenz für Abfallbehandlung" erklärt. Allein in den Niederlanden fallen alljährlich über 1 Mio. t chemischer Abfälle an – aber die einzige große Anlage zur Verbrennung chemischen Abfalls steht „wegen Auftragsmangel" praktisch vor dem Bankrott: „Beseitigung auf Land", einfaches Wegkippen also, kostet die Kapitalisten nur einen Bruchteil von dem, was etwa die chemische Beseitigung sie kosten würde (s. KVZ 26/80, S. 14).

1973 hatte die damalige niederländische Regierung zur „vorrangigen Behandlung" den Gesetzentwurf „Chemische Abfälle" ins Parlament eingebracht. Dort blieb er sechs Jahre. Eine Schranke gegen die bedenkenlose Vernichtung der Erde, gegen die schleichende Zerstörung der Gesundheit der Volksmassen durch Vergiftung ihrer Lebensbedingungen bietet das Gesetz, wie die Bourgeois ganz freimütig zugeben, nicht. Erst vor zwei Monaten hat die Regierung dem Chemiemonopol Bayer die Genehmigung erteilt, seine chemischen Abfälle auch weiterhin in Küstennähe ins Meer zu kippen. Es handelt sich dabei um jährlich 550000 t von zumeist hochgiftigen Stoffen.

handelt sich dabei um jährlich 550000 t von zumeist hochgiftigen Stoffen.



Lekkerkerk: Nachdem Bauarbeiter auf einem Gelände von 50 $m^2$ 42 durchgerostete Giftfässer finden, muß ein ganzer Stadtteil enträumt werden.

### Australische Bergleute streiken gegen Steuererhöhung

*z.mat.Sydney.* Kohlebergleute in Queensland streiken seit sechs Wochen gegen einen Gesetzentwurf zur Besteuerung von Mietzuschüssen. Vor einigen Jahren hatten sie Steuerfreiheit für die Zuschüsse erkämpfen können, die die Bergbaukonzerne zahlen, um in entlegenen Siedlungen genügend Arbeitskraft erhalten zu können. Die Siedlungen folgen dem Abbau der riesigen Kohlevorkommen, ihre Lebensdauer beträgt oft nur 20 Jahre. Da der Gesetzentwurf nahezu alle Einwohner der Siedlungen betrifft, erhalten die Bergleute, deren Gewerkschaft über keine Streikkasse verfügt, Unterstützung nicht nur von anderen Gewerkschaften, sondern auch von Lehrern, Ärzten, Ladenbesitzern und Farmern. 102000 Dollar treffen wöchentlich ein. Als der Finanzminister letzte Woche das Streikzentrum aufsuchte, um den Gesetzentwurf zu bekräftigen, mußte er auf dem Weg zum Auto von zwei Polizisten aus dem Schwitzkasten befreit werden. Die Kapitalisten, die ihre auf Reede liegenden und auf Ladung wartenden Schiffe zählen – inzwischen sind es über 20 –, drängen auf baldige Lösung. Der US-Konzern Utah, größter Bergbaukonzern in Australien, hat von seinen japanischen Kraftwerkskunden Mitteilung erhalten, daß sie sich jetzt nach anderen Lieferanten umsehen würden. Am Mittwoch hat der Minister einen Steuerfreibetrag angeboten, der jährlich vom Finanzamt festgesetzt werden soll. Die Bergleute haben das abgelehnt, weil damit die Grundlage für schrittweisen Abbau des Freibetrags gelegt wird.

### Rumänien schließt Wirtschaftsabkommen mit der EG

*z.anb.* Vorletzte Woche wurden in Bukarest zwei Abkommen zwischen Rumänien und der EG unterzeichnet. Das erste sieht für rumänische Exporte an Industriegütern, die 1/3 des Handelsaustauschs mit der EG ausmachen, Bedingungen wie für Mitgliedsländer des GATT vor, das zweite betrifft die Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission, die die Ausweitung der Kooperation und vor allem Regelungen für die Agrarexporte Rumäniens beraten soll. Bei der Unterzeichnung erklärten sowohl der rumänische Außenminister Burtica als auch der EG-Ratsvorsitzende Thorn, durch das Abkommen seien zwischen der EG und Rumänien Beziehungen des internationalen Rechts hergestellt, die sich auf die Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität, Nichteinmischung, des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz gründeten. Die offiziellen Verhandlungen zwischen der EG und dem RGW ziehen sich hingegen seit Jahren ergebnislos hin. Die Sowjetunion verlangt dabei, offiziell als Hegemonialmacht des RGW anerkannt zu werden. Die westeuropäischen Imperialisten lehnen das ab, sie rechnen sich bei bilateralen Abkommen bessere Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen aus. Die Anerkennung der Prinzipien der internationalen Beziehungen entspricht allerdings diesen Interessen weniger.

### FPolisario erzwingt Abbruch der Phosphatplünderung

*z.pel.* Die spanische Minengesellschaft Fosbucra hat jetzt bekanntgegeben,

# Kuba: Hinter Lohnerhöhung versteckter Angriff auf den Wert der Arbeitskraft

*z.anh.* Zum 1. Juli hat die kubanische Regierung – „zum ersten Mal seit 15 Jahren“ – den Mindestlohn (dieser wird den Landarbeitern gezahlt) von 63 auf 83 Pesos (223,79 DM) und den Höchstlohn (für Betriebsleiter) von 325 auf 450 Pesos (1239,87 DM) erhöht. Die seit der Revolution 1959 eingefrorenen Preise für elementare Reproduktionsmittel wie Nahrung und Kleidung sollen ebenfalls steigen, „doch nicht so stark wie die Löhne und Gehälter. Ziel der Maßnahme – die Steigerung der Produktivität“ (Archiv der Gegenwart, 25.3.1980).

Seit 1960 sind die elementarsten Reproduktionsmittel rationiert. Pro Monat stehen dem Arbeiter u.a. zu: 1 kg Rindfleisch, 2,25 kg Reis, 45 g Speiseöl, 30 g Salz, 4 Päckchen Zigaretten, 1 Zigarre; pro Jahr 1 Hose, 1 Paar Schuhe. Für die rationierten Nahrungsmittel reicht ein Lohn von rund 20 DM. In den staatlichen Betrieben, den Schulen, den Kasernen ist die Kantinenversorgung kostenlos oder zumindest sehr billig. Die Autobusfahrt kostet rund 15 Pfennig. Steuern gibt es nicht. Eine Schachtel Zigaretten aus dem Rationsfonds kostet 20 Centavos (ca. 56 Pf.), wenn die Ration nicht reicht, kann der Arbeiter auf dem „Parallelmarkt“ sich zusätzlich versorgen, zum zehnfachen Preis. Ein mittlerer Angestellter, 40 Jahre, 2 Kinder, verdient mit rund 600 DM also den Gegenwert von 100 Schachteln „frei“ verkauften Zigaretten, in westdeutschem Vergleichsstandard wäre das dasselbe, als ob der Metallfacharbeiter für eine Schachtel Zigaretten 24 DM hinlegen müßte.

Brot, Eier, Kartoffeln und einige Textilien sind inzwischen aus der staatlichen Rationierung genommen und „frei verkäuflich“. Die Tabakbauern, die die 1978 verfügte zwangsweise Einbindung in die Genossenschaften mit Produktionsrückgang beantworten, sollen nach Castros Ankündigung das Recht erhalten, neben den niedrig gezahlten Ablieferungen an den Staat einen Teil ihrer Ernte „frei“ zu verkaufen, so auch die Kleinbauern, die auf insgesamt 20% der 6 Mio. ha Nutzfläche 40% der Gesamtproduktion an Vieh, 50% des Gemüses und 80% des Tabaks und Kaffees erzeugen.

Die jetzt erfolgte Lohnerhöhung macht beim Mindestlohn 31,7%, bei den obersten Gehältern der Staatsbeamten 38,5% aus, letztere verdienten vorher 515% des Mindestlohns, jetzt 542%. Was man von der Reproduktionslage der Arbeiter in der Sowjetunion und den RGW-Staaten kennt, die Spaltung des Marktes in einen noch auf Errungenschaften der revolutionären Arbeiter- und Bauernmacht zurückgehenden staatlichen Markt mit relativ niedrigen Preisen für grundlegende Reproduktionsmittel und einen offiziell geduldeten und geförderten Schwarzmarkt mit extremen Preissteigerungen, nimmt in Kuba besonders scharfe Formen an: ein Plattenspieler kostet 6 durchschnittliche Monatslöhne, ein Kühlschrank 4. Die Wohnung, noch bis Dezember 1978 kostenlos oder zu minimalem Mietzins bewohnbar, kostet jetzt 7–10% des Lohns, weitere Erhöhungen sind angekündigt. Die Begründung im Dezember 78: unglaubliche Faulheit der Arbeiterbrigaden, die zum Wohnungsbau ohne Bezahlung abkommandiert worden waren. Ihre Arbeitsmoral habe nicht mal für 100000 Neubauten im Jahr gereicht. Nun müsse man ihnen Lohn zahlen, das verteuere entsprechend die Wohnungen.

Es geht um die Vorbereitung des neuen Fünfjahrplans 1981–86. Mit seinem Auslaufen 1986 werden 4,3 Mrd. Dollar Schuldenrückzahlung fällig, die die Sowjetunion bei der Aufnahme Kubas in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1972 gestundet hat. Dazu summieren sich noch mal 1,1 Mrd. Dollar, die seit 1976 an Kredithilfe bewilligt wurden. Soweit die RGW-offizielle Seite. Tatsächlich kostet die Sowjetunion das Castro-Regime pro Tag 8 Mio. Dollar, im Jahr rund 3 Mrd.; Waffenhilfe, technische Hilfe, rund 40000 sowjetische und RGW-Experten ... und alles ein Tropfen auf den heißen Stein. Unter der Herrschaft des US-Imperialismus zu 79% ist der Export heute zu 86% auf die Zuckermonokultur gebaut, die aussichtsreiche Beschlagnahmung von 130000 t Nickel, die die Sowjetunion für 1980 ins Auge gefaßt hatte, ist mit stagnierenden 37000 t (6% des Exporterlöse) auf dem Boden der Realität gelandet. Und trotz aller Bruderhilfe durch die sozialimperialistischen Bourgeois erklärte Castro Ende Juli, 1980 würden die Zuckerlieferungen an den RGW um 2 Mio. t reduziert.

2 Mio. t, das ist genau die Quote, mit der Kuba nach dem Internationalen Zuckerabkommen auf den Weltmarkt treten kann. Für den RGW verbleiben damit bestenfalls 5 Mio. t 1980, soviel hat die Sowjetunion 1979 allein importiert. Aber statt der geplanten 10 Mio. t Jahresproduktion für 1980 (die übrigens schon seit 1970 geplant ist) wurde der Planansatz auf 8,5 Mio. t korrigiert. Niemand glaubt, daß ein solches Ergebnis, das nur einmal, 1970, unter Aufbietung aller Reserven an Arbeitskraft erreicht worden ist und von Castro mit einem Rücktrittsangebot beantwortet wurde, weil es immer noch um 1,5 Mio. t unter dem anvisierten historischen Ziel der 10 Mio. t lag, erreicht werden könnte. Mit 30% Verlust muß der Befall weiter Teile der Zuckerrohrpflanzen mit Stammrotfäule, einem Pilz, der den Zuckerertrag reduziert, veranschlagt werden. Im letzten November, dem Aussaattermin für Tabak, fielen 48% der neuen Setzlinge dem Blaupilz anheim. Beide Schädlingsarten gehen auf zerstörtes ökologisches Gleichgewicht der Böden zurück, auf schlechte Durchlüftung, auf Nährstoff- und Mineralienentzug durch übermäßige Düngung, mangelnde Regenerationsphasen bei intensivem Anbau. Das Schlimmste hätte in der Frühphase noch durch sofortigen Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln verhindert werden können. Aber wie die Ersatzteile für die 750 reparaturbedürftigen der 1750 importierten Autobusse blieben die sowjetischen Lieferungen aus.

Unter den Arbeitern und Bauern gärt es; Castro sprach vor einer Kundgebung im April in Havanna drei Stunden lang über die Notwendigkeit, den Kurs herumzureißen, die drohenden Ernteverluste bedeuteten eine enorme Verschärfung der wirtschaftlich bedrängten Lage. Der Schlendrian müsse ein Ende haben. „Utopische Vorstellungen“, wie etwa 1963 und danach propagiert – daß der moralische Anreiz, das Bewußtsein, zur Erzielung vermehrter Arbeitsleistung ausreichend sei – gehörten zu den Fehlern der Vergangenheit. Kuba befinde sich in einer ganz neuen Etappe der Revolution. Produktivität setze offensichtlich materielle Anreize voraus. Deshalb die Lohnmaßnahmen. Und wie um sich den Rücken freizuhalten: die Ernteeinbrüche seien tatsächlich *nicht* einfach „naturbedingt“, so mancher wundere sich über das seltsam zufällige Zusammentreffen ungünstiger Witterung und „anderer Pannen“.

Wenn Castro 1 Mrd. Dollar Mehreinnahmen durch Zuckerverkäufe auf dem Weltmarkt statt Verkauf im Rahmen der RGW-Kooperation vorhat, muß man nicht denken, er wolle auf eigenen Füßen stehen. Dazu reicht der Spielraum längst nicht mehr. Vielmehr geschieht das kaum ohne Einwilligung der Oberherren, sie haben die 1 Mrd. längst beschlagnahmt. Ausbaden sollen die reduzierten Zuckerlieferungen ohnehin die RGW-Mitglieder.

Das Stichwort „Abschöpfung“ der Kaufkraft ist gefallen im Zusammenhang mit der Lohnerhöhungsverordnung. 1978 in 274 Großbetrieben angelaufen, soll die sozialimperialistisch ausgerichtete Reform des Lohnsystems, die die Kennziffer der Nettoproduktion, des produzierten Neuwerts, zur Grundlage der Auszahlung des vollen Lohns macht, jetzt allgemein angewendet werden. Die Betriebe erhalten nur noch Staatskredite mit 6% Zinslast, die sie durch Steigerung des Profits herausholen müssen. Wo früher das Wertprodukt Maßstab war, also auch durch extensive Steigerung des Produktionsausstoßes Lohnfondsausweitung möglich war, soll nun die Auszahlung des Lohns an die Steigerung des Mehrwerts gebunden werden.

Auf dem Warenmarkt wird die Bilanz im stofflichen Umfang der Reproduktionsmittel aufscheinen: nachdem auf den Druck der Arbeiter hin im Plan 1976–80 die Produktion von Konsumgütern gesteigert worden ist, während diese in den 60er Jahren schlicht fehlten durch den absoluten Vorrang der Akkumulation in der Schwerindustrie, werden diese Konsumgüter jetzt zugänglich nur durch gesteigerte Verausgabung von Arbeitskraft. Der Form nach Erhöhung des Preises der Arbeitskraft, verbirgt sich hinter den Lohnerhöhungen dem Inhalt nach Senkung ihres Werts unter die Reproduktionskosten. Die gleichzeitige stärkere Anhebung der oberen Gehälter sichert den Staatsbeamten den gewohnten gehobenen Konsum.





In den Tabakfabriken ist jetzt in Massenumfang Kurzarbeit eingeführt, die Ernte durch Schädlingsbefall zu 13% vernichtet. – Gegen massiven Widerstand der Landarbeiter, der auch von der Einheitsgewerkschaft CTC aufgegriffen werden mußte, sind seit 1970 50% der Zuckerrohrschnitter wegrationalisiert worden.

## Befreiungsbewegung Westirians bietet indonesischer Regierung Verhandlungen an

*z.mat.Sydney.* Im Juli hat sich der Führer der Bewegung Freies Papua (OPM) Martin Tabu zu Gesprächen mit der indonesischen Regierung über Lösungen des Westiriankonflikts in Jakarta aufgehalten. Seit fast 20 Jahren führt OPM einen bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit von Indonesien. Das Problem ist ein Erbe holländischer Kolonialherrschaft, und die Lage ist kompliziert. Westirian ist der indonesische Name für den Westteil Papuas. Die heutige Grenzziehung wurde 1824 von Großbritannien und Holland festgelegt, als diese sich über die Aufteilung in das heutige Malaysia und Indonesien verständigten. Während Holland die Eroberung Indonesiens schnell vorantrieb, konnte es in Westpapua seine Herrschaft nur langsam ausdehnen. Nach dem von der Kommunistischen Partei Indonesiens geführten erfolglosen Aufstand von
geführten erfolglosen Aufstand von
1926/27 benutzte es die Insel zur Errichtung von Konzentrationslagern. Erst nach 1950 begann es, ins Innere von Westpapua vorzustoßen.

Die Erfahrungen von 1927 führten zu einem Aufschwung der nationalen Einigungsbemühungen. Ein entscheidender Schritt war dabei die Ersetzung der zahlreichen Sprachen durch die aus dem Malayischen entwickelte heutige Nationalsprache Bahasa Indonesia, die von der bürgerlichen nationalen Partei Sukarnos ab 1927 propagiert wurde. Als Sukarno nach dem Abzug der japanischen Invasionstruppen 1945 die unabhängige Republik Indonesien ausrief, umfaßte das Staatsgebiet die gesamte ehemalige Kolonie einschließlich Westpapua. Britische und bald wieder holländische Truppen versuchten, die Republik zu zerschlagen, und besetzten 1948 die Hauptstadt. Ein Jahr später mußte Holland seine Herrschaft endgültig aufgeben, konnte aber die Herrschaft über Westpapua aufrecht erhalten.

Sukarno bemühte sich erfolgreich, mit der Festigung des Nationalbewußtseins die gewonnene Unabhängigkeit zu stärken. Die Forderung nach Befreiung Westpapuas fand dabei im ganzen Land Unterstützung. 1962 mußte Holland Westpapua an Indonesien übergeben, wobei eine spätere Volksabstimmung über den endgültigen Status entscheiden sollte. Sukarnos Furcht, die Gewährung besonderer Rechte an die papuanischen Völker könnte den nationalen Zusammenschluß gefährden, veranlaßte ihn jedoch zum Verbot der Flagge und Hymne Westpapuas und zur Unterdrückung der papuanischen Sprachen. Neue Qualität gewannen diese Widersprüche aber erst mit dem blutigen Putsch Suhartos 1965. Suharto ließ Zigtausende malayischer Siedler in das Land strömen. Papuanische Re-
in das Land strömen. Papuanische Re-
gierungsvertreter ersetzte er durch malayische Beamte, mit deren Hilfe er 1969 eine „Abstimmung“ durchführen ließ, von der die Papuaner faktisch ausgeschlossen waren. Die derart „legitimierte“ Herrschaft nahm damit die Form einer Fremdherrschaft an, mit der die Imperialisten freie Bahn erhielten für die Plünderung der Holz- und Mineralreichtümer.

Im vergangenen Jahr hat OPM ihre Struktur gestärkt und ein einheitliches Oberkommando geschaffen als Grundlage für den Aufbau befreiter Gebiete. Aus dieser Position der Stärke ist OPM jetzt bereit, über Selbstbestimmung innerhalb des indonesischen Staates zu verhandeln. Das Recht auf Abtrennung ist damit nicht aufgegeben, doch ist die Hauptaufgabe die Beendigung der Plünderung durch die Imperialisten. Solange Suharto dazu nicht bereit ist, wird der Kampf als Kampf gegen Fremdherrschaft geführt werden müssen.

daß sie die Phosphatförderung in Bou-Craa auf dem Territorium der Demokratischen Arabischen Republik Sahara „einfriere“ und lediglich 70 Arbeiter zur Wartung der Anlagen zurücklassen. Aufgrund der dauernden Angriffe der FPolisario auf Transportbänder, Elektrizitätsversorgung und Produktionsanlagen sei die Geschäftsgrundlage des mit Marokko abgeschlossenen Vertrages nicht mehr gegeben und eine profitliche Produktion unmöglich. Fosbucra hatte 1973 mit der Phosphatförderung in dieser größten Abbaustätte der Welt unter freiem Himmel begonnen und schon 1974/75 aus der Ausbeutung von 1700 Arbeitern einen Profit von 1,3 Mrd. Pesetas (78 Mio. DM) gezogen. In der Erwartung, 10 Mio. t Phosphat 150 Jahre lang fördern zu können, ließen die spanischen Kapitalisten von Krupp eine Transportanlage errichten, die stündlich 2000 t des Erzes mit einer Geschwindigkeit von vier Metern/Sekunde zur Verschiffung ans Meer transportieren sollte. Nach Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch das saharauische Volk war bald Schluß mit den Profitträumen. Nach eigenen Angaben will die Fosbucra seit 1976 10 Mrd. Pesetas (600 Mio. DM) Verlust gemacht haben. Marokko, seit Annektierung der Westsahara weltgrößter Phosphatexporteur und Anteilseigner der Fosbucra, verliert wichtige Einnahmen für seine Kriegskasse.

### Rhodes vom Sockel



*z.aml.Salisbury.* Unter großer Begeisterung der Zuschauer wurde am 31. Juli in Salisbury die Statue von Cecil Rhodes aus der Öffentlichkeit entfernt. Die nach einem der ersten Kolonisten benannte Jameson Avenue heißt jetzt Samora-Machel-Avenue.

### Begeisterter Empfang für Samora Machel in Zimbabwe

*z.aml. Salisbury.* „Heute sind wir aus Mozambique hier, um dem Volk von



Zimbabwe mitzuteilen: Wir sind unabhängig!“, erklärte Präsident Machel am Donnerstag den 50000 Zimbabwern im Rufaro-Stadion, Salisbury die Rolle, die der Befreiungskrieg des Volkes von Zimbabwe für sein Land gespielt hat. Zuerst hatte Genosse Mugabe ihm und dem Volk von Mozambique gedankt, da durch „den großen Sieg über den portugiesischen Kolonialismus es möglich war, den Kampf Mozambiques in den Kampf Zimbabwes zu verwandeln durch Erleichterung seines eigenen nationalen Kampfes.“ Der fünftägige Staatsbesuch Machels war ein einziges großes Volksfest, bei dem sowohl die Führer beider Staaten als auch die Massen zum Ausdruck brachten, daß Zimbabwe und Mozambique in Zukunft weiter zusammenarbeiten wollen und sich „gegen die gemeinsamen Feinde gemeinsam verteidigen wollen“. Der Staatsbesuch wurde abgeschlossen mit Kooperationsverträgen auf den Gebieten Finanzen, Telekommunikation, Information, Transport, Energie und Handel, die Teil des Konzepts wirtschaftlicher Zusammenarbeit im südlichen Afrika sind.

### Bologna 6.8.: „Der Faschismus wird nicht zur Macht kommen!“

*z.ans.Rom.* Am 2. August verübten Neofaschisten im Bahnhof von Bologna den größten Bombenanschlag der italienischen Nachkriegsgeschichte, durch den 79 Menschen getötet und über 200 verletzt wurden. Sie verfehlten ihr Ziel, „unter den Massen ein Gefühl der Ohnmacht, ein Gefühl der absoluten Fügsamkeit auszulösen“. Die italienischen Gewerkschaftsbünde rufen für Montag zu einem zweistündigen Generalstreik in ganz Italien auf. In der Emilia Romagna streiken die Arbeiter vier Stunden lang. An vielen Orten finden Fabrikversammlungen und große antifaschistische Demonstrationen statt. Über 70000 demonstrierten in Bologna. Zur Trauerfeier für die Opfer des faschistischen Massakers kommen mehrere Hunderttausende in Bologna zusammen. „Der Faschismus wird nicht zur Macht kommen!“ In diesem Ruf fassen die Massen auf dem Piazza Maggiore in Bologna ihren Protest und ihre Erfahrung aus dem antifaschistischen Widerstand zusammen. Sie erteilen damit zugleich der Regierung eine Absage, die die Trauerfeier zur Schmiedung der großen nationalen Einheit über alle Klassen hinweg und als Waffe im Klassenkampf nutzen wollte. In einer Erklärung „an alle sozialen Kräfte“ hatte sie ihre Absicht erklärt, „mit der größten Bewußtheit und Energie ihre Rolle als politische Führerin im Interesse der nationalen Gemeinschaft wahrzunehmen“. Senatspräsident Fanfani kurz nach dem Generalstreik: „Gerade dies war der Moment, diese Art der Anwesenheit der Gewerkschaften im Leben des Landes zu vermeiden“.







Eine nächtliche illegale Gewerkschaftsversammlung von Landarbeitern in Warwickshire, um 1830. 1834 ließ die Regierung sechs Landarbeiter aus Dorchester wegen Gründung einer Gewerkschaftsgruppe verhaften und schickte sie für sieben Jahre in eine Sträflingskolonie. Bild Mitte: Massendemonstration des damaligen Gewerkschaftsverbandes für die Freilassung der sechs Landarbeiter, London 1834. Bild rechts: Nach fünf Wochen Streik setzten die Londoner Hafenarbeiter im September 1889 ihre Forderung nach einem Stundenlohn von sechs Pence und acht Pence für Überstunden durch. Die Hafenarbeiter, die bis dahin fast alle nicht organisiert waren, bauten in diesem Streik ihre Gewerkschaft auf. Im November hatte sie bereits 30000 Mitglieder.

## Die Labour-Partei: Klammerung der Gewerkschaften an das bürgerliche Parlament

*z.mif.London.* Die englische „Labour Party", „Partei der Arbeit", ist im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands keine reformistisch gewordene revolutionäre Arbeiterpartei. Sie wurde von der englischen Gewerkschaftsbewegung Ende des 19. Jahrhunderts gegründet, die sich auf dem Boden des Parlaments ein eigenes Sprachrohr schaffen wollte. Auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes TUC 1899 bekam eine entsprechende Resolution der Gewerkschaft der Bahnbediensteten, die vor allem ungelernte Arbeiter organisierte, nur eine knappe Mehrheit, viele Delegierte enthielten sich. Bisher hatten die Führer der alten Facharbeitergewerkschaften sich in Parlamentsfragen mit der Liberalen Partei arrangiert, und noch mehrere Jahre nach Gründung der Labour Party fand die Aufstellung der Kandidaten in Absprache mit den Liberalen statt. 1900 als „Labour Representation Committee" („Komitee zur Vertretung der Arbeit") gegründet und 1906 bei der Umbenennung in „Labour Party" hatte die Partei bis 1918 kein Programm, sondern nur eine statuarische Regelung über die Zusammensetzung des Vertretungskomitees und die Aufbringung der Beiträge über die Gewerkschaften. Sieben Sitze im Komitee hatten die Gewerkschaften, die restlichen fünf die „sozialistischen Gesellschaften": Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party I.L.P), Sozialdemokratische Föderation S.D.F. und die Gesellschaft der Fabier.

Insbesondere die neuen Gewerkschaften, in denen sich die ungelernten Arbeiter organisierten, hatten auf selbständiges Auftreten der Arbeiterbewegung im Parlament unabhängig von den Liberalen gedrängt. Sie forderten bereits 1893, nur solche Kandidaten zu unterstützen, die für „kollektives Eigentum und Kontrolle über die Mittel der Produktion, Verteilung und des Tausches" eintreten. Die Gründung der Labour Party war ein Fortschritt, in dem sich nach Jahrzehnten der politischen Versumpfung der englischen Arbeiterbewegung neu die Erkenntnis der Notwendigkeit selbständiger Klassenpolitik ausdrückte. Darum hat Lenin 1908 die Aufnahme der Labour Party in die Internationale unterstützt. Lenin schreibt in seinem Artikel „Die Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros": „Daß die englische ‚Labour Party', indem sie *im Parlament* (nicht bei den Wahlen! nicht in ihrer ganzen Politik! nicht in ihrer Propaganda und Agitation!) sich von den bürgerlichen Parteien absondert, den ersten Schritt zum Sozialismus und zur Klassenpolitik proletarischer Massenorganisationen hin tut – das ist unbestreitbar ... Das ist gerade die Tatsache, die uns veranlaßt, die ‚Labour Party' in die Internationale aufzunehmen, da wir schon die Trade-Unions aufgenommen haben."

1906 brachte die Labour Party 29 Kandidaten durch und erhielt 323195 Stimmen. Die Fraktion konstituierte sich als „Parlamentarische Labour Party" mit eigenem Vorsitzendem, und bereits ein Jahr später erklärte dieses Gremium sich unabhängig von Beschlüssen der Labour Party. Später erreichte die „parlamentarische Partei" die Verankerung des Rechts auf Mißachtung von Parteibeschlüssen durch eine „Gewissensklausel" in der Geschäftsordnung. Der Kompromiß der Parteigründung ohne programmatische Festlegung auf den Klassenkampf hatte sich zur Herrschaft der bürgerlichen Strömung gemausert. In der losen Organisationsform der Gleichberechtigung von Gewerkschaften und politischen Gruppierungen konnten die Arbeiter Korrumpierung und Opportunismus der Parlamentsfraktion nicht zügeln.

Die britische Bourgeoisie nutzte ein weiteres Instrument zum Kauf der Labour-Parlamentarier: die Parteifinanzen. 1909 erkannte das Oberste Gericht, eine politische Aktion sei im Gewerkschaftsgesetz von 1876 nicht zugelassen, Geldbeiträge der Gewerkschaften an die Partei mithin illegal. 1913, in Vorbereitung der Einbindung der Labour Party in das Kriegskabinett, wurde dieses Urteil durch Reform des Gewerkschaftsgesetzes aufgehoben; künftig hatten die Gewerkschaftsmitglieder das Recht auf Austrittserklärung aus der Partei. Nach dem verlorenen Generalstreik von 1926 erklärte die Tory-Regierung den individuellen Parteieintritt durch die Gewerkschaftsmitglieder für notwendig, bis 1946 war diese Regelung in Kraft. Auf das Wachstum und die Finanzen der Labour Party haben diese gesetzlichen Regelungen erhebliche Wirkung gehabt.

| Jahr | Einzelmitglieder | Gewerkschaftsmitglieder | Gesamtmitglieder |
|---|---|---|---|
| 1900 | – | 353070 | 375931 |
| 1910 | – | 1394403 | 1430539 |
| 1920 | * | 4317537 | 4359807 |
| 1930 | 277211 | 2011484 | 2346908 |
| 1940 | 404124 | 2226575 | 2571163 |
| 1950 | 908161 | 4971911 | 5920172 |
| 1960 | 790192 | 5512688 | 6328330 |
| 1970 | 680191 | 5518520 | 6222580 |
| 1976 | 659058 | 5800069 | 6459127 |

* nicht erfaßt

Nicht aufgeführt, aber in der Gesamtsumme enthalten sind die Mitglieder der Genossenschaften und sozialistischen Gewerkschaften. 1976 waren 54 Gewerkschaften der Labour Party angeschlossen. Die zehn größten Gewerkschaften hatten über vier Millionen Stimmen, davon die AUEW und die TGWU je etwa eine Million. Nimmt man den Zeitpunkt 1946, wo die Parteimitgliedschaft nur durch Eintrittserklärung zustandekam, als Maßstab, so wird aber deutlich, daß nicht diese Gewerkschaften, sondern die alten Facharbeitergewerkschaften weiterhin den festesten Stamm der Labour Party bilden. Damals waren bei den Gewerkschaften der Bahnangestellten und Bergarbeiter 83 bzw. 77% der Gewerkschafter Parteimitglieder, bei der TGWU nur 37%.

Die enge Bindung der Gewerkschaften an die Labour Party setzt diese Partei heute immer noch instand, die Kämpfe der Arbeiter und der Volksmassen weitgehend aufzusaugen und zu dämpfen. Nachdem die Labour Party an der Regierung (Tätigkeit der Parlamentarischen Partei) vor zwei Jahren die Trident-Atomraketen grundsätzlich befürwortet hatte, beschloß kürzlich aus der Opposition heraus der Parteivorstand, zu einer großen Demonstration gegen die Trident-Beschaffung durch die Tories aufzurufen. Jedesmal aber auch, wo die Labour Party an der Regierung war – 1945–51, 1964–70, 1974–79 –, ist sie durch die praktische Erfahrung der Arbeiterbewegung mit der reformistischen Politik in eine tiefe Krise geraten.

## England: Mühsame Versuche der Gewerkschaftsbewegung, die Spaltung von 130 Jahren zu überwinden

*z.hef.London.* Mehr als 54% der Lohnabhängigen in Großbritannien sind Mitglied einer Gewerkschaft, etwa 10% mehr als in Westdeutschland. Zur gleichen Zeit ist die Bewegung, die eine so hohe Organisierung erreicht hat, merkwürdig zersplittert. Zwar hat der Gewerkschaftsbund TUC mehr als 12 Mio. Mitglieder, aber es gibt in fast jedem Betrieb mehr als eine Gewerkschaft und innerhalb der Gewerkschaft wieder mehrere sehr selbständige Abteilungen. Als die Times-Arbeiter im letzten Jahr streikten, gab es bei etwa 4000 Belegschaftsmitgliedern mehr als 45 Gewerkschaften und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, mit denen die Kapitalisten jeweils separat verhandelten. Kein Betrieb der Automobilindustrie, in dem nicht mindesten fünf der größeren Gewerkschaften vertreten sind.

Diese Aufsplitterung hat schwerwiegende Folgen für die Kampfkraft der Arbeiterbewegung. Ihre Wurzeln liegen in der komplizierten Geschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung.

In England, wo die Bourgeoisie als erste auf der Welt im großen Maßstab die ländlichen Heimarbeiter, Bauern und zünftigen Handwerksgesellen zu Lohnarbeitern machte, bildete das Proletariat früh Klassenorganisationen gegen die Ausbeuter. Erste Berichte über Vereinigungen der Arbeiter stammen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. 1721 beschweren sich die Londoner Schneidermeister in einer Petition an das Parlament über die Gesellen, „7000 an der Zahl", die „vor kurzem eine Vereinigung zur Erhöhung der Löhne gebildet haben und die Arbeitsstätte jetzt eine Stunde früher verlassen ..., und sie haben bedeutende Geldsummen gesammelt, um sich gegen alle Verfolgungen zu erwehren." Das Parlament verbot die Schneidergesellen-Vereinigung und legte einen Lohn per Gesetz fest, aber die Vereinigung blieb bestehen, was man an der mehrfachen Erneuerung des Verbots sieht.

Diese ersten Vereinigungen waren kurzlebig, ständisch und auf lokale Gewerke beschränkt. Bekannt sind Vereinigungen der Weber, Drucker, Zimmerleute. Sie waren den Kapitalisten aber schon bedrohlich genug. Auf entsprechende Petitionen verbot das Parlament eine Vereinigung nach der anderen. Aber auch das Verbot aller Gewerkschaften 1799 und 1800 konnte das Bestehen der Gewerkschaften zwar illegalisieren, aber nicht verhindern, und mußte 1825 aufgehoben werden.

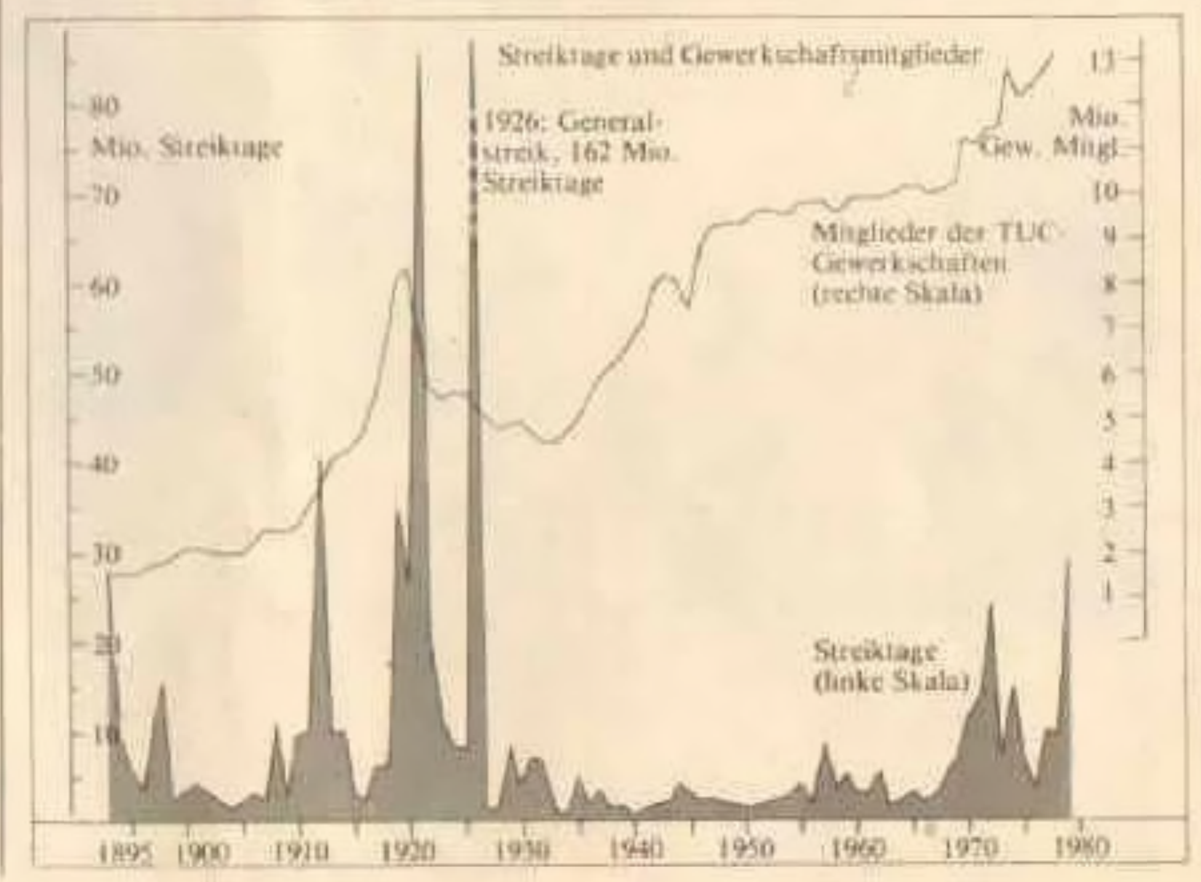
Das ungeheure Wachstum der Industrieproduktion infolge der „industriellen Revolution" machte einerseits die Organisationen der Arbeiterklasse notwendig und andererseits möglich. Mit der Aneignung des bisherigen Gemeindelandes trieben die Grundbesitzer Millionen vom Land. Wenn sie nicht in das schnell wachsende Landproletariat absorbiert wurden, sog das Kapital sie in die aufschießenden Industriestädte. Arbeitszeiten von 18 Stunden am Tag, Kinderarbeit und die elendesten Löhne, das waren die Bedingungen für die meisten Arbeiter, die, in reichlichem Angebot für die Kapitalisten vorhanden, ebenso schnell wieder entlassen wie eingestellt werden konnten. Unter diesen Arbeitermassen gab es bald erste Organisationsformen. Aber sie waren meist kurzlebig, weil sie von den Kapitalisten ohne Probleme durch andere Arbeiter ersetzt werden konnten. Bestehen blieben die Organisationen der Handwerker, deren ausgebildete Arbeitskraft weiterhin von den Kapitalisten benötigt wurde, und der Arbeiter, die wie die Maschinenbauer entsprechende Ausbildung hatten und seltener waren. So bildeten 1833 z.B. die Steinmetze mit sechs anderen Baugewerken (aber ohne die Bauhilfsarbeiter) eine Gewerkschaftsvereinigung, und 1826 entstand die „Vereinigung der Gesellen im Dampfmaschinenbau" in Manchester. Die anderen Arbeiter führten ihre Kämpfe wie z.B. den Landarbeiteraufstand 1830 mit spontan gebildeten Organisationen, die sich ebenso rasch wieder auflösten. Ein erster *einheitlicher* Arbeiterverband, in dem z.B. auch Landarbeiter Mitglied wurden, wurde 1834 nach einer erfolglosen Kampagne gegen die Deportation der sechs Landarbeiter von Dorchester (wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft) von den Kapitalisten besiegt und aufgelöst. Die örtlichen und bezirklichen „Trade Clubs", die Facharbeitervereinigungen, blieben bestehen.

In der politischen Bewegung für das allgemeine Wahlrecht, der „Chartistenbewegung" von 1827 bis 1848, waren viele Arbeiterführer tätig, aber die Gewerkschaften bzw. Trade Clubs spielten als Organisationen keine Rolle. Im Gegenteil, während die Mehrheit der Arbeiterklasse die revolutionäre Chartistenbewegung kontinuierlich und enthusiastisch unterstützte, schwankten die Gewerkschaftsvereinigungen bei entscheidenden Gelegenheiten.

Mit dem Scheitern der Chartistenbewegung an ihrer politischen Beschränktheit und an der staatlichen Unterdrückung waren die Gewerkschaften die einzigen Organisationen der Arbeiterklasse. Aber sie waren eben beschränkt auf einen kleinen Teil der Arbeiter, die „skilled workers" oder „craftsmen", also die Facharbeiter.

1851 gründeten Mitglieder der Dampfmaschinenbauer-Vereinigung und andere Trade-Clubs die „Vereinigte Gesellschaft der Ingenieure, Maschinisten, Schmiede, Maschinenbauer und Modellbauer", die Vorläuferorganisation der heutigen AUEW. Ein Jahr nach Gründung hatte sie bereits 12000 Mitglieder. Nicht-Facharbeiter waren per Statut ausgeschlossen, und hohe Mitgliedsbeiträge sorgten für weitere Exklusivität. 1852 verlor die Gewerkschaft ihren ersten Streik, den sie gegen die Ausdehnung der Zahl von ungelernten Arbeitern und die damit verbundene Lohnsenkung führte. Zwar verlor sie zunächst viele Mitglieder, aber nach kurzer Zeit stieg ihre Mitgliederzahl wieder. Nach und nach erkannten die Kapitalisten die Gewerkschaft an und verhandelten mit ihr. Nach dem Vorbild dieser Gewerkschaft wurde eine Reihe von Facharbeitergewerkschaften gebildet, so die der Baufacharbeiter, der Zimmerleute, der Töpfereiarbeiter, der Glasmacher usw. Diese Vereinigungen konnten erhebliche Lohnerhöhungen für ihre Mitglieder durchsetzen. 1860 gründeten sie den Londoner Gewerkschaftsbund und 1868 den zentralen Gewerkschaftsbund TUC.

Die Masse der Arbeiter war aber weiterhin weder organisiert noch von der Gewerkschaft vertreten. Engels schrieb 1885 über die Gewerkschaften: „Ihre Lage hat sich zweifellos seit 1848 merkwürdig verbessert; der beste Beweis dafür ist, daß seit mehr als 15 Jahren nicht nur ihre Beschäftiger mit ihnen, sondern auch sie mit ihren Beschäftigern äußerst zufrieden gewesen sind. Sie bilden eine Aristokratie in der Arbeiterklasse; sie haben es fertigge-













Generalstreik 1926: Zur Unterstützung von einer Million Bergarbeitern, die gegen eine Lohnsenkungsforderung der Kapitalisten streikten, rief der Gewerkschaftsbund TUC 1,5 Mio. Arbeiter im Transportwesen, bei Eisen und Stahl und Druck sowie nach einer Woche in Maschinenbau und Schiffbau in den Streik. Der Streik endete nach neun Tagen mit einer schweren Niederlage der Arbeiterbewegung. Bild oben: Arbeiter halten einen Streikbruch-Lieferwagen an. Unten: Die britische Bourgeoisie ließ ihre Villen und Paläste mit Panzern bewachen. Bild Mitte: Streik im öffentlichen Dienst gegen die Niedriglöhne, für einen Mindestlohn von 60 Pfund in der Woche (1979). Rechts: Solidaritätsdemonstration in Wales für den Stahlarbeiterstreik, 1980.

bracht, sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen, und diese Lage akzeptieren sie als endgültig ... Aber was die Masse der Arbeiter betrifft, so steht das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit für sie heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger als je."

Möglich war diese „verhältnismäßig komfortable Lage" einer dünnen Schicht der englischen Arbeiterklasse aufgrund der Extraprofite, die die Bourgeoisie aus der Aussaugung des riesigen Kolonialreichs und aus ihrem Industriemonopol zog. Damit war sie in der Lage, diesen Teilen der Arbeiterklasse gegenüber nachzugeben und sich die Zustimmung und Unterstützung der Kolonialpolitik und der Kriegspolitik zu erkaufen.

Erst in den siebziger und achtziger Jahren gelang es den ungelernten Arbeitern, eigene Organisationen aufzubauen. 1871 wurde die Landarbeitergewerkschaft gegründet, 1873 hatten sie 1000 Gruppen mit 73000 Mitgliedern (von 1,5 Mio. Landarbeitern). Organisationen der Gas-, Eisenbahn-, Hafen- und Bauhilfsarbeiter entstanden. Der Kampf für den Achtstundentag 1888 und 1889 und der Hafenarbeiterstreik stärkte diese „neue" Gewerkschaftsbewegung. Niedrige Beiträge und eine breite, teilweise revolutionäre Massenagitation machten eine schnelle Organisierung von Millionen möglich, darunter auch erstmals Frauen in größerer Zahl. Die meisten dieser Gewerkschaften organisierten weit über ihr Herkunftsgebiet hinaus und führten das Wort „General" (allgemein) im Namen. So entstanden die unmittelbaren Vorläufer der heutigen „Transport and General Workers Union" (Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft) oder der „General and Municipal Workers Union" (Allgemeine und and General Workers Union" (Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft) oder der „General and Municipal Workers Union" (Allgemeine und Gemeindearbeitergewerkschaft).

Obwohl die revolutionäre Arbeiterbewegung in den „neuen" Gewerkschaften stärker war, gelang es ihr weder, die beherrschende Stellung des Sozialchauvinismus und Opportunismus über die Arbeiterklasse zu brechen, noch Fortschritte zu machen in der einheitlichen Organisierung des Kampfes um den Lohnstandard gegen die Kapitalisten. Stattdessen gibt es, trotz eines „einheitlichen" Gewerkschaftsverbandes, bis heute erbitterte Streitigkeiten zwischen Facharbeitern und ungelernten Arbeitergewerkschaften.

1894 hatten die 1314 Gewerkschaften 1,53 Mio. Mitglieder. 1951 gab es noch 704 Gewerkschaften mit 9,48 Mio. Mitgliedern. 1979 hatte der TUC 112 Mitgliedsgewerkschaften mit 12,13 Mio. Einzelmitgliedern. Nach einer Krise in den zwanziger Jahren gelang es den Gewerkschaften, ihre Mitgliedschaft erheblich auszudehnen, vor allem auf bisher unorganisierte Schichten, wie z.B. die Teilzeitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst.

Daß es heute weniger Gewerkschaften gibt, heißt nicht, daß die Spaltungsgräben zwischen den zwei Flügeln der Arbeiterbewegung, den „neuen" und „alten" Gewerkschaften, nicht mehr bestehen. Die Lohnstruktur des Metallgewerbes z.B. gibt darüber Auskunft.

Aber mit der Entwicklung des Imperialismus verschwinden mehr und mehr „Gewerke", selbständige Fachberufe, und die betreffenden Arbeiter werden zu Arbeitern ohne besonderen Status. Die Crafts Unions versuchen, mit einzelnen erbitterten Kämpfen um „Abgrenzung" (wessen Mitglieder wo arbeiten dürfen) oder um „Differentials" (Lohnunterschiede) diesen Prozeß aufzuhalten, meistens erfolglos. Die Entwicklung hat dazu geführt, daß die Arbeiterbewegung inzwischen die schwerwiegenden Konsequenzen der Spaltung erkannt hat und Maßnahmen dagegen ergreift, wie z.B. eine einheitliche Verhandlungsführung für alle Metallarbeiter. Das heißt aber noch nicht, daß bei diesen Verhandlungen auch ein Abschluß herauskommt, der die gewaltigen Lohnunterschiede zwischen Niedriglohn- und Facharbeitergruppen vermindert.

Nach wie vor stützt sich die britische Bourgeoisie auf die Arbeiteraristokratie, die die wichtigsten Gewerkschaften Nach wie vor stützt sich die britische Bourgeoisie auf die Arbeiteraristokratie, die die wichtigsten Gewerkschaften führt. Sir John Boyd, Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft AUEW, schreibt z.B. in der Märzausgabe seiner Gewerkschaftszeitung über den Kampf bei British Leyland: „Was British Leyland jetzt braucht, ist eine dreijährige Periode ohne industrielle Unruhen, um der Nation und der Welt zu beweisen, daß Nationalisierungen funktionieren, daß BL verläßliche Autos mit gutem Service produzieren kann, wo immer sie auch verkauft werden ... Nur durch diese neue Haltung werden wir verlorene Märkte wiedergewinnen, die Vollbeschäftigung wiedererlangen und Arbeitsplatzsicherheit erreichen."

# Kampf der Arbeiter gegen weitere Lohnspreizung

## Bericht über einen mittelgroßen Betrieb in Manchester / Wirkung der Lohnpolitik

*z.elf.London.* Die Maschinenbaufabrik Fairey/Heatonchapel liegt in Stockport bei Manchester. Die Fabrik war früher eine Flugzeugfabrik. Die Fairey-Kapitalisten haben sie aufgekauft und die Produktion umgestellt auf die Erzeugung von Einzelteilen für die Nukleartechnik und die Rüstungsindustrie. Von den insgesamt 1200 Beschäftigten sind knapp 700 direkt in der Produktion beschäftigt, ein Großteil sind Facharbeiter, 300 bis 400 davon Akkordarbeiter. Fast alle Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert. Die Fabrik ist ein „closed shop", d.h. die Arbeiter werden nur eingestellt, wenn sie Gewerkschaftsmitglieder sind.

A. Bradbury war jahrelang bei Fairey Shopconvener. Diese Funktion entspricht etwa der eines Vertrauensleutevorsitzenden. Er ist Mitglied der Gewerkschaft AUEW, der Vereinigten Metallarbeitergewerkschaft, in der ein Großteil vor allem der Metallfacharbeiter organisiert ist. Er beschreibt die Schwierigkeiten, die Einheit unter den Arbeitern im Lohnkampf herzustellen angesichts der Lohnpolitik der Regierungen der letzten 15 Jahre, Lohnleitlinien und Lohnempfehlungen herauszugeben:

„Das Problem ist, daß man den Leuten klarmachen muß, daß wir mit der aktuellen Inflationsrate Schritt halten müssen trotz der Lohnpolitik. Wenn die Gesetzgebung so ist, daß man nur Forderungen unterhalb der Inflationsrate durchsetzen kann, dann ten müssen trotz der Lohnpolitik. Wenn die Gesetzgebung so ist, daß man nur Forderungen unterhalb der Inflationsrate durchsetzen kann, dann steht man vor der Schwierigkeit, den verschiedenen Lohnklassen zu erklären, daß die Inflation die gleiche ist für jeden. Deshalb sollte man Lohnerhöhungen für alle gleich hoch fordern. Die Leute sind für unterschiedliche Lohnstufen, solange ihr Lebensstandard auf der untersten Stufe der Lohnskala nicht angegriffen wird. Aber mit dieser Lohnpolitik, die die niedrigsten Löhne angegriffen hat und die Grundlage des gesamten Lebensstandards untergraben hat, vor allem aber den der unteren Lohngruppen, in einer solchen Lage muß man jeden schützen, so gut es geht, auch im unteren Bereich der Lohnskala."

Die Arbeiter in den verschiedenen Lohngruppen sind auch in verschiedenen Gewerkschaften organisiert. Das hat es den Kapitalisten und der Regierung erleichtert, sie zu spalten. Nur der Grundlohn wird in der Metallindustrie zentral ausgehandelt. Steigt der Grundlohn, dann sinken die örtlichen Zuschläge genau um diesen Betrag, bis die Arbeiter gegenüber den einzelnen Kapitalisten eine Lohnerhöhung durchgesetzt haben. In der letzten zentralen Lohnauseinandersetzung 1979 ist durch diese Spaltungspolitik, die durch die verschiedenen Gewerkschaften erleichtert wird, ein landesweiter Streik gescheitert. Als Ergebnis ist der durchschnittliche Wochenlohn der männlichen Arbeiter im Maschinenbau von 84,40 Pfund (etwa 340 DM) auf 93,90 Pfund und damit um 9,50 Pfund gestiegen, der der Frauen z.B. nur um 4,50 Pfund von 56,20 auf 60,70 Pfund.

Fairey hat einen relativ hohen Facharbeiteranteil, kaum Frauen. Der Lohn liegt daher dort über dem Durchschnitt. In der letzten betrieblichen Lohnauseinandersetzung haben die Arbeiter rund 11 Prozent mehr durchgesetzt. Das sind für die Facharbeiter etwa 11 Pfund mehr, für die angelernten Arbeiter etwa 9 Pfund und für die Hilfsarbeiter etwa 7 Pfund mehr. A. Bradbury schildert die Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaften in der Fabrik:

„Wir haben etwa sechs Gewerkschaften. Zuerst einmal die AUEW (Allgemeine Metallarbeitergewerk- „Wir haben etwa sechs Gewerkschaften. Zuerst einmal die AUEW (Allgemeine Metallarbeitergewerk- schaft), dann die TGWU (Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft), die EETPU (Gewerkschaft der Elektriker und Klempner) und die Gewerkschaft der Kesselschmiede, dann noch die eine oder die andere, aber diese vier sind die wichtigsten. Es gibt außerdem verschiedene Angestelltengewerkschaften. Wir verhandeln über die Löhne nicht gemeinsam mit ihnen, sie verhandeln getrennt. Wir haben eine Vereinigung der Gewerkschaften in der Maschinenbauindustrie, Confed, gebildet. Alle etwa 27 bis 28 Gewerkschaften im Maschinenbau haben einen Aufnahmeantrag gestellt und sind in die Confed aufgenommen worden. Ob die Arbeiter Facharbeiter oder ungelernte Arbeiter sind, spielt dabei keine Rolle. Die Confed hält Versammlungen auf nationaler Ebene, auf Bezirksebene und auf Betriebsebene ab. Die AUEW spielt die wichtigste Rolle, weil sie die größte Gewerkschaft im Maschinenbau ist.

Auf der Ebene der Fabrik ist das etwa komplizierter. Es gibt einige Betriebe, wo die TGWU die meisten Mitglieder hat. In den einzelnen Abteilungen wählen die Gewerkschaftsmitglieder ihren Vertrauensmann. Die Vertrauensleute der größten Gewerkschaft halten dann eine Versammlung ab und wählen den Convener, den Vertrauensleutevorsitzenden, der dann dem Vertrauensleutekörper vorgestellt wird. Alle Vertrauensleute bilden den Vertrauensleutekörper und vertreten gemeinsam alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Betrieb. Der Vertrauensleutekörper bildet außerdem ein Betriebskomitee (Works Committee). Dies hat normalerweise sieben Mitglieder. Wir versuchen, dies auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Es soll die verschiedenen Abteilungen und die verschiedenen Gewerkschaften vertreten. Es ist also so demokratisch wie möglich. Dieses Works Committee führt die Lohnverhandlungen, gibt alle öffentlichen Erklärungen ab und macht die wesentliche Politik. Das ist die Grundstruktur der Organisation."

Die Gewerkschaftsvertretung der Fairey-Arbeiter unternimmt große Anstrengungen, die Abspaltung eines Teils der Arbeiter in niedrigste Löhne zu verhindern. Wie in den meisten Ma- Fairey-Arbeiter unternimmt große Anstrengungen, die Abspaltung eines Teils der Arbeiter in niedrigste Löhne zu verhindern. Wie in den meisten Ma- schinenbaufabriken Stockports haben sie ein Verfahren durchgesetzt, das die Löhne der schlechter bezahlten Zeitlöhner an den Lohn der Akkordarbeiter koppelt. Der Durchschnittssatz der Akkordarbeiter der gesamten Fabrik wird jede Woche als 100 Prozent gesetzt. Die Zeitlöhner erhalten davon einen tariflich festgelegten Anteil von z.B. 85 oder 80 Prozent. Um zu verhindern, daß die Verantwortung der Akkordarbeiter für den Lohnstandard der gesamten Belegschaft die Akkordarbeiter zu übermäßiger Verausgabung ihrer Lebenskraft zwingt, tritt die Gewerkschaft für längere Vorgabezeiten ein.

Arbeiterwohnungen in London 1872. Mitte: Streikposten vor der Streichholzfabrik Bryant and Mays, 1888. Der erfolgreiche Streik führte zur verstärkten Organisierung von Frauen. – Altes Gewerkschaftsbanner der A.12.C. Gruppe der Transportarbeitergewerkschaft: „Wir streben nach Wissen, um Macht auszuüben." Rechts: Gewerkschaftliche Rentnerdemonstration, London 1974.









# Eine Vorweganhebung des Lohn- und Gehaltstarifs in der Metallindustrie wäre günstig

*z.ped.* Von einzelnen Betrieben ist bekannt, daß dort die letzte Tariflohnerhöhung ganz oder teilweise auf die außertariflichen Zulagen angerechnet wurde, die tatsächliche Effektivlohnerhöhung zu geringerem Prozentsatz als die abgeschlossene Tariflohnerhöhung ausfiel. Die Arbeitslosenzahlen steigen und mit ihnen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Der wirtschaftliche Aufschwungzyklus seit 74/75 scheint in eine erneute Krise überzugehen und mit ihm wird die Absicht der Kapitalisten wachsen, mittels Rationalisierungen und Reallohnsenkungen die Überproduktionskrise zu überstehen. Die Bedeutung nicht tariflich abgesicherter Lohn- und Gehaltsbestandteile im Effektivlohn wächst. Für die Kapitalisten, weil diese am einfachsten zu kassieren sind. Für die Arbeiter und Angestellten, weil diese Bestandteile notwendig zum Erhalt ihres Lohnniveaus, aber tariflich ungeschützt sind.

Die IG Metall hatte gegenüber der Entfaltung der außertariflichen Lohnbestandteile in den 50er und 60er Jahren durch die Kapitalisten spezifische Formen ihrer Absicherung entsprechend der jeweiligen Lohnform durchgesetzt. Als Leistungszulage für Zeitlöhner sind heute je nach Tarifbezirk 13 bis 16%, wenn auch nicht individuell, sondern im Betriebsdurchschnitt, abgesichert. Der darüber hinaus reichende Teil von durchschnittlich 1,9 bis 18,8% (Hessen) ist nicht abgesichert. Bei den Angestellten sind 9 bis 10% im Durchschnitt der Tarifgehaltssumme abgesichert. Durchschnittlich 11 bis 17% je nach Gehaltsgruppe werden darüber hinaus gezahlt und sind nicht abgesichert. Etwas anders bei den Akkord- und Prämienlöhnern. In der Untersuchung des Metallkapitalistenverbandes Hessen, welche der nachfolgenden Tabelle zugrunde liegt, wird von jeweils 25% abgesichertem Akkord bzw. Prämie ausgegangen. Der darüber hinaus gehende Zulagenteil, von 3 bis 21% im Durchschnitt der einzelnen Lohngruppen, gilt ihnen als außertariflich. Dieser Anteil besteht aber nur zu einem geringen Teil aus persönlichen Zulagen, zumeist aus einem Akkord- bzw. Prämienüberverdienst über diese 25% hinaus, also direkt aus überintensiver Arbeit. Die tarifliche Rechnung von 25% des Akkordes als abgesichert wird praktisch richtig sein, tatsächlich tariflich geregelt ist aber nur die Festsetzung der Normalleistung, der Akkordvorgabezeiten bzw. der Normalprämie sowie der maximal erreichbare Akkord- und Prämienhöhe. Als Sicherung gegenüber beliebiger Stückzahlerhöhung durch die Kapitalisten, wie gegenüber der beständigen Hinausschiebung der Normalleistung durch Überarbeit einzelner Arbeiter, die die Akkordsysteme ja gerade entfalten sollen.

Auf der Ebene der Betriebe sind weitere Absicherungen der außertariflichen Lohnbestandteile in Form von Betriebsvereinbarungen durchgesetzt. So sind teilweise höhere Zulagen für Zeitlöhner vereinbart wie auch Mindestakkord- und -prämienabsicherungen.

Die außertariflichen Zulagen in Prozent des tariflichen Grundlohnes haben sich in Hessen von Mai 1978 auf April 1979 wie folgt verändert:

| Lohngruppe | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zeitlohn | +0,37 | +0,31 | −1,47 | +1,57 | +0,72 | +0,62 | +0,95 | +0,44 |
| Akkordlohn | −0,25 | −0,46 | −0,40 | −0,22 | −0,11 | −0,56 | −0,95 | +3,14 |
| Prämienlohn | −2,21 | +0,38 | +0,35 | −0,83 | −2,74 | −1,08 | +0,87 | +1,71 |

Die Änderungen zeigen größere Schwierigkeiten, über den Akkordüberverdienst, aber auch über die Prämien den Effektivlohn zu halten. Eine Vorweganhebung würde hier den Anteil des Akkordüberverdienstes am notwendigen Effektivlohn verringern.

In der IG Metall werden Tarifverhandlungen über einen Entgelttarifvertrag vorbereitet. Absicherung des Effektivlohnes als Tariflohn ist eines der Forderungselemente. Ein anderes, die Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur. Sowohl der überproportionalen Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gegenüber dem Ecklohn bzw. -gehalt als auch des Verhältnisses zwischen Ecklohn und Eckgehalt. Vergleicht man die Einstellungslohngruppen für Arbeiter nach abgeschlossener Berufsausbildung (L6 = 2100 DM) mit der der Angestellten (K3 = 2228 DM) so wird die spalterische Absicht der Kapitalisten dahinter deutlich. Noch mehr, wenn man die Lohn- und Gehaltsgruppen für Facharbeiter bzw. Angestellte mit Berufserfahrung vergleicht (L7 = 2328 DM und L8 = 2558 DM zu K4 = 2746 DM und K5 = 3281 DM)

Es gibt also gute Gründe für die Bereinigung einiger struktureller Probleme in der Metallindustrie. Die Vorbereitung von Entgelttarifverhandlungen durch die IG Metall ist günstig, weil in ihr alle Probleme aufgeworfen sind und zur Klärung anstehen. Ob eine Vorweganhebung der Löhne und Gehälter vorher möglich ist, muß in den Gewerkschaften entschieden werden.

Günstig wäre das allemal, umso mehr, wenn diese als Teil der Forderung zur Lohntarifrunde 80/81 durchgesetzt werden könnte. Eine schlecht abgesicherte Flanke gegenüber den Kapitalisten wäre noch vor der Wirtschaftskrise teilweise abgesichert. Über eine Vorweganhebung in Festgeld wären die untersten Löhne und Gehälter effektiv erhöht und das Tarifgefüge einheitlicher. Schließlich wäre insgesamt das Tariflohnniveau angehoben als Ausgangsbasis jeder weiteren Lohnerhöhung.

**Beschreibung der Lohngruppen: L 2:** Arbeiter mit Zweckausbildung für einfache Arbeiten mit geringer körperlicher Belastung. **L 3:** Arbeiter mit Zweckausbildung für einfache Arbeiten mit körperlicher Belastung. **L 4:** Arbeiter für Arbeiten, zu deren Ausführung die erforderlichen Kenntnisse durch Anlernen erworben sind. **L 5:** Qualifizierte angelernte Arbeiter, die Arbeiten von besonderer Qualität und Schwierigkeit verrichten. **L 6:** Facharbeiter, die eine ihrem Fach entsprechende abgeschlossene Berufsausbildung haben. Gleichzustellen sind solche Arbeiter, die durch langjährige praktische Tätigkeit dem Facharbeiter gleichwertige Fähigkeiten erworben haben. **L 7:** Facharbeiter mit überdurchschnittlichen Fachkenntnissen und Fähigkeiten. **L 8:** Facharbeiter mit hervorragenden Fachkenntnissen und Fähigkeiten zu größter Selbständigkeit beim Arbeiten und Dispositionsbefugnis im Rahmen des Arbeitsauftrages bei besonders hoher Verantwortung.

**Kaufmännische und technische Angestellte: K/T 1:** Angestellte ohne Berufsausbildung für vorwiegend schematische Tätigkeiten. **K/T 2a:** Angestellte mit Ausbildung in einem einschlägigen Anlernberuf für einfache Geschäftsvorgänge bzw. einfache Aufgaben. **K/T 2:** Qualifizierte Angestellte mit Ausbildung in einem einschlägigen Anlernberuf. **K/T 3:** Angestellte mit abgeschlossener Lehre. **K/T 4:** Angestellte mit Berufsausbildung und Kenntnissen, die im allgemeinen mehrjährige einschlägige Berufstätigkeit erfordern. **K/T 5:** Angestellte mit gründlichen Fachkenntnissen und umfangreichen Erfahrungen, die schwierige Aufgaben selbständig bearbeiten. **K/T 6:** Angestellte, die einen schwierigen Aufgabenbereich selbständig und verantwortlich bearbeiten.

**Meister: M 1:** Aufsehertätigkeit, überwachende Tätigkeit. **M 2:** Anordnungs- und Aufsichtsbefugnis mit fachlicher Verantwortung. **M 3:** Anordnungs- und Aufsichtsbefugnis mit Verantwortung für eine Werkstatt oder Abteilung. **M 4:** Anordnungs- und Aufsichtsbefugnis über mehrere Meister mit schwierigem Aufgabengebiet.

## Tarifliche und außertarifliche Lohn- und Gehaltsbestandteile (Metallverarbeitende Industrie Hessen 1980) – Wirkung einer Vorweganhebung

| Lohn- bzw. Gehaltsgruppen | Zeitlöhner 38,16% 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Anzahl* | 3411 | 1900 | 5296 | 7957 | 13311 | 16289 | 14396 | 5499 |
| Anzahl in % der Gesamtbelegschaft | 1,86 | 2,12 | 2,89 | 4,33 | 7,25 | 8,87 | 7,84 | 3,00 |
| Tarif-Grundlohn 1980** DM | 1317 | 1366 | 1439 | 1521 | 1627 | 1790 | 1952 | 2165 |
| Tarifliche Zulage 1980 DM | 171 | 178 | 187 | 198 | 212 | 233 | 254 | 281 |
| in % d. Tarif-Grundlohnes*** | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* |
| Außertarifliche Zulage 1980 DM | 25 | 118 | 138 | 226 | 261 | 305 | 352 | 408 |
| in % d. Tarif-Grundlohnes**** | *1,91* | *8,66* | *9,58* | *14,89* | *16,08* | *17,07* | *18,03* | *18,80* |
| Effektivlohn 1980 DM | **1513** | **1662** | **1764** | **1945** | **2100** | **2328** | **2558** | **2854** |
| Tarif-Grundlohn um 75 DM vorwegangehoben DM | 1392 | 1441 | 1514 | 1596 | 1702 | 1865 | 2027 | 2240 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *105,69* | *105,49* | *105,21* | *104,93* | *104,61* | *104,19* | *103,84* | *103,46* |
| Tarifl. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundlohn DM | 181 | 187 | 197 | 207 | 221 | 243 | 264 | 290 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* |
| Außert. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundl. DM | – | 34 | 53 | 142 | 177 | 220 | 267 | 324 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | – | *2,36* | *3,50* | *8,90* | *10,40* | *11,80* | *13,17* | *14,46* |
| Effektivlohnerhöhung d. Vorweganhebung DM | **60** | – | – | – | – | – | – | – |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *4,31* | – | – | – | – | – | – | – |
| Tarif-Grundlohn 150 DM vorwegangehoben DM | 1467 | 1516 | 1589 | 1670 | 1777 | 1940 | 2102 | 2314 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *111,38* | *110,98* | *110,42* | *109,86* | *109,22* | *108,38* | *107,68* | *106,92* |
| Tarifl. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundlohn DM | 191 | 197 | 206 | 218 | 230 | 252 | 273 | 301 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* | *13* |
| Außert. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundl. DM | – | – | – | 57 | 93 | 136 | 183 | 239 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | – | – | – | *3,41* | *5,23* | *7,01* | *8,71* | *10,33* |
| Effektivlohnerhöhung d. Vorweganhebung DM | **140** | **51** | **31** | – | – | – | – | – |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *9,54* | *3,36* | *1,95* | – | – | – | – | – |

| Lohn- bzw. Gehaltsgruppen | Akkordlöhner 28,06% 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Anzahl* | 7162 | 5141 | 5103 | 11509 | 13108 | 7272 | 2094 | 130 |
| Anzahl in % der Gesamtbelegschaft | 3,90 | 2,80 | 2,78 | 6,27 | 7,14 | 3,96 | 1,14 | 0,07 |
| Tarif-Grundlohn 1980** DM | 1362 | 1413 | 1489 | 1575 | 1684 | 1853 | 2020 | 2241 |
| Tarifliche Zulage 1980 DM | 341 | 353 | 372 | 394 | 421 | 463 | 505 | 560 |
| in % d. Tarif-Grundlohnes*** | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* |
| Außertarifliche Zulage 1980 DM | 53 | 149 | 221 | 329 | 334 | 304 | 304 | 232 |
| in % d. Tarif-Grundlohnes**** | *3,89* | *10,54* | *14,84* | *20,89* | *19,83* | *16,41* | *15,05* | *10,35* |
| Effektivlohn 1980 DM | **1756** | **1915** | **2082** | **2298** | **2439** | **2620** | **2829** | **3033** |
| Tarif-Grundlohn um 75 DM vorwegangehoben DM | 1441 | 1491 | 1566 | 1651 | 1761 | 1931 | 2098 | 2318 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *105,51* | *105,31* | *105,04* | *104,76* | *104,45* | *104,05* | *103,71* | *103,24* |
| Tarifl. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundlohn DM | 360 | 373 | 392 | 413 | 440 | 483 | 525 | 579 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* |
| Außert. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundl. DM | – | 51 | 124 | 234 | 238 | 206 | 206 | 136 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | – | *3,42* | *7,92* | *14,17* | *13,52* | *10,67* | *9,19* | *5,87* |
| Effektivlohnerhöhung d. Vorweganhebung DM | **45** | – | – | – | – | – | – | – |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *3,12* | – | – | – | – | – | – | – |
| Tarif-Grundlohn 150 DM vorwegangehoben DM | 1519 | 1567 | 1644 | 1729 | 1839 | 2008 | 2175 | 2396 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *111,02* | *110,62* | *110,08* | *109,52* | *108,90* | *108,10* | *107,42* | *106,48* |
| Tarifl. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundlohn DM | 380 | 392 | 411 | 433 | 460 | 501 | 544 | 599 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* |
| Außert. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundl. DM | – | – | 27 | 136 | 140 | 111 | 110 | 38 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | – | – | *1,64* | *7,87* | *7,61* | *5,33* | *5,06* | *1,59* |
| Effektivlohnerhöhung d. Vorweganhebung DM | **143** | **44** | – | – | – | – | – | – |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *9,41* | *2,81* | – | – | – | – | – | – |

| Lohn- bzw. Gehaltsgruppen | Prämienlöhner 5,01% 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Anzahl* | 700 | 1102 | 1166 | 1742 | 1515 | 1657 | 1034 | 277 |
| Anzahl in % der Gesamtbelegschaft | 0,38 | 0,60 | 0,64 | 0,95 | 0,83 | 0,90 | 0,56 | 0,15 |
| Tarif-Grundlohn 1980** DM | 1317 | 1366 | 1439 | 1521 | 1627 | 1790 | 1952 | 2165 |
| Tarifliche Zulage 1980 DM | 329 | 342 | 360 | 380 | 407 | 448 | 488 | 541 |
| in % d. Tarif-Grundlohnes*** | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* |
| Außertarifliche Zulage 1980 DM | 63 | 138 | 232 | 270 | 262 | 250 | 258 | 241 |
| in % d. Tarif-Grundlohnes**** | *4,78* | *10,10* | *16,12* | *17,75* | *16,10* | *13,97* | *13,22* | *15,75* |
| Effektivlohn 1980 DM | **1709** | **1846** | **2031** | **2171** | **2296** | **2488** | **2698** | **3047** |
| Tarif-Grundlohn um 75 DM vorwegangehoben DM | 1392 | 1441 | 1514 | 1596 | 1702 | 1865 | 2027 | 2240 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *105,69* | *105,49* | *105,21* | *104,93* | *104,61* | *104,19* | *103,84* | *103,46* |
| Tarifl. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundlohn DM | 348 | 360 | 378 | 398 | 425 | 467 | 507 | 559 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* |
| Außert. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundl. DM | – | 45 | 139 | 177 | 169 | 156 | 164 | 248 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | – | *3,12* | *9,18* | *11,09* | *9,93* | *8,36* | *8,09* | *11,07* |
| Effektivlohnerhöhung d. Vorweganhebung DM | **31** | – | – | – | – | – | – | – |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *2,23* | – | – | – | – | – | – | – |
| Tarif-Grundlohn 150 DM vorwegangehoben DM | 1467 | 1516 | 1589 | 1670 | 1777 | 1940 | 2102 | 2314 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *111,38* | *110,98* | *110,42* | *109,86* | *109,22* | *108,38* | *107,68* | *106,92* |
| Tarifl. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundlohn DM | 367 | 378 | 397 | 418 | 444 | 485 | 525 | 579 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* | *25* |
| Außert. Zul. auf vorwegangeh. Tarif-Grundl. DM | – | – | 45 | 83 | 75 | 63 | 71 | 54 |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | – | – | *2,83* | *4,97* | *4,22* | *3,25* | *3,38* | *2,33* |
| Effektivlohnerhöhung d. Vorweganhebung DM | **125** | **48** | – | – | – | – | – | – |
| in % des vorwegangeh. Tarif-Grundlohnes | *8,52* | *3,17* | – | – | – | – | – | – |

* 1978 nach Erfassung des Metallkapitalistenverbandes Hessen, 183 555 erfaßte Arbeiter und Angestellte.
** 174 Normalstunden; bei Akkordarbeiten plus Zuschlag von 3,5%, bei Angestellten Durchschnittsstufe je Gehaltsgruppe nach Erhebung des Metallkapitalistenverbandes.
*** Zeitlohn: 13% im Betriebsdurchschnitt nach Tarifvertrag. Akkord- und Prämienlohn: 25% Annahme. Angestellte: 10% mindestens im Durchschnitt der Tarifgehaltssumme nach Tarifvertrag; alle Angaben nach Metallkapitalistenverband.
**** Nach Erhebung des Metallkapitalistenverbandes Hessen von 1978 für Angestellte, von 1979 für Arbeiter.

# Kampf der Gewerkschaften um tarifliche Sicherung des Lohnes in den 50er Jahren

*z.ulw.* Der Kampf der Arbeiterklasse um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft hat sich in relativ detaillierten vertraglichen Regelungen niedergeschlagen, die gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden mußten und ständig neu durchgesetzt werden müssen. Diese Regelungen sind Ausdruck der Kampftätigkeit zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Sie sind gleichzeitig Widerspiegelung objektiver Verhältnisse, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte und der damit einhergehenden Teilung des Arbeitsprozesses ergeben. Deutlich wird das an der Auseinandersetzung, die in den 50er Jahren in den Gewerkschaften um die Frage geführt wurde, wie das alte, lediglich drei Lohngruppen umfassende Tarifsystem am wirkungsvollsten verbessert werden kann. Wir haben im folgenden Auszüge aus einer Artikelserie dokumentiert, die 1953 in verschiedenen Nummern des „Gewerkschafter" unter dem Titel „Zum Thema Tarifwahrheit" erschienen ist.

„Nach jedem abgeschlossenen Lohn- oder Gehaltsabkommen stoßen wir auf Kritik eines Teils unserer Kollegen und Funktionäre. Dabei wird immer wieder zu hören sein: Die abgeschlossenen Tarifverträge sind wirklichkeitsfremd; sie haben keinen Einfluß mehr auf die betriebliche Lohngestaltung und die Verdienste des einzelnen Arbeitnehmers. Die daraus gezogene Schlußfolgerung lautet: Wir müssen unseren Tarifverträgen einen Inhalt geben, der ihnen wieder Einfluß auf die betrieblichen Verdienste verschafft. Dazu werden dann folgende Vorschläge gemacht: Tarifierung der Verdienste, d.h. Festsetzung von Tariflöhnen und Leistungszulagen, im Tarifvertrag; weitgehende Heranführung der Tariflöhne an die Verdienste; Anpassung der tariflichen Lohn- und Tätigkeitsgruppen an die in Betrieben vorhandenen differenzierten Gegebenheiten; Bewertung der Arbeit oder des Arbeitsplatzes."

„Gewiß wurde ein nicht unerheblicher Teil der Verdiensterhöhungen im Betrieb selbst durchgesetzt, aber der kollektive Tarifvertrag stellt immer noch die Ausgangsbasis für das betriebliche Ringen dar. Ob wir nicht eine bessere tarifliche Sicherung dieser Ausgangsbasis treffen müssen, um das betriebliche Ringen zu erleichtern, um den massiven Angriff der Unternehmer auf die übertariflichen Löhne zu erschweren, ist eine andere Frage."

„Wenn in einem Tarifvertrag nur eine Lohngruppe der Facharbeiter vereinbart ist, so bedeutet das, daß für alle Facharbeiter einheitlich ein tariflicher Grundlohn vereinbart wurde. Beträgt dieser z.B. 1,30 DM, so erhält diesen Betrag sowohl der einfache Facharbeiter als auch der hochqualifizierte Werkzeugmacher, aber nur tarifvertraglich, nicht in der Praxis. Der Werkzeugmacher für kombinierte Schnitte z.B. erhält in der Regel schon bei der Einstellung einen höheren Lohn als der Arbeitnehmer für einfache Facharbeiten."

„Hier liegt ganz offensichtlich eine Schwäche unserer Tarifverträge vor. Der Differenzbetrag zwischen tariflichem Grundlohn und Verdienst wird hier in der Form von Leistungszulagen gegeben, für die entweder keine oder nur eine unzulängliche Tarifsicherung vorhanden ist. Dabei handelt es sich beim Lohn dieser Kollegen nur zu einem Teil um Mehrleistung, sondern in erster Linie um besondere Kenntnisse, Erfahrungen und Geschicklichkeit, um Qualifikationen. Die Sicherung einer vertretbaren Mindestgrenze des Lohnes für diese Kollegen – und es sind in der metallverarbeitenden Industrie fast die Hälfte der beschäftigten Facharbeiter – kann deshalb nicht darin bestehen, daß man sie so lange ‚kurz treten' läßt, bis die tieferliegenden Gruppen nachgekommen sind (was einer relativen Kürzung gleichkäme), sondern in der Schaffung von Lohngruppen, die den an sie gestellten Anforderungen entsprechen und in ihrer Höhe über der des einfachen Facharbeiters liegen. Damit benachteiligen wir nicht einen einzigen Facharbeiter. Wir ziehen auch das Lohngefüge nicht auseinander. Wir tarifieren nur schon bestehende Verhältnisse. Wir verwandeln aber einen Teil der bisherigen unsicheren Leistungszulagen in einen erhöhten Grundlohn mit Rechtsanspruch."

„Zwischen dem Waschkauenanwärter und dem Transportarbeiter oder dem Waggonentleerer besteht in den Anforderungen an die Muskelkraft ein gewaltiger Unterschied. Diese erhöhten Anforderungen an die Muskelkraft, die in der Eigenart der Tätigkeit liegen, werden in der Regel durch Gewährung von unsicheren Leistungszulagen entlohnt. Das ist tarifpolitisch schlecht. Hier offenbart sich eine grundlegende Schwäche unserer Tarifverträge, die alle nur auf die Berufsbezeichnung oder Qualifikation abgestellt sind und die körperlichen Belastungen vollkomen außer acht lassen."

„Aber selbst die Schaffung einer erhöhten Lohngruppe der Hilfsarbeiter zwischen ‚Hilfsarbeiter' und ‚Angelernte' wäre nur eine Teillösung dieses Problems, sind doch die körperlichen Belastungen nicht nur bei Hilfsarbeitergruppen, sondern bei allen übrigen Lohngruppen des Tarifvertrages, mindestens bis zum einfachen Facharbeiter, zu finden ... Daraus ergibt sich die tarifpolitische Notwendigkeit, unsere bisherigen Lohngruppen nicht nur in ihrer Anzahl zu erhöhen, sondern die bisherigen Berufsbezeichnungen und mangelhaften Tätigkeitsmerkmale in Tätigkeitsbestimmungen umzuwandeln, die sowohl das Können als auch die körperlichen Belastungen bewerten."

In den folgenden Jahren setzten die Gewerkschaften die Einführung weiterer Lohngruppen in die Tarifverträge durch. Da die Arbeitskraft im Durchschnitt zu ihrem Wert bezahlt wurde, drücken die Unterschiede in der Entlohnung tatsächliche Unterschiede im Wert der Ware Arbeitskraft aus. Neben der Qualifikation geht auch der Verschleiß in den Wert der Ware Arbeitskraft ein. Höherer Verschleiß macht einen größeren Umfang an Reproduktionsmitteln erforderlich. Das Akkordsystem verschärft das noch. Der Verschleiß der Arbeitskraft wird

## Die Einteilung in Lohnsteuerklassen sorgt für möglichst hohes Steuerniveau

*z.frb.* Während die Unterschiede im Bruttolohn im Großen und Ganzen durch unterschiedliche Kosten für die Wiederherstellung der Arbeitskraft je nach ihrem spezifischen Verbrauch durch den Kapitalisten bestimmt ist, gleicht die unterschiedliche Besteuerung in den verschiedenen Lohnsteuerklassen im Großen und Ganzen unterschiedliche Bedingungen aus, unter denen die Reproduktion der Arbeitskraft stattfindet. So wie die Unterschiede im Bruttolohn Elemente der Bestechung und Unterdrückung enthalten, so enthalten auch die Unterschiede in der Besteuerung Elemente der Konservierung überkommener gesellschaftlicher Formen, die für die Volksmassen zur Zwangsjacke geworden sind. Letzteres vor allem durch die Steuerklasse III für Alleinverdiener.

Folgendermaßen ist die Zuordnung zu den Steuerklassen im einzelnen definiert:

In *Steuerklasse I* gehören Lohnabhängige, die a) ledig sind, b) verheiratet, verwitwet oder geschieden sind und bei denen die Voraussetzungen für die Steuerklassen III oder IV nicht erfüllt sind.

In *Steuerklasse III* gehören Lohnabhängige, die a) verheiratet sind, nicht dauernd getrennt leben und aa) deren Ehegatte keinen Arbeitslohn bezieht oder bb) deren Ehegatte zwar Arbeitslohn bezieht, auf seinen Antrag aber in Steuerklasse V eingereiht ist; weiter gehören hierher Lohnabhängige, die b) verwitwet sind für das Kalenderjahr, das dem Jahr folgt, in dem der Ehegatte verstorben ist; schließlich c), deren Ehe aufgelöst worden ist, wenn aa) im Kalenderjahr der Auflösung der Ehe beide Ehegatten steuerpflichtig waren, oder bb) der andere Ehegatte wieder geheiratet hat und er und sein neuer Ehegatte steuerpflichtig sind, in beiden Fällen aa und bb für das Kalenderjahr, in dem die Ehe aufgelöst worden ist.

In *Steuerklasse IV* gehören Lohnabhängige, die verheiratet sind, nicht dauernd getrennt leben und deren Ehegatte ebenfalls Arbeitslohn bezieht.

In *Steuerklasse V* gehören Lohnabhängige wie unter IV bezeichnet, wenn der Ehegatte auf Antrag in Steuerklasse III eingereiht ist.

Die *Steuerklasse VI* findet Anwendung für ein zweites oder weiteres Arbeitsverhältnis.

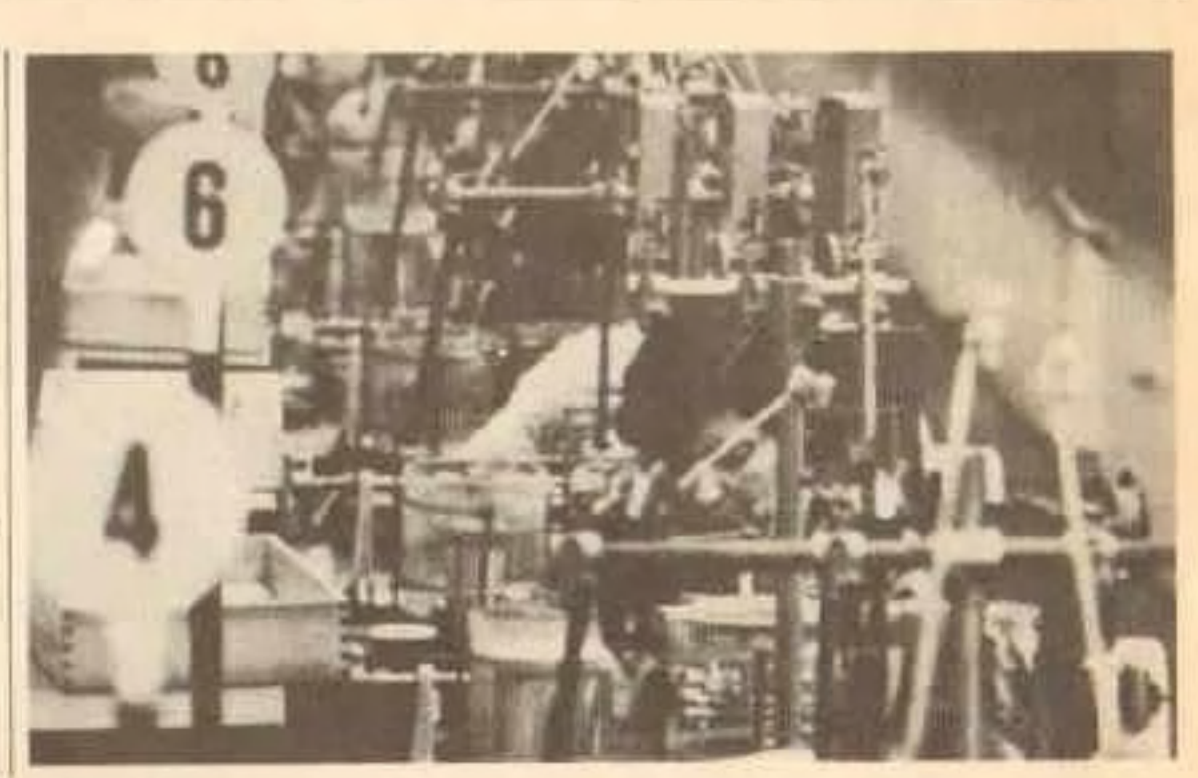
Die unterschiedliche Besteuerung in den verschiedenen Steuerklassen ergibt sich vor allem aus verschiedenen Freibeträgen, die vom Bruttolohn abgezogen werden, ehe sich das zu versteuernde Einkommen, auf das der Steuertarif angewendet wird, ergibt. Die Steuerklassen I und IV sind fast identisch, ab mittleren Löhnen ist die Steuerklasse IV bei Anrechnung von Kindern etwas günstiger. In Steuerklasse II wird ein zusätzlicher Haushaltsfreibetrag a) von 840 DM im Jahr angerechnet, wenn keine Kinder zu berücksichtigen sind, b) von 3000 DM, wenn Kinder zu berücksichtigen sind. Die Steuerersparnis im Fall b) beträgt in der Proportionalzone 55 DM im Monat. Die niedrigere Steuer in Klasse III kommt dadurch zustande, daß die Steuer auf das halbierte, also aus der Progression herausgenommene Einkommen berechnet, dieser Steuerbetrag dann verdoppelt wird. Diese Steuer ist erheblich niedriger als in den anderen Steuerklassen. Besonders hoch ist die Steuer in Klasse V. Der Steuerbetrag ergibt sich aus der Differenz der Steuer für das zweieinhalbfache Einkommen zur Steuer für das eineinhalbfache Einkommen. Praktisch wird der Lohn hier so in die Progression hineingetrieben, wie er in Steuerklasse III daraus zurückgezogen wird. Steuerklasse V bekommt an Progression ab, was bei III erlassen wurde. Allerdings, zählt man die Steuerbeträge beider Ehegatten zusammen, so ist die Steuer bei der Kombination III/V immer niedriger als bei IV/IV, wenn der niedrigere Lohn weniger als 40% des Gesamtlohnes ausmacht. Werden Kinder angerechnet, so verschiebt sich die Grenze etwas.

**Anteil der Lohnabhängigen an den Steuerklassen in Prozent**

| Steuerklasse | I | II | III | III/V | IV/IV |
|---|---|---|---|---|---|
| gesamt | 23,7 | 11,6 | 27,9 | 20,1 | 15,5 |
| o. Kind | 23,7 | 7,7 | 9,9 | 5,3 | 8,4 |
| 1 Kind | – | 1,7 | 6,8 | 6,8 | 4,3 |
| 2 Kinder | – | 1,0 | 6,7 | 5,3 | 2,0 |
| 3 Kinder | – | 0,6 | 2,8 | 1,9 | 0,6 |
| 4 u. mehr | – | 0,7 | 1,6 | 0,9 | 0,3 |

Die Tabelle gibt Aufschluß darüber, welcher Anteil der lohnabhängigen Beschäftigten in die jeweilige Steuerklasse mit welcher Kinderzahl eingereiht ist. Die Angaben beziehen sich auf 1974, nach Überprüfung an einzelnen Bundesländern hat sich aber seither wenig verschoben. Die Zahlen erfassen alle, die im Laufe des Jahres beschäftigt waren. Von den männlichen Lohnabhängigen in Steuerklasse I, II und III sind (Hessen 1977) 14,9% nicht ganzjährig beschäftigt, bei den Frauen 19,5%, in der Kombination III/V und IV/IV sind 8,6% der Ehemänner und 24,0% der Ehefrauen nicht das ganze Jahr beschäftigt.

Für einen Überblick genügt es meist, beispielhaft die Steuerklasse I, II/O, II/1, III/2 und V darzustellen.



## Lohn und Leistung

*z.wig.* Karl Marx hat den Stücklohn als die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns bezeichnet. Die heute von den Kapitalisten als leistungsgerechte Lohnformen gepriesenen Akkord- und akkordähnlichen Lohnsysteme bieten den Kapitalisten die Möglichkeit, einen großen Teil der Arbeitsaufsicht einzusparen, da Qualität und Intensität der Arbeit hier durch die Form des Arbeitslohns selbst kontrolliert werden. Das Produkt muß die durchschnittliche Güte besitzen, soll der Stückpreis voll bezahlt werden. Der Stücklohn bietet den Kapitalisten ein ganz bestimmtes Maß für die Intensität der Arbeit. Nur Arbeitszeit, die sich in einer vorher bestimmten und erfahrungsgemäß festgesetzten Produktenmenge verkörpert, gilt als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und wird als solche bezahlt.

„Beim Zeitlohn herrscht mit wenigen Ausnahmen gleicher Arbeitslohn für dieselben Funktionen, während beim Stücklohn der Preis der Arbeitszeit zwar durch ein bestimmtes Produktenquantum gemessen ist, der Tages- oder Wochenlohn dagegen wechselt mit der individuellen Verschiedenheit der Arbeiter, wovon der eine nur das Minimum des Produkts in einer gegebenen Zeit liefert, der andre den Durchschnitt, der dritte mehr als den Durchschnitt. In bezug auf die wirkliche Einnahme treten hier also große Differenzen ein je nach dem verschiednen Geschick, Kraft, Energie, Ausdauer usw. der individuellen Arbeiter. Dies ändert natürlich nichts an dem allgemeinen Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit ... Aber der größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität bietet, strebt einerseits dahin, die Individualität und damit Freiheitsgefühl, Selbständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln, andrerseits ihre Konkurrenz unter- und gegeneinander. Er hat daher eine Tendenz, mit der Erhebung individueller Arbeitslöhne über das Durchschnittsniveau dies Niveau selbst zu senken." (Marx, Das Kapital Band 1, Seite 578f)

Warum können die Kapitalisten von leistungsgerechten Lohnformen sprechen, wo es in Wirklichkeit um Lohnformen geht, die den Arbeiter dazu bringen sollen, mehr Arbeitskraft in gegebener Zeit zu verausgaben? Auf den ersten Blick sieht es beim Stücklohn so aus, als ob der Lohn für diese Arbeit nicht wie beim

Warum können die Kapitalisten von leistungsgerechten Lohnformen sprechen, wo es in Wirklichkeit um Lohnformen geht, die den Arbeiter dazu bringen sollen, mehr Arbeitskraft in gegebener Zeit zu verausgaben? Auf den ersten Blick sieht es beim Stücklohn so aus, als ob der Lohn für diese Arbeit nicht wie beim Zeitlohn durch die Bruchzahl Tageswert der Arbeitskraft durch Stundenzahl des Arbeitstages, sondern durch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bestimmt werde, weil er, wenn er mehr „leistet", mehr Arbeitskraft in bestimmter Zeit verausgabt, auch mehr bezahlt bekommt. Der Schein trügt, weil der Arbeiter nicht den Wert der von ihm hergestellten Produkte bezahlt bekommt, die Ergebnis seiner „Leistung", der Verausgabung seiner Arbeitskraft sind, sondern den Wert seiner Arbeitskraft, die er dem Kapitalisten verkauft hat.

„Was ist nun also der *Wert der Arbeitskraft*?
Wie der jeder anderen Ware ist der Wert bestimmt durch das zu ihrer Produktion notwendige Arbeitsquantum. Die Arbeitskraft eines Menschen existiert nur in seiner lebendigen Leiblichkeit. Eine gewisse Menge Lebensmittel muß ein Mensch konsumieren, um aufzuwachsen und sich am Leben zu erhalten. Der Mensch unterliegt jedoch, wie die Maschine, der Abnutzung und muß durch einen andern Menschen ersetzt werden. Außer der zu *seiner eignen* Erhaltung erheischten Lebensmittel bedarf er einer anderen Lebensmittelmenge, um eine gewisse Zahl Kinder aufzuziehen, die ihn auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen und das Geschlecht der Arbeiter zu verewigen haben. Mehr noch, um seine Arbeitskraft zu entwickeln und ein gegebnes Geschick zu erwerben, muß eine weitere Menge von Werten verausgabt werden." (Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW Band 16, Seite 131)

Beim Stücklohn erscheint alle Arbeit bezahlt, während der Arbeiter auch da nur den Lohn erhält, der zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendig ist, während sich der Kapitalist das Mehrprodukt aneignet, das der Arbeiter produziert auf Grund der Fähigkeit seiner Arbeitskraft, mehr Wert schaffen zu können, als zur Erhaltung derselben notwendig ist. „Das Arbeitsquantum, wodurch der *Wert* der Arbeitskraft des Arbeiters begrenzt ist, bildet keineswegs eine Grenze für das Arbeitsquantum, das seine Arbeitskraft zu verrichten vermag." (ebenda, S. 133)

Der Wert der Arbeitskraft wird aus zwei Elementen gebildet, was ihn vor dem Wert aller anderen Waren auszeichnet, einem rein physischen und einem historischen oder gesellschaftlichen. „Seine *äußerste* Grenze ist durch das *physische* Element bestimmt, d.h. um sich zu erhalten und zu reproduzieren, um ihre physische Existenz auf die Dauer sicherzustellen, muß die Arbeiterklasse die zum Leben und zur Fortpflanzung absolut unentbehrlichen Lebensmittel erhalten. Der *Wert* dieser unentbehrlichen Lebensmittel bildet daher die äußerste Grenze des *Werts der Arbeit* ... Außer durch dies rein physische Element ist der Wert der Arbeit in jedem Land bestimmt durch einen *traditionellen Lebensstandard*. Er betrifft nicht das rein physische Leben, sondern die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen." (ebenda, S. 147f) Der Wert der Ware Arbeitskraft ist daher keine fixe, sondern eine variable Größe, was leicht zu erkennen ist, wenn man den Wert der Arbeitskraft in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Geschichtsepochen vergleicht. Die Kapitalistenklasse ist beständig bestrebt, den Wert der Arbeitskraft auf ihr physisches Minimum zu drücken, da das Maximum des Profits nur durch dieses physische Minimum des Arbeitslohns und das physische Maximum des Arbeitstages begrenzt ist. „Es ist klar, daß zwischen den beiden Grenzen dieser *Maximalprofitrate* eine unendliche Stufenleiter von Variationen möglich ist. Die Fixierung ihres faktischen Grads erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit, indem der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszudehnen, während der Arbeiter ständig in die entgegengesetzte Richtung drückt. Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden." (ebenda, S. 149, alle Hervorhebungen im Original)

Weder beim Zeitlohn noch beim Stücklohn wird die Leistung bezahlt. Auch wird die Zahlung der Reproduktionskosten nicht von der Erbringung einer Sonderleistung abhängig gemacht, die *nicht* bezahlt wird. Die Akkordarbeit wird nicht dadurch zur besonderen Last der Arbeiterklasse, daß sie etwa das Gesetz von der Festsetzung der Werte in der kapitalistischen Gesellschaft durchbricht. Sicher gibt es auch in dieser Hinsicht Betrug und versuchen die Kapitalisten z.B. jede Produktivitätssteigerung durch Anwendung neuer Maschinerie zur Senkung des Lohns zu nutzen. Das Akkordsystem ermöglicht es dem einzelnen Arbeiter, mit seinem individuellen Lohn über den Durchschnittslohn hinauszukommen, aber nur durch eine gewaltige Steigerung der Intensität der Arbeit, bis zu dem Punkt, wo sie auch durch die höchsten Zulagen, also durch mehr Lebensmittel, nicht mehr ausgeglichen werden kann und der Arbeiter ein Stück Lebenskraft verliert. Aus diesem Grund ist es notwendig, den Staat zu zwingen, die Akkordarbeit durch *Gesetz* zu verbieten.

| kaufm. Angestellte 12,94% | | | | | | | techn. Angestellte 12,95% | | | | | | | Meister 2,88% | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2a | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 1 | 2a | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 1 | 2 | 3 | 4 |
| 190 | 665 | 3277 | 7410 | 6293 | 3871 | 2042 | 24 | 48 | 713 | 3969 | 7416 | 7012 | 4587 | 53 | 843 | 2433 | 1938 |
| 0,10 | 0,36 | 1,79 | 4,04 | 3,43 | 2,11 | 1,11 | 0,01 | 0,03 | 0,39 | 2,16 | 4,04 | 3,82 | 2,50 | 0,03 | 0,46 | 1,33 | 1,06 |
| 1258 | 1496 | 1504 | 1812 | 2237 | 2645 | 3086 | 1357 | 1533 | 1438 | 2000 | 2393 | 2786 | 3233 | 1869 | 2195 | 2544 | 2902 |
| 94 | 132 | 135 | 185 | 256 | 323 | 397 | 101 | 142 | 131 | 201 | 257 | 325 | 404 | 206 | 237 | 287 | 372 |
| *7,44* | *8,85* | *8,96* | *10,21* | *11,45* | *12,21* | *12,85* | *7,47* | *9,29* | *9,14* | *10,03* | *10,75* | *11,68* | *12,51* | *11,02* | *10,82* | *11,27* | *12,81* |
| 139 | 153 | 180 | 231 | 253 | 313 | 422 | 192 | 134 | 241 | 225 | 231 | 266 | 308 | 299 | 260 | 194 | 410 |
| *11,07* | *10,20* | *11,99* | *12,73* | *11,31* | *11,83* | *13,67* | *14,12* | *8,77* | *16,73* | *11,25* | *9,64* | *9,55* | *9,34* | *16,02* | *11,86* | *7,62* | *14,12* |
| **1491** | **1781** | **1819** | **2228** | **2746** | **3281** | **3904** | **1650** | **1807** | **1810** | **2426** | **2881** | **3377** | **3964** | **2374** | **2693** | **3025** | **3692** |
| 1333 | 1571 | 1579 | 1887 | 2312 | 2720 | 3161 | 1432 | 1608 | 1513 | 2075 | 2468 | 2861 | 3308 | 1944 | 2270 | 2619 | 2977 |
| *105,96* | *105,01* | *104,99* | *104,14* | *103,35* | *102,84* | *102,43* | *105,53* | *104,89* | *105,22* | *103,75* | *103,13* | *102,69* | *102,32* | *104,01* | *103,42* | *102,95* | *102,58* |
| 99 | 139 | 141 | 193 | 265 | 332 | 406 | 107 | 149 | 138 | 208 | 265 | 334 | 414 | 214 | 246 | 295 | 381 |
| *7,44* | *8,85* | *8,96* | *10,21* | *11,45* | *12,21* | *12,85* | *7,47* | *9,29* | *9,14* | *10,03* | *10,75* | *11,68* | *12,51* | *11,02* | *10,82* | *11,27* | *12,81* |
| 59 | 71 | 99 | 148 | 169 | 229 | 337 | 111 | 50 | 159 | 143 | 148 | 182 | 224 | 216 | 177 | 111 | 334 |
| *4,43* | *4,52* | *6,27* | *7,84* | *7,31* | *8,42* | *10,66* | *7,75* | *3,11* | *10,51* | *6,89* | *6,00* | *6,36* | *6,77* | *11,11* | *7,79* | *4,24* | *11,22* |
| – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 1408 | 1646 | 1654 | 1962 | 2387 | 2795 | 3236 | 1507 | 1683 | 1588 | 2150 | 2543 | 2936 | 3383 | 2019 | 2345 | 2694 | 3052 |
| *111,92* | *110,02* | *109,98* | *108,28* | *106,70* | *105,68* | *104,86* | *111,06* | *109,78* | *110,44* | *107,50* | *106,26* | *105,38* | *104,64* | *108,02* | *106,84* | *105,90* | *105,16* |
| 105 | 146 | 148 | 200 | 273 | 341 | 416 | 113 | 156 | 145 | 216 | 273 | 343 | 423 | 222 | 254 | 304 | 391 |
| *7,44* | *8,85* | *8,96* | *10,21* | *11,45* | *12,21* | *12,85* | *7,47* | *9,29* | *9,14* | *10,03* | *10,75* | *11,68* | *12,51* | *11,02* | *10,82* | *11,27* | *12,81* |
| – | – | 17 | 66 | 86 | 145 | 252 | 30 | – | 77 | 60 | 65 | 98 | 140 | 133 | 94 | 27 | 249 |
| – | – | *1,03* | *3,36* | *3,60* | *5,19* | *7,79* | *1,99* | – | *4,85* | *2,79* | *2,56* | *3,34* | *4,14* | *6,59* | *4,01* | *1,00* | *8,16* |
| **22** | **11** | – | – | – | – | – | – | **32** | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| *1,56* | *0,67* | – | – | – | – | – | – | *1,90* | – | – | – | – | – | – | – | – | – |

zwar ständig gesteigert, der Lohn steigt aber nicht im gleichen Verhältnis. Dabei nähert sich der Verschleiß dem Punkt, wo er auch durch noch so hohen Lohn und entsprechende Reproduktionsmittel nicht ausgeglichen werden kann. Die Gewerkschaften versuchten, die Wirkungen des Akkordsystems einzudämmen:

„Die Tatsache des Auseinanderlaufens von Zeitlohn und Akkordverdienst, gemessen an dem Verhältnis der Vergangenheit, bleibt nach wie vor bestehen. Wo liegt nun die eigentliche Ursache? Nehmen wir einen alten Tarifvertrag zur Hand, so finden wir oft folgende Formulierung: Die Akkorde sind so festzulegen, daß Arbeitnehmer mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit einen Verdienst als Akkordrichtsatz erreichen, der 15 Prozent über dem Grundlohn ihrer Lohngruppe liegt. Aus dieser durchschnittlichen Leistungsfähigkeit wurde in der Praxis eine betriebliche Durchschnittsleistung. Der Akkordrichtsatz (15Prozent über dem Grundlohn der Lohngruppe) als Entlohnung einer Durchsschnittsleistung lag in der Mitte zwischen tariflichem Grundlohn und Höchstverdienst (30 Prozent über dem tariflichen Grundlohn). Bei Erzielung höherer Verdienste (über 30 Prozent) durch höhere Leistungen, wurden die Akkorde neu festgesetzt, d.h. die Durchschnittsleistung zuungunsten des Akkordarbeiters verschoben. Lieferten einige Akkordarbeiter mehr als 15 Prozent über dem Richtsatz ab, so hatte dieses für sie nur vorübergehenden materiellen Erfolg. Durch eine Neufestsetzung wurde dieser wieder korrigiert und wirkte sich bei einem großen Teil der Akkordarbeiter zu einer Senkung der Verdienste aus. Nicht selten wurden deshalb Spitzenbelastungen zurückgehalten, da sie ja schließlich selbst für diese Arbeitnehmer nur zu einer Leistungssteigerung ohne materiellen Erfolg führte. In Zeiten der Konjunktur versuchten die Unternehmer durch das Versprechen, keine Kürzungen vorzunehmen, die Leistung zu steigern, meistens auch mit Erfolg. In Zeiten der Krise wurde aber dann die Akkordschere trotz des gegebenen Versprechens wieder angesetzt. Obwohl man vorgab, die Einzelleistungen zu entlohnen, trugen echte Mehrleistungen in der Regel mit dazu bei, die Gesamtleistung oft unter gleichzeitiger Kürzung des Verdienstes zu steigern. Es war deshalb notwendig, wollte man zur Entlohnung echter Mehrleistung kommen, an die Stelle einer sich dauernd verändernden Durchschnittsleistung eine feste, einigermaßen stabile Ausgangsbasis für die Errechnung der Mehrleistung zu sichern, die Normalleistung. Die Normalleistung wird unabhängig von der in Betrieben erzielten Höchstleistung festgesetzt und ist jene Leistung, die von jedem hinreichend geeigneten Arbeitnehmer nach genügender Übung und ausreichender Einarbeitung ohne Gesundheitsschädigung auf die Dauer erreicht und erwartet werden kann. Die Normalleistung wird mit dem Normallohn oder der Akkordbasis 15 Prozent über dem tariflichen Grundlohn der Lohngruppe entlohnt.

Die Akkordbasis als Entlohnung bei normaler Leistung liegt nicht, wie der Akkordrichtsatz, als Entlohnung für eine Durchschnittsleistung, in der Mitte zwischen tariflichem Grundlohn und Höchstverdienst, sondern ist die Entlohnung für eine 100prozentige Leistung. Sie ist der Geldfaktor für eine Stunde vorgegebener Arbeitszeit ... Eine hohe Mehrleistung kann also kein Grund zur Neufestsetzung der Normalleistung sein."

Durchsetzung des Verbotes der Akkordarbeit wäre sicherlich eine wirkungsvollere Schranke gegen die Intensivierung der Arbeit gewesen. Aber zu behaupten, diese Taktik der Gewerkschaften sei einfach wirkungslos geblieben, ist sicherlich auch falsch.

Die Gewerkschaften haben die tarifliche Sicherung des Lohnes verbessern können. Solange das Lohnsystem besteht werden die Kapitalisten aber immer neue Ansatzpunkte zur Spaltung und Lohnsenkung finden.



Becherwerk (Stau- + Verteilstufe) mit Emsen (elektromagnetische Schwingförderer) an der Fischstäbchen-Linie. Lärmzone mit 93 Phon. Die Frauen schieben die Stäbchen mit der Hand weiter, wenn sie sich verklemmen. Laut Urteil eines MTM-Analytikers sind sie nur zu 47 % ausgelastet.

## Die Kämpfe gegen das Akkordsystem im Werk Fischindustrie Bremerhaven der „Nordsee"

*r.ruz.* „MTM – Schlüssel zur Gerechtigkeit" – so überschrieb ein Rationalisierungsspezialist der deutschen MTM-Vereinigung eine Abhandlung über das „Lohn-Geheimnis", wie er das nennt.

Vor der Krise 66/67 gelang es der Belegschaft, der Intensivierung der Arbeit soweit Schranken zu setzen, daß ein Akkordzuschlag von 40-50 % auf den Tariflohn normal war. Am deutlichsten ist das bei den Akkordarbeiterinnen, weil bei ihnen die Abweichung der effektiven Stundenlöhne von den Tariflöhnen fast nur durch Akkordzuschläge zustande kommt. Weil diese Schranke vor allem auf der relativen Leere des Arbeitsmarktes beruhte, konnten die Kapitalisten in der Krise die Arbeit sprunghaft intensivieren. Von 1965 auf 1966 sinkt der effektive Stundenlohn der Frauen von 3,23 DM auf 3,11 DM, obowohl noch im Oktober 65 der Tariflohn von 2,15 DM auf 2,35 DM ansteigt. Nach der Krise steigt der Akkordzuschlag zwar wieder, insgesamt hat er jedoch eine fallende Tendenz.




Berechnung: Verhältnis des stat. effekt. Stundenlohns zum Tariflohn, beide für die Fischindustrie Bremerhaven, davon ca. 50 % bei der Nordsee beschäftigt.

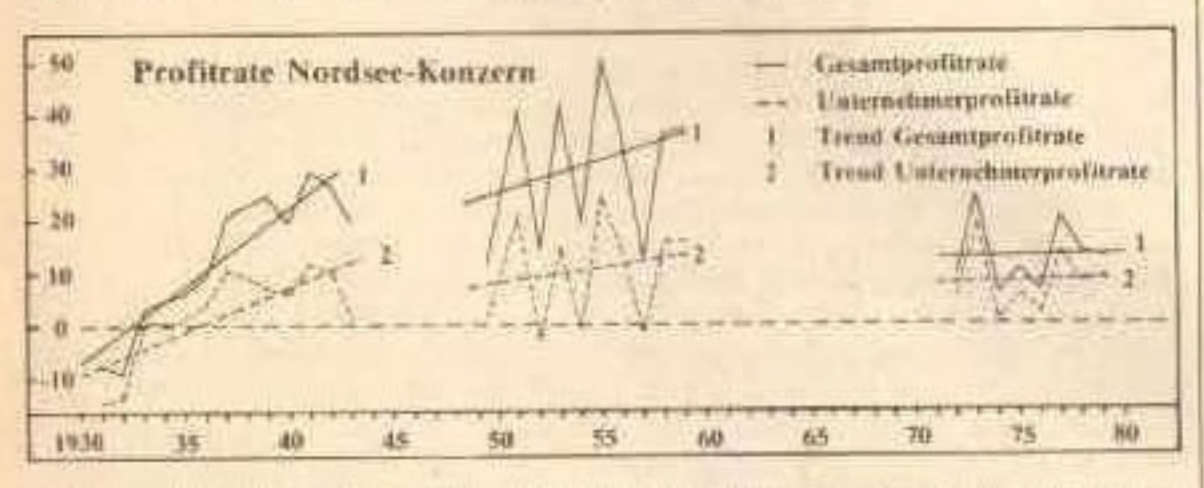
Ältere Arbeiterinnen aus der Tiefkühlabteilung berichten, daß es ihnen vor 1966 und 1969-72 oft gelungen ist, Kürzungen der Vorgabezeiten durch spontane Streiks zurückzuschlagen. Daraufhin versuchten es die Kapitalisten mit der Einführung von Höchstverdienstgrenzen bzw. deren Senkung. Weil das aber bei guten Akkorden den Arbeitern ermöglichte, ihr tägliches Arbeitspensum entsprechend zu beschränken, gingen sie daran, die Beibe-
Arbeitern ermöglichte, ihr tägliches Arbeitspensum entsprechend zu beschränken, gingen sie daran, die Beibe-
haltung der vorher erreichten Arbeitsintensität durch verstärkte Beaufsichtigung und Antreiberei zu erzwingen.

Weil das bei den erfahrenen Arbeitern nicht klappte, wurden viele Anfang der 70er Jahre einzeln rausgeekelt bzw. bei der Einführung der Schichtarbeit entlassen, weil sie keine Spätschicht machen wollten. Stattdessen wurden junge, unerfahrene türkische Frauen und Männer eingestellt.

In dieser Lage erfolgte dann die Einführung des MTM-Systems bei der Berechnung der Vorgabezeiten. Beim MTM-Verfahren werden alle manuellen Tätigkeiten in die zu ihrer Ausführung optimal notwendigen Grundbewegungen zerlegt, 8 Grundbewegungen der Hände und Finger, 2 Blickfunktionen, und eine Reihe von Körper-, Bein- und Fußbewegungen. Mittels Zeitlupenbeobachtung wurden die Zeiten dieser Grundbewegungen ermittelt und in Tabellen aufgelistet, so daß die Vorgabezeiten für manuelle Tätigkeiten am grünen Tisch festgelegt werden können. Ein Beispiel: Einlegen von 2 Stücken tiefgekühltem Fischfilet von einem Laufband in die dahinterliegende Einlaufkette einer Verpackungsmaschine. Zeit 1,26 Sekunden, gleichzeitige Bewegung beider Hände und der Augen zur Kontrolle. Akkordsteigerungen zwischen 40 % und 292 % seit 1972 wurden so erreicht, die höchsten bei vorherrschender Handarbeit.

Um den Akkordbestandteil im Effektivlohn abzusichern, hat der Betriebsrat im November 79 eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die den Akkordzuschlag in Höhe des tariflichen Akkordrichtsatzes (10 %) absichert. Ungelöst ist das Problem, wie Arrbeitsbehinderungen durch Maschinenstörungen, Rohwarenmängel etc. bei der Berechnung des Akkordzuschlages behandelt werden sollen. Teilweise erfolgt dann Zahlung des Durchschnitts, bei einigen linien jedoch erst, wenn die Störung länger als eine Stunde dauert, die schon in der Vorgabezeit enthalten sein soll.

Auf der Betriebsversammlung im November 79 wurde die Absicherung des Durchschnittsakkords unter Beifall
Auf der Betriebsversammlung im November 79 wurde die Absicherung des Durchschnittsakkords unter Beifall
gefordert, sowie die Überprüfung der Vorgabezeiten einiger Linien, die nicht zu schaffen sind.




Berechnet nach den Bilanz-Daten: Kapitalvorschuß sind die Passiva des Vorjahres minus ausgeschütteten Bilanzgewinn des Vorjahres; Unternehmerprofit ist: Bilanzgewinn plus Differenz der Rücklagen und Rückstellungen zum Vorjahr; Gesamtprofit ist: Unternehmerprofit plus Zinsen plus Steuern.

## „Nordsee": Entwicklung zum größten Unternehmen der deutschen Fischwirtschaft

*r.mfl.* Eine Gruppe Bremer Kaufleute und Reeder gründete 1896 die Deutsche Dampffischereigesellschaft Nordsee als Aktiengesellschaft. Die Dampffischerei erforderte einen hohen Kapitaleinsatz, der nur durch diesen Zusammenschluß aufgebracht werden konnte. Bei der Gründung wurden zwei bestehende Gesellschaften aufgenommen. Eine Reederei mit sieben Fischdampfern und eine Fischgroßhandlung.

Mit der Oldenburgischen Regierung wurde ein langjähriger Vertrag abgeschlossen, nachdem Oldenburg sich verpflichtete, in Nordenham einen eigenen Fischereihafen für die Nordsee anzulegen. Wegen der „vom Senat an den Fischmärkten eingeführten Auktionen zum Verkauf der gesamten Fänge" (wo Nordenham nicht zugehörte) und der „Kosten für den Ausbau der Verkehrswege" siedelte die Nordsee 1934 nach Bremerhaven über.

Die neu gegründete Dampffischereigesellschaft stieg gleich groß in die Fischerei ein. 16 Fischdampfer wurden sofort in Auftrag gegeben und mit dem Aufbau einer Handelsorganisation begonnen. Bis 1936 besaß die Nordsee in Deutschland bereits 151 Läden in 77 Städten sowie auch Läden in Österreich, Holland, der Schweiz und Ungarn.

1928 fusionierte die Nordsee mit der Cuxhavener Hochseefischerei. Sie verfügte damit über die größte Flotte Europas. Vor der Fusion hatten sowohl die Nordsee, wie auch die Cuxhavener Hochseefischerei schon eine Reihe kleinerer Betriebe dieser Branche geschluckt. Im selben Jahr erfolgte die Eingliederung des Fischbetriebes Seeadler in Cuxhaven.

Während des 2. Weltkrieges errichtete die Nordsee im besetzten Norwegen zwei Tiefkühlwerke, was sowohl von der Hauptvereinigung der Deutschen Fischwirtschaft als auch vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert wurde. Der Betrieb in Bodö entwickelte sich während des Krieges zur größten Fischgefrieranlage Europas. Auch in Südfrankreich wurde ein TK-Betrieb errichtet.

Nach dem Krieg baute die Nordsee nicht nur ihre Flotte auf dem modernsten Stand aus, sondern auch die Ladenkette wurde wieder ausgebaut und ab Anfang der 60er Jahre wurde begonnen, Restaurants im Imbißstil zu eröffnen. Im Jahre 1967, noch während der Krise, übernahm die Nordsee 40 Feinkostläden der Fischkost GmbH von J. Wilhelms. Im Jahr darauf eröffnete sie in einem Jahr allein 17 neue Läden.

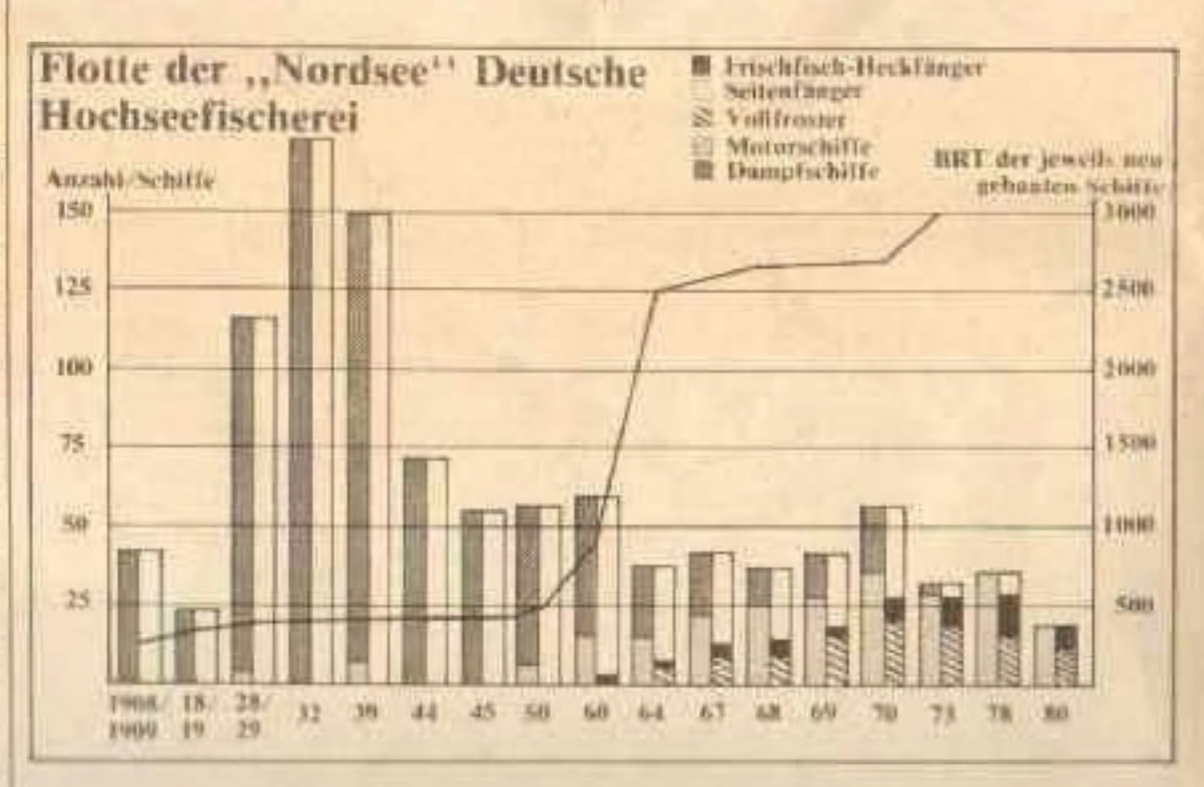
Als die Nordsee 1960 in eine GmbH umgewandelt wird, sind die Hauptgesellschafter der Unilever-Konzern und die Dresdener Bank.

In den 50er und 60er Jahren dehnte die Nordsee ihre Vorherrschaft auch über die Fische verarbeitende Industrie aus, indem konkurrierende mittlere Betriebe aufgekauft wurden. 1953 Klippfisch, 1956 H. Baumgarten, 1962 Chr. Wollmeyer, 1965 Fusion mit Lysell. Paralell zu diesen Schluckbewegungen gingen sie daran, die bisher zersplitterte Produktion auf dem Gelände des jetzigen Werks Fischindustrie Bremerhaven und in Cuxhaven bei Seeadler zusammenzufassen und auszubauen.

Die neuen Produktionsanlagen ermöglichten eine erhebliche Verschärfung der Ausbeutung der Arbeitskräfte. Zwischen 1961 und 1971 wurde das Stammkapital von 22 Mio. DM auf 77 Mio. DM erhöht.

## „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei

*r.dok.* „Die deutsche Hochseefischerei wurde ferner dadurch getroffen, daß Island und Norwegen ihre Fischereigrenzen ... ausdehnten. Damit gingen der deutschen Hochseefischerei viele Seegebiete verloren, die sie seit ihrem Bestehen regelmäßig aufgesucht hatte." (75 Jahre Nordsee) Mit kurzen Worten ist hier das Argument genannt, das die Kapitalisten der „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei immer dann nennen, wenn sie ihre Plünderung der Meere rechtfertigen mussen. 1958, nach der 1. Genfer Seerechtskonferenz, hat Island als erstes Land seine Hoheitsgewässer von 4 auf 12 Seemeilen ausgedehnt. Es folgte Norwegen. Aber bereits Anfang der 50iger Jahre waren Nordsee-Schiffe vor Grönland und Neufundland auf „Versuchsreisen". Durch den Kampf der Küstenländer für den Schutz ihrer Fischgründe waren die Nordsee-Reederei Kapitalisten gezwungen, größere Schiffe einzusetzen, die die längeren Seereisen bewältigen konnten. Deutlich wird das an einem raschen Ansteigen der Bruttoregistertonnen der neu gebauten Schiffe. Die begrenzte Haltbarkeit von Frischfisch stand der Befischung von Fanggebieten beispielsweise vor der südamerikanischen Küste im Wege. Mit dem Einsatz von Vollfro-
se vor der südamerikanischen Küste im Wege. Mit dem Einsatz von Vollfro-
stern (1964), konnten Extraprofite eingestrichen werden, indem die Nordsee-Flotte vor fremden Küsten fischte, ohne diesen Völkern auch nur irgendeine Entschädigung dafür zu zahlen. – Die von den meisten Küstenländern festgelegte 200-Seemeile-Zone, wie auch festgelegte Quoten- und Beifangregelungen, sowie Regelungen über die Maschendichte der Netze werden nach Möglichkeit nicht eingehalten. Deutlich wird das immer dann, wenn Schiffe von Patrouillenbooten aufgebracht werden. Werden untermaßige Maschen der Netze festgestellt, dann schiebt die Nordsee es auf den Netzfabrikanten, werden die Quoten überschritten, dann heißt es, man konnte ja auch nicht wissen, was für Fisch ins Netz geht.




**Daten zum Nordsee-Konzern 1979**

| | |
|---|---|
| Umsatz | 832 Mio. DM |
| Löhne und Gehälter | 230 Mio. DM |
| Sozialabgaben | 35 Mio. DM |
| Beschäftigte in den Zweigen (1980): | |
| Hochseefischerei | |
| Reederei | 1643 (1558) |
| Industrie | 2067 (2118) |
| Handel | 3879 (3788) |
| Hauptverwaltung | 734 (736) |

Aufsichtsrat: Weingardt (Vors.), Dijkstal, Heyning (Unilever); v. Heeremann (Präs. Dt. Bauernverband); Nawrath (Otto-Versand); Schmeling (Dresdner Bank); Wolf (Unilever-Forschungsanstalt); Ludewigs (Ravensburger Seidenweberei); Nagel (Kaufhof AG); Oehme (ESSO); Salb (Vereinigte Margarinewerke-Resi)

